

D V

P W



125

Politikwissenschaft

Rundbrief der
Deutschen Vereinigung für
Politische Wissenschaft

Herbst 2001

Hergestellt mit freundlicher Unterstützung des
LIT – Verlag Münster – Hamburg – London

Der DVPW-Rundbrief mit dem Titel „Politikwissenschaft“ ist die zweimal jährlich erscheinende Mitgliederzeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft und wird üblicherweise Mitte April und Mitte Oktober eines jeden Jahres an die derzeit ca. 1400 Mitglieder der DVPW und an die Fachbibliotheken der politikwissenschaftlichen Institute in Deutschland versandt. Die Beiträge der Sektionen, Arbeitskreise, Landes- und Ad-hoc-Gruppen stehen in Verantwortung der jeweiligen Sprecherinnen und Sprecher. Für die Beiträge der Mitglieder zeichnen diese persönlich verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Beiträge zum Rundbrief sollten der Redaktion spätestens zwei Monate vor Semesterbeginn als Datei (möglichst in einem Word für Windows-Format) zusammen mit einem Probeausdruck vorliegen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Bitte beachten Sie die Beilagen des Verlages Duncker & Humblot und des InformationsZentrums Sozialwissenschaften

Herausgegeben im Auftrag von Vorstand und Beirat der DVPW

Redaktion und Organisation:
Felix W. Wurm
Dipl.Soz.Wiss., M.A. (USA)

DVPW
c/o Universität Osnabrück
FB 1 - Sozialwissenschaften
D-49069 Osnabrück
Telefon 0541.9 69-62 64
Telefax 0541.9 69-62 66
eMail: dvpw@uos.de
<http://www.dvpw.de>

Telefonzeiten:
Mo bis Do 9.00 – 12.30 Uhr

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Inhalt

Seite 5 **Editorial**

8 **I. Ethik-Kommission**

10 **II. Berichte der Sektionen**

10 Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik

12 Internationale Politik

16 Politik und Ökonomie

20 Politische Soziologie

22 Politische Theorien und Ideengeschichte

26 Regierungssystem und Regieren in der BRD

28 Staatslehre und politische Verwaltung

30 Vergleichende Politikwissenschaft

34 **III. Berichte der Arbeitskreise**

34 Film und Politik/Visuelle Politik

38 Gesamteuropäische Sicherheitspolitik: OSZE

39 Geschichte der Politikwissenschaft

41 Geschichte und Politik

46 Handlungs- und Entscheidungstheorien

47 Integrationsforschung

50 Interkultureller Demokratievergleich

56 Lokale Politikforschung

60 Migrationspolitik

61 Parteienforschung

62 Politik, Kultur, Sprache

64 Politik und Geschlecht

68 Politik und Kommunikation

69 Politik und Technik

76 Politikfeldanalyse Innere Sicherheit

78 Politische Psychologie

80 Postsozialistische Gesellschaften

82 Soziale Bewegungen

89 Systemwechsel

92 Umweltpolitik/Global Change

94 Verbände

98 Wahlen und politische Einstellungen

103 **IV. Berichte der Ad-hoc-Gruppen**

103 Ideelle Grundlagen außenpolitischen Handelns

Seite	108	Internet und Politik
	110	Politik und Religion
	113	Politische Steuerung im Wandel
	116	V. Berichte der Landesgruppen
	116	Landesgruppe Baden-Württemberg
	118	VI. Verschiedenes
	124	VII. Terminplan, Vorankündigungen
	128	VIII. Veröffentlichungen unserer Mitglieder

Editorial

Liebe Mitglieder,

wenn Sie diese Zeilen lesen, sind die Hundstage, die diesmal ihrem Namen alle Ehre machten, nur noch wehmütige Erinnerung. Warum ich das erwähne? Weil ich just an einem dieser subtropisch heißen Tage das vorliegende Editorial verfaßt habe. Und was spielt das für eine Rolle? Nun, irgendeine Entschuldigung braucht der Vorsitzende, wenn ihn das Gefühl packt, seine Prosa sei diesmal besonders sparsam, ja geradezu dürr ausgefallen.

Dabei hat sich seit dem letzten Rundbrief durchaus einiges ereignet:

Eine neue Ethikkommission wurde gewählt, die aufgrund einer eingegangenen Beschwerde auch gleich tätig werden durfte. Der Kommission gehören Beate Kohler-Koch, Christine Landfried, Birgit Meyer, Birgit Sauer, Michael Th. Greven und Gerhard Lehmbruch an. Ihnen allen mein herzlicher Dank für Kandidatur und Annahme der Wahl, den anderen, nicht zum Zuge gekommenen Kandidaten sei für ihre Bereitschaft, sich der Wahl zu stellen, gedankt. Die neue Ethik-Kommission wird sich möglichst bald konstituieren; wenn Sie diesen Rundbrief lesen, sollte das bereits erfolgt sein. Einen Bericht von Graf Kielmansegg zur abgelaufenen Amtsperiode finden Sie auf Seite 8.

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Als Zweites ist die gemeinsam mit den österreichischen und schweizerischen politikwissenschaftlichen Fachvereinigungen an der Humboldt-Universität in Berlin durchgeführte Fachtagung über Probleme des Föderalismus zu nennen. Mit 145 registrierten Teilnehmern und 64 Referierenden war sie relativ gut besucht, wobei zur Eröffnungs- und Abschlusveranstaltung nach eigenem Augenschein weitaus mehr Interessenten kamen als aus diesen offiziellen Zahlen hervorgeht. Vielleicht hat dazu auch die Einladung aller DVPW-Mitglieder des Berliner Raums zu einem Empfang nach der Eröffnungsveranstaltung beigetragen, mit dem der Vorstand das fünfzigjährige Bestehen der Vereinigung feiern wollte. Den Kollegen von der Humboldt-Universität sei an dieser Stelle nochmals unser Dank für die organisatorische Unterstützung ausgesprochen. Die Organisation selbst lag wie immer in den bewährten Händen unseres Geschäftsführers, Felix Wurm. Eröffnet wurde die Tagung durch einen Kurzvortrag des amtierenden Bundesrats- und rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck, dem sich eine längere intensive und anregende Diskussion anschloß. Ein Wermutstropfen für die DVPW und unsere Finanzen allerdings war, dass aufgrund des Votums eines einzelnen, natürlich ungenannt bleibenden Gutachters die übliche Finanzierung durch die DFG und den Berliner Senat

ausblieb, was uns vor die Alternative stellte, die Veranstaltung entweder ganz ausfallen zu lassen oder die bittere Pille zu schlucken und das abzu-sehende fünfstellige Defizit aus den Rücklagen der DVPW zu begleichen. Da wir weder den Bundesratspräsidenten noch die österreichischen und schweizerischen Kollegen kurzfristig ausladen und die Referenten, die Pa-piere vorbereitet hatten, durch eine Absage düpieren wollten, entschieden wir uns trotz der happigen finanziellen Belastung, die Tagung stattfinden zu lassen. Das Resultat hat uns m. E. Recht gegeben, Ministerpräsident Beck war ausgesprochen angetan von Empfang und Diskussionsverlauf und bat mich, dies auch den Teilnehmern des Kongresses und den Mitgliedern der DVPW mitzuteilen. Der betreffende Gutachter, wohl selbst Mitglied unserer Vereinigung, hat hingegen der DVPW mit seiner Ablehnung des noch von meiner Vorgängerin, Christine Landfried, gestellten Förderantrags einen argen Bärendienst erwiesen.

Dagegen zählt sicherlich zu den ausgesprochen erfreulichen Nachrichten, dass mein Vor-Vorgänger im Amt, Michael Th. Greven (DVPW-Vorsitzender von 1994-1997), im Rahmen der Verleihung des diesjährigen Europäischen Amalfi Preises für Sozialwissenschaften für sein Buch „Die Politische Ge-sellschaft“ den außerordentlich prestigösen Luigi Sturzo Preis 2001 für das beste politikwissenschaftliche Buch zuerkannt bekam. Für diese hohe Ehrung unser herzlicher Glückwunsch auch an dieser Stelle.

Auf mindestens zwei der drei Gebiete, die ich zu Schwerpunkten meiner Tätigkeit als Vorsitzender machen wollte, bewegt sich etwas. So soll das ambitionöse PolitikOn-Internetprojekt, an dem die DVPW zentral beteiligt ist, voraussichtlich im Februar 2002 auf einer Veranstaltung in Köln der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Im Rahmen dieses Projektes wird auch eine neugestaltete Homepage und ein veritables Internetportal der DVPW vorbereitet. Die neue Homepage sollte etwa um die Zeit, in der sie diesen Rundbrief in Händen halten, im Netz stehen (<http://www.dvpw.de>). Im Endausbau wird sie eine ganz neue Qualität der Mitgliederinformation und Mitgliederbetreuung gestatten, als das bisher möglich war. Betreut und gestaltet wird die neue Homepage von Hans Rattinger und seinen Mitar-beitern (Bamberg).

Ein zweiter Schwerpunkt soll die kritische Begleitung und formale Struktu-risierung politikwissenschaftlicher BA- und Masters-Studiengänge sein. Hier-zu werden, vorbereitet durch eine von Ulrich von Alemann (Düsseldorf) ge-leitete Arbeitsgruppe, Empfehlungen für Mindeststandards, die diese neu-en Studiengänge erfüllen sollen, auf einer der nächsten Vorstands- und Beiratssitzungen verabschiedet werden.



Herbst 2001
Nr. 125

Was den dritten Schwerpunkt angeht, eine weitere Entkrampfung des Verhältnisses zur DGfP, gibt es zumindest im Atmosphärischen sehr positive Zeichen. Vielleicht wird es im Rahmen einer Annäherung durch Wandel möglich sein, in naher Zukunft gemeinsame Veranstaltungen abzuhalten und so ganz allmählich den Boden für eine Wiedervereinigung oder zumindest eine engere Kooperation beider Vereinigungen zu bereiten.

Hinweisen möchte ich schließlich noch auf die Gründung zweier politikwissenschaftlicher Dachverbände auf europäischer Ebene, der European Conference of National Associations of Political Science im April in Grenoble und des European Political Science Network (EPSNet) im Juni in Paris. In beiden Dachverbände, die sich ausdrücklich nicht als Konkurrenten ansehen, arbeitet die DVPW durch entsprechende Beauftragte mit.

D V

P W



Ferner möchte ich darüber informieren, dass die Geschäftsstelle der DVPW in Osnabrück seit Mai eine kaufmännische Mitarbeiterin, Frau Wessel, eingestellt hat, die den Geschäftsführer, Herrn Wurm, bei der Erledigung von Routinearbeiten entlasten soll.

Auch bitten mich die Redaktion der PVS und der Westdeutsche Verlag, wieder einmal darauf hinzuweisen, dass es für Mitglieder ein verbilligtes PVS-Abonnement gibt. Der Preis des Normalabonnements beträgt DM 170,00, der Preis des Mitgliederabonnements DM 145,00.

Herbst 2001
Nr. 125

Fast schon zum Schluß noch der Hinweis, dass Vorstand und Beirat im Oktober voraussichtlich eine Entscheidung über Kongressort, Kongresstermin und Rahmenthema des DVPW-Kongresses 2003 treffen werden. Die entsprechende Information wird von der Geschäftsstelle höchstwahrscheinlich Ende Oktober auf der Homepage der DVPW bekanntgegeben.

Ich komme nun wirklich zum Schluß: In einem Gespräch mit der PVS-Redaktion, das vor einigen Wochen in Mainz stattfand, wurden auch Überlegungen darüber angestellt, ob man eventuell den Rundbrief ein wenig stärker zum Diskussionsforum der DVPW mit mehr inhaltlichen Beiträgen nach Vorbild der APSA-PS ausbauen sollte. Mich würde Ihre Meinung dazu interessieren. Bitte senden Sie doch eine Email oder Stellungnahmen in anderer Form an die Geschäftsstelle oder direkt an mich (fal-ter@politik.uni-mainz.de).

Für heute beste Grüße und ein gedeihliches Wintersemester

Ihr

Jürgen W. Falter

I. Ethik-Kommission

Bericht zur Amtsperiode 1996 - 2001

Die Ethik-Kommission der DVPW ist in ihrer ersten Amtsperiode drei Mal angerufen worden. In keinem der drei Fälle hat sie ein förmliches Votum abgeben müssen, da es in zwei Fällen zu einer Verständigung zwischen den Beteiligten kam, und die Kommission sich im dritten nicht für zuständig hielt. Diese Bilanz wäre mißverstanden, wenn sie so ausgelegt würde, als sei die Kommission überflüssig. Die Erfahrung ist vielmehr, dass es, wenn auch offenbar selten, Konflikte gibt, bei deren Bewältigung sie hilfreich sein kann.

Im übrigen lassen sich aus der Praxis der ersten Jahre einige Empfehlungen für die Nachfolgekommision ableiten.

1. Das Anrufungsverfahren sollte in dem Sinne formalisiert werden, dass ausdrücklich, etwa durch den Rundbrief, publik gemacht wird, an welche Adresse Beschwerdeführer sich zu wenden haben. Vermutlich ist es sinnvoll, die Geschäftsstelle der Vereinigung zu benennen, die Beschwerden oder Anfragen dann an die Kommission weitergibt.

2. Die neue Kommission sollte sich zu einer konstituierenden Sitzung treffen, bevor der erste Fall an sie herangetragen wird. Auf dieser Sitzung sollte insbesondere der/die Vorsitzende gewählt werden. Es besteht sonst die Gefahr, dass die Kommission, wenn sie gebraucht wird, zunächst einmal handlungsunfähig ist.

3. Die Frage, ob Nicht-Mitglieder ein Anrufungsrecht haben, ist im Ethik-Kodex nicht eindeutig geregelt. Die erste Kommission hat sich in einem Fall dafür entschieden, ein solches Anrufungsrecht jedenfalls dann als gegeben anzusehen, wenn der Anrufende Student ist, also gar nicht Mitglied der Vereinigung sein kann, wohl aber ein legitimes Schutzbedürfnis hat. Man könnte ein Anrufungsrecht auch immer dann einräumen, wenn der Kontrahent Mitglied der Vereinigung ist.

4. Die Grenze zwischen dem, was als Verletzung ethischer Standards, und dem, was als Verletzung wissenschaftlicher Standards anzusehen ist, ist nicht immer ganz scharf zu ziehen. Die erste Kommission hat sich in einem einschlägigen Fall von der Auffassung leiten lassen, dass in Grenzfällen die wissenschaftliche Auseinandersetzung, etwa im Wege von Rezensionen, den Vorrang vor der Intervention der Ethikkommission haben sollte.

9. August 2001

Prof. Dr. Peter Graf Kielmansegg



Herbst 2001
Nr. 125

Ergebnis der Wahl zur Ethik-Kommission 2001 – 2006

Bei der im Frühjahr durchgeführten Wahl zur Ethik-Kommission für die Jahre 2001 bis 2006 wurden folgende Mitglieder gewählt:

Prof. Dr. Michael Th. Greven, Universität Hamburg
Prof. Dr. Beate Kohler-Koch, Universität Mannheim
Prof. Dr. Christine Landfried, Universität Hamburg
Prof. em. Dr. Gerhard Lehbruch, Tübingen
Prof. Dr. Birgit Meyer, Fachhochschule Esslingen
a.o. Univ.-Prof. Dr. Birgit Sauer, Universität Wien

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

II. Berichte der Sektionen

Sektion „Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“

I. Bericht über die Tagung „Gesellschaft und Wirtschaft auf der mittleren Ebene“

Am 11. und 12. Mai 2001 führte die Sektion in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss Entwicklungsländer des Vereins für Socialpolitik an der Universität Leipzig eine Tagung zu folgendem Thema durch: „Gesellschaft und Wirtschaft auf der mittleren Ebene: Dynamik von Unternehmen und anderen privaten Organisationen bei der Konstitution eines für ihre Entfaltung günstigen Ordnungsrahmens auf politischer und wirtschaftlicher Ebene.“

Nach einführenden Bemerkungen zur Thematik seitens Hartmut Elsenhans (Leipzig) referierte Jörg Meyer-Stamer (Duisburg) zum Thema „Topographie des Mesoraums“ und untersuchte hierbei das Zusammenwirken von staatlichen, zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren im Spannungsfeld zwischen regionaler Standortpolitik und Globalisierung. In seinem Referat „Effizienzparameter eines Unternehmens im werttheoretischen und im neoricardianischen Modell“ setzte sich Georg Quaas (Leipzig) zunächst mit den Anomalien des neoklassischen Ansatzes auseinander und versuchte daraufhin die unterschiedlichen Parameter zur Messung von Effizienz (Produktivität, Effektivität, Profitrate) im werttheoretischen und neoricardianischen Modell zu verorten.

Im zweiten Block standen die klein- und mittelständischen Unternehmen im Vordergrund. Während Robert Kappel (Leipzig) zunächst einen Überblick über die theoretische Diskussion zur Dynamik von kleinen und mittleren Unternehmen gab und hierbei die Konfliktlinien zwischen unterschiedlichen theoretischen Ansätzen nachzeichnete, referierte Utz Dornberger (Leipzig) aus institutionentheoretischer Perspektive zu nationalen Innovationssystemen und kleinen und mittleren Unternehmen in Chile.

Im dritten Block standen zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure im mittelamerikanischen Prozess der Nationenbildung bzw. der Demokratisierung im Mittelpunkt. Während Peter Gärtner (Leipzig) zum indigenen Teil der Zivilgesellschaft und ihre Wirkung auf die Nationenbildung in Guatemala referierte, beschäftigte sich Heidrun Zinecker (Leipzig) mit den „konvergierenden Lernpfaden konfligierender Meso-Akteure“ in El Salvador.

Im letzten Block wurde von Jörg Faust und Johannes Marx (Mainz) aus wissenschaftstheoretischer Perspektive die Debatte um die Bedeutung von Sozialkapital und Vertrauen aufgegriffen und insbesondere zwischen Insti-



Herbst 2001
Nr. 125

tutionenökonomik und soziologischem Institutionalismus im Hinblick auf die Diskussion um Sozialkapital und Entwicklung unterschieden. In einer institutionenökonomisch geleiteten Analyse untersuchte daraufhin Wolfgang Menck die makroökonomischen und politischen Einflussfaktoren auf Migration von Entwicklungsländern in Industrieländer. Den Abschluss bildete Susann Weien (Leipzig) mit ihrem Beitrag „zur Strukturierung von Handlungsoptionen regionaler Politik durch meso-institutionelle Cluster in der russischen Föderation“.

Wenngleich die Tagungsbeiträge in dieser gemeinsamen Tagung der Sektion und des Ausschusses für Entwicklungsländer des Vereins für Socialpolitik noch vergleichsweise heterogen strukturiert waren, so herrschte doch große Übereinstimmung zwischen den Teilnehmern der Tagung hinsichtlich der Vorteile eines solch interdisziplinären Austauschs. Eine Fortsetzung der Zusammenarbeit ist daher vorgesehen.

D V

P W



II. Planung der Sektion

Die Sektion plant für das erste Halbjahr 2001 eine wissenschaftliche Tagung, deren Thema mit einem Call for Paper im nächsten Rundbrief bekannt gegeben wird. Auf der entsprechenden Veranstaltung soll weiterhin die Neuwahl des Vorstandes abgehalten werden.

Herbst 2001
Nr. 125

Im Auftrag des Vorstandes
Jörg Faust

Sektion „Internationale Politik“

1. Einladung zur Fünften Tagung der Nachwuchsgruppe der Sektion IP

Die Nachwuchsgruppe der Sektion Internationale Politik der DVPW veranstaltet vom 22. bis zum 24. Februar 2002 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain/Taunus eine Tagung zum Thema „Politik, Wirtschaft, Gesellschaft: Theorien und Problemfelder internationaler Beziehungen,“. Dort werden ca. 15 NachwuchswissenschaftlerInnen ihre Forschungsprojekte vorstellen. Diese Projekte wurden aus insgesamt 31 eingereichten Exposés durch ein anonymes Begutachtungsverfahren ausgewählt.

Interessierte NachwuchswissenschaftlerInnen, die kein eigenes Papier vorstellen, sind herzlich zu der Tagung eingeladen. Sie wenden sich bitte bis zum 15. Oktober 2001 an die Sprecherin bzw. den Sprecher der Nachwuchsgruppe. Die Teilnahme wird ca. 200,- DM (incl. Unterkunft und Verpflegung) kosten. Das Tagungsprogramm wird ab Oktober 2001 auf der Homepage der Nachwuchsgruppe veröffentlicht (<http://www.uni-tuebingen.de/pol/nawu.htm>).

Am Samstag Abend, den 25. Februar 2002 wird sich die Nachwuchsgruppe zu einer Versammlung treffen. Dort werden u.a. die zukünftigen SprecherInnen sowie deren StellvertreterInnen für eine Amtszeit von zwei Jahren gewählt werden. Kandidaturen sind willkommen.

Für weitere Fragen stehen die Sprecherin und der Sprecher der Nachwuchsgruppe gerne zur Verfügung:

Tanja Brühl, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, FB Gesellschaftswissenschaften, Institut für Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen; Robert-Mayer-Str. 5, 60054 Frankfurt am Main, Tel.: 069-798-23360, E-Mail: tanja-bruehl@witrans.uni-frankfurt.de.

Dr. Bernhard Zangl, Universität Bremen, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien, Postfach 330440, 28334 Bremen, Tel. 0421/218-3649, E-Mail: bezangl@uni-bremen.de.

2. Neue homepage der Sektion

Die homepage der Sektion wurde gründlich überarbeitet und erweitert (<http://www.tu-dresden.de/phfipo/intpol/DVPW/index.htm>). Um sie auf dem neuesten Stand zu halten, sind wir allerdings auf Rückmeldungen der Mitglieder angewiesen. Insbesondere sollten die Adressdaten unter der Rubrik „Mitglieder“ regelmäßig überprüft werden, ob sie noch dem aktuellen Stand entsprechen. Ein weiterer Bereich, in dem wir noch stärker als



Herbst 2001
Nr. 125

bislang auf die Mitarbeit der Sektionsmitglieder angewiesen sind, betrifft den Ausbau der Rubrik „Lehre“. Hier werden in den kommenden Wochen und Monaten Lehrveranstaltungspläne von Kolleginnen und Kollegen eingestellt. Wir würden uns freuen, wenn sich über die bislang vorliegenden zehn Rückmeldungen weitere Kolleginnen und Kollegen beteiligen würden. Anregungen zur Veränderung oder Ergänzung der homepage nimmt Stefan Schirm entgegen, der ab dem 1.10.2001 für ein Jahr die Geschäftsführung übernimmt. In diesem Zusammenhang wird auch die homepage der Sektion von Dresden nach Stuttgart wechseln. Unser besonderer Dank gilt Monika Medick-Krakau und ihrem Mitarbeiter Florian Hilt, die die homepage in den letzten Jahren aufgebaut und betreut haben.

3. Geplante Tagungen der Sektion sowie anderer Fachvereinigungen im Bereich Internationale Beziehungen

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

8.-10. Oktober 2001: Zweite Arbeitstagung der DVPW-Ad-hoc-Gruppe "Ideelle Grundlagen außenpolitischen Handelns" (IGAPHA) in Hofgeismar (nahe Kassel) zum Thema "Ergebnisse konstruktivistischer Analysen der internationalen Politik" (weitere Informationen unter <http://www.uni-bremen.de/~iniis/igapha/igapha.htm>).

22.-24. Februar 2002: Tagung der Nachwuchsgruppe der Sektion IP in der Evangelischen Akademie Arnoldshain zum Thema „Politik, Wirtschaft, Gesellschaft: Theorien und Problemfelder internationaler Beziehungen,“ (siehe unter Nr. 1)

24.-28. März 2002: Annual Convention der International Studies Association in New Orleans (USA; weitere Informationen unter <http://csf.colorado.edu/isa/isaconf.html>)

4.-6. April 2002: Tagung der Sektion IP zum Thema "Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland" (Koordination: Gunther Hellmann); weitere Informationen finden sich unter der Adresse der homepage der Sektion Internationale Beziehungen unter <http://www.tu-dresden.de/phfipo/intpol/Dvpw.html>.

Für Rückfragen stehen die Sprecher der Sektion unter folgenden Adressen zur Verfügung:

Prof. Dr. Stefan A. Schirm
(Geschäftsführung vom 1.10.2001 bis 30.9.2002)
Institut für Sozialwissenschaften, Universität Stuttgart
Keplerstr. 17, 70174 Stuttgart, stefan.schirm@po.pol.uni-stuttgart.de
Tel: 0711/1 21-34 25, Fax: 0711/1 21-23 33

Prof. Dr. Susanne Feske
(Geschäftsführung vom 1.10.2002 bis 30.9.2003)
Institut für Politikwissenschaft, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Scharnhorststr. 100, Platz der weißen Rose, 48151 Münster
Feske@uni-muenster.de
Tel: 0251/832-5319, Fax: 0251/832-9356

Prof. Dr. Gunther Hellmann (Geschäftsführung bis 30.9.2001)
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
FB Gesellschaftswissenschaften, Institut für Vergleichende Politikwissen-
schaft und Internationale Beziehungen
Robert-Mayer-Str. 5, Fach 102, 60054 Frankfurt am Main
G.Hellmann@soz.uni-frankfurt.de
<http://www.rz.uni-frankfurt.de/fb03/prof/hellmann/>
Tel: 069/7 98-2 51 91 oder -2 26 67, Fax: 069/7 98-2 84 60

gez. G. Hellmann

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Annonce

D V

P W



Campus-Verlag

Herbst 2001
Nr. 125

Sektion „Politik und Ökonomie“

Die Sektion veranstaltet vom 16.-18. November 2001 in Hagen eine Tagung zum Thema

Zukunft und Perspektiven des Wohlfahrtsstaates

Vorläufiges Programm:

Freitag, den 16. November 2001

14.00 Uhr: Begrüßung und Einführung in das Thema

Prof. Roland Czada und Dr. Susanne Lütz

Theoretische Perspektiven

14.30 Uhr: *New governance: Sozialpolitik als investment capital*

Prof. Birger P. Priddat, Universität Witten-Herdecke

15.30 Uhr: Die ordnungspolitisch angemessene Definition des Sozialen in der Marktwirtschaft

Prof. Bodo B. Gemper, Universität Siegen

16.30 Uhr: *Kaffeepause*

17.00 Uhr: Der „aktivierende Sozialstaat“ als steuerungstheoretisches Konzept

Prof. Bernhard Blanke, Wolfram Lamping und Henning Schridde Universität Hannover

18.00 Uhr: Zur selektiven Betrachtung von „Koordination“ in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung

Dr. Irene Dingeldey, ZES Universität Bremen

19.30 Uhr: *Abendessen*

Samstag, den 17. November 2001

9.00 Uhr: Zur Determination der Sozialausgabenstruktur im internationalen Vergleich. Theorien, Methoden und empirische Befunde

Dr. Bernhard Kittel und Dr. Herbert Obinger, MPI Köln/ZES Universität Bremen

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Transformation des Wohlfahrtsstaates – Triebkräfte und neue Herausforderungen

10.00 Uhr: Defensive Globalisierung im Wohlfahrtsstaat. Außenwirtschaft und Sozialpolitik in den USA

Prof. Stephan Leibfried und PD Dr. Elmar Rieger, ZES Universität Bremen

11.00 Uhr: *Kaffeepause*

11.30 Uhr: „Spätkapitalismus“ revisited: Möglichkeiten und Grenzen adaptiver Selbsttransformation der Wohlfahrtsstaatsanalyse

PD Dr. Jens Borchert und Dr. Stephan Lessenich, ZENS, Universität Göttingen

D V

12.30 Uhr: Wandel der Arbeit und soziale Sicherung. Ein neues Normalarbeitsverhältnis erfordert neue sozialstaatliche Antworten

Dr. Alexandra Wagner, IAT Gelsenkirchen

P W



13.30 Uhr: *Mittagessen*

14.30 Uhr: Die New Economy als sozial- und wirtschaftspolitischer Reformkatalysator: Konvergenz oder andauernde Divergenz der Kapitalismusvarianten?

Dr. Lothar Funk, University Birmingham

15.30 Uhr: Teilabdeckung als neue Friedensformel in der bundesdeutschen Rentenpolitik

Dr. Frank Bönker, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/ Oder

16.30 Uhr: *Kaffeepause*

Sozialpolitik zwischen Regimewettbewerb und europäischer Integration

17.00 Uhr: Europäische Integration und die Reform der kontinentalen Wohlfahrtsstaaten: Institutionelle Pfadabkehr in den deutschen und französischen Rentensystemen

Martin Hering, John Hopkins University, Baltimore (USA)

18.00 Uhr: Mehrebenenpolitik in der Europäischen Union: Wo ist der Ort der Sozialpolitik?

Prof. Gerda Falkner und Miriam Hartlapp, MPI Köln

19.00 Uhr: *Abendessen*

Herbst 2001
Nr. 125

Sonntag, den 18. November 2001

9.00 Uhr: Europäisierung der deutschen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik?

Tobias Ostheim und Dr. Reimut Zohlnhöfer, Universität Heidelberg

10.00 Uhr: „Does Maastricht matter? Die Auswirkungen der europäischen Integration auf die nationale Sozialpolitik: Die Beispiele Italiens und Frankreich

Antonia Gohr und Freia Hardt, ZES Universität Bremen

11.00 Uhr: *Kaffeepause*

11.30 Uhr: Zur sozialpolitischen Entwicklung kleiner, offener Ökonomien: Belgien, Irland und Österreich im europäischen „Regimewettbewerb“

Dr. Andreas Aust und Dr. Sigrid Leitner, Universität Göttingen

12.30 Uhr: Abschlußdiskussion und Perspektiven der Sektionsarbeit

Die Tagung findet statt im Seminar- und Bildungszentrum Arkadeon, Lenéstraße 91, 58093 Hagen-Halden.

Kontaktadresse:

Dr. Susanne Lütz, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

Paulstraße 3, 50676 Köln

Tel. 0221/ 2767- 222, Fax. 0221/ 2767- 555

E-Mail: luetz@mpi-fg-koeln.mpg.de

Die Sektion weist ausserdem auf folgende Tagung an der Universität Bremen hin:

Staatstätigkeit in westlichen Industrieländern – Wirtschaftliche Leistungsprofile im Vergleich

Konferenz an der Universität Bremen

15. und 16. Dezember 2001

Tagungsort: Zentrum für Sozialpolitik, Parkallee 39, Barkhof, Raum 3260

Programm

Samstag, 15. Dezember 2001

10.00 – 10.30 Uhr: Uwe Wagschal (Bremen)

Begrüßung und Einführung in das Thema

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

10.30 – 11.30 Uhr: Thomas Plümper (Konstanz)
Theorien der Politischen Ökonomie und neuere Entwicklungen zur Erklärung wirtschaftlicher Leistungsprofile

11.30 – 12.30 Uhr: Bernhard Kittel (Köln)
Arbeitsbeziehungen in der OECD-Welt

12.30 – 13.30 Uhr: *Mittagspause*

13.30 – 14.30 Uhr: Herbert Obinger (Bremen)
Warum unterscheiden sich Wachstumsraten? Ein internationaler Vergleich

14.30 – 15.30 Uhr: Klaus Armingeon (Bern)
Ursachen für die unterschiedliche Performanz bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

D V

15.30 – 16.00 Uhr: *Kaffeepause*

P W

16.00 – 17.00 Uhr: Andreas Busch (Oxford)
Preisstabilitätspolitik im internationalen Vergleich



17.00 – 18.00 Uhr: Uwe Wagschal (Bremen)
Steuerpolitik und Steuerreformen in 21 OECD-Demokratien

Ab 20.00 Uhr: **Gemeinsames Abendessen**

Sonntag, 16. Dezember 2001

09.30 – 10.30 Uhr: Thomas R. Cusack (Berlin)
Ökonomische und politisch-institutionelle Determinanten der Staatsausgaben

10.30 – 11.30 Uhr: Uwe Wagschal (Bremen)
Wer ist Schuld an den Schulden? Ursachen für Staatsverschuldung und Haushaltsdefizite im OECD-Ländervergleich

11.30 – 12.30 Uhr: Markus Freitag (Bern):
Politische Grundlagen der Wechselkurs- und Währungspolitik

12.30 – 13.30 Uhr: *Mittagspause*

13.30 – 14.30 Uhr: Christian Martin (Konstanz)
Aussenwirtschaft & Weltwirtschaft

14.30 – 15.30 Uhr: Bernhard Kittel (Köln) /Herbert Obinger (Bremen)
Bestimmungsfaktoren wohlfahrtsstaatlicher Ausgaben in westlichen Industrienationen

15.30 – 16.00 Uhr: *Abschlussdiskussion*

Interessierte Zuhörer können sich bei nachstehender Adresse anmelden. Vermerken Sie bitte auf Ihrer Anmeldung (a) ob Sie am gemeinsamen Abendessen am 15. Dezember 2001 teilnehmen und (b) ob Sie ein Zimmer benötigen. Die Übernachtungskosten müssen selbst übernommen werden. Kontakt:

Dr. Uwe Wagschal
Dr. Herbert Obinger

Zentrum für Sozialpolitik, Parkallee 39, 28209 Bremen
Telefon 0421 / 218-4061, Telefax 0421 / 218-7540

E-Mail: uwagscha@zes.uni-bremen.de
hobinger@zes.uni-bremen.de

D V

P W



Sektion „Politische Soziologie“

Bitte beachten Sie die Berichte/Ankündigungen der zur Sektion gehörenden Arbeitskreise

- Parteienforschung
- Politik und Kommunikation
- Soziale Bewegungen
- Verbände
- Wahlen und politische Einstellungen

Herbst 2001
Nr. 125

Sprecherin der Sektion:

PD Dr. Bettina Westle, Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Postfach 3931, 90020 Nürnberg
Tel.: 0911/53 02 - 6 05 d, eMail: Bettina.Westle@wiso.uni-erlangen.de

Annonce

D V

P W



Nomos-Verlag

Herbst 2001
Nr. 125

Sektion „Politische Theorien und Ideengeschichte“

Die Mitgliederversammlung der Sektion hat auf ihrer Sitzung in Berlin die Tagungsplanung bis zum Frühjahr 2003 in den Grundzügen beschlossen. Dieser Rundbrief informiert über den aktuellen Stand der konzeptionellen Überlegungen und organisatorischen Planung. Ziel der Sektion ist es dabei ausdrücklich auch in ihrer Themenplanung von sich aus einen Beitrag zur Verbesserung der intra-disziplinären Zusammenarbeit in der Politikwissenschaft zu leisten – deshalb sind auch Mitglieder anderer Sektionen und Arbeitskreise herzlich eingeladen, an den Veranstaltungen aktiv mitzuwirken:

1) Frühjahrstagung 2002 an der Technischen Universität Darmstadt: Aktuelle Probleme des Verhältnisses von Recht und Politik

Die nächste Frühjahrstagung der Sektion Politische Theorien und Ideengeschichte ist dem Thema *Aktuelle Probleme des Verhältnisses von Politik und Recht* gewidmet. Sie findet vom **14.03.2002** bis **16.03.2002** an der **Technischen Universität Darmstadt** statt.

Mit ihr sollen insbesondere vor dem Hintergrund von Transnationalisierung und Globalisierung politiktheoretisch relevante Fragen des Strukturverhältnisses zwischen Politik und Recht systematisch aufgearbeitet werden.

Es sollen insgesamt *acht* Tagungsvorträge gehalten werden, und zwar sowohl Beiträge, deren Erkenntnisinteresse den Ermöglichungs- und Geltingsbedingungen von Recht gilt, z.B. demokratietheoretische Untersuchungen, als auch Beiträge, die sich institutionellen und/oder steuerungstheoretischen Aspekten widmen. Geplant ist namentlich eine innerdisziplinäre Grenzen überschreitende Zusammenarbeit mit WissenschaftlerInnen, deren Forschungsinteressen auf der Rechtstheorie und Rechtsgeschichte liegen.

Folgende Themenbereiche erscheinen uns von zentraler Bedeutung:

- Die Diskussion um eine Steuerungs- und/oder „Bereitstellungsfunktion“ (G. F. Schuppert) des Rechts;
- das Problem der Differenzierung oder Entdifferenzierung von Politik und Recht (Verrechtlichung der Politik und/oder Politisierung des Rechts);
- die Konsequenzen quantitativ und qualitativ veränderter Institutionen- und Akteurskonstellationen in Rechtssetzungsprozessen;
- die instrumentelle Funktion von Recht in Transformationsgesellschaften (Vergangenheitsbewältigung, institutionelles Vertrauen, social engineering);

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

- die Aktualität von Deutungsangeboten der politischen Ideengeschichte sowie zeitgenössischer Gesellschafts- und Politiktheorien zum Spannungsverhältnis von Politik und Recht.

Da die Vorbereitung der Tagung noch nicht endgültig abgeschlossen ist, können aussagekräftige *abstracts* geplanter Beiträge im Umfang von maximal 2 Seiten bis Ende Oktober an Prof. Dr. Rainer Schmalz-Bruns (*TU-Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft, Residenzschloß, D-64283 Darmstadt, e-mail: rsb@pg.tu-darmstadt.de*) nachgereicht werden. Über die Auswahl der Beiträge wird der Sektionsvorstand entscheiden. Neben den acht Tagungsvorträgen sind weitere, qualitativ gute Beiträge für den im Nomos-Verlag erscheinenden Tagungsband vorgesehen.

Die organisatorische Leitung der Tagung übernehmen Karsten Fischer (*Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften*), Tanja Hitzel-Cassagnes (*TU-Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft*) und Ruth Zimmerling (*TU-Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft*).

Tagungsanmeldungen und organisatorische Anfragen können an Tanja Hitzel-Cassagnes (e-mail: hitzel@pg.tu-darmstadt.de) gerichtet werden. Das endgültige Tagungsprogramm, eine Liste mit Unterbringungsmöglichkeiten und weitere Informationen sind der Homepage der Sektion zu entnehmen (Adresse s.u.).

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

2) Herbsttagung 2002 an der Universität Erlangen-Nürnberg: Methoden und Praxen politischer Ideengeschichtsschreibung im 20. Jahrhundert

Der Umstand, dass es in jüngerer Zeit kaum methodische Reflexionen und Debatten zur politischen Ideengeschichtsschreibung gab, wiewohl die Anzahl an ideengeschichtlichen Publikationen steigt, ist der Anlaß für die Tagung: *Methoden und Praxen politischer Ideengeschichtsschreibung im 20. Jahrhundert*.

Ziel der Tagung ist eine Selbstverständigung der Fachvertreter über konkurrierende Paradigmen und Methoden der Ideengeschichte, deren Leistungen und Grenzen ausgelotet werden sollen. Dabei geht es sowohl um Standards der Ideengeschichtsschreibung, ihr Verhältnis zur Kultur-, Sozial- und Politikgeschichte sowie zur politischen Philosophie und ihrer Geschichtsschreibung. Exemplarisch diskutiert werden sollen, die Konzepte einflußreichen Schulen (z.B. sozial-historische Ansätze, Cambridge-School, Strauss, Voegelin u.a.) und Autoren (wie z.B. I. Berlin, H. Arendt, M. Foucault u.a.) sowie Varianten der Begriffs- und Problemgeschichte. Wiewohl methodische Fragen interessieren, geht es nicht um Methodologismus, sondern die einzelnen Konzepte sollen anwendungsbezogen diskutiert werden. Als Ergebnisse werden nicht nur ein vertieftes Verständnis der wichtigen Konzepte angestrebt, sondern auch die Fixierung von Ansatz-

punkten, für den Vorstoß zu neuen, validierbaren Formen und Methoden der Ideenschichtsschreibung.

Die Tagung wird im Oktober 2002 in Erlangen stattfinden, Ansprechpartner sind Jürgen Gebhardt (ingebhar@phil.uni-erlangen.de) und Harald Bluhm (bluhm@bbaw.de).

3) Frühjahrstagung 2003 an der Universität Mainz: Ethik und Politik – ethische Steuerung der Politik oder Politisierung der Ethik?

Die aktuelle gesellschaftliche und politische Diskussion über Chancen und Risiken der Biomedizin verweist gleichermaßen auf die gesellschaftspolitische Brisanz wie auf die politikwissenschaftliche Relevanz des Themas „Ethik und Politik“. Im Mittelpunkt der derzeitigen Debatte steht die Frage nach der Lockerung des Embryonenschutzgesetzes zugunsten einer Zulassung biomedizinischer Verfahren wie embryonaler Stammzellforschung und Präimplantationsdiagnostik. Im weiteren Zusammenhang geht es um die individuellen, gesellschaftlichen und politischen Folgen biomedizinischer Forschung und ihrer künftigen Verwertung durch eine kommerziellen Biotechnologie. In der aufgekommenen Diskussion treffen ethische Argumente unterschiedlicher Couleur (z.B. utilitaristische, deontologische und christliche) auf rechtliche, politische, ökonomische und forschungspolitische Argumente und Positionen.

Die geplante Tagung nimmt diese tagespolitischen Diskussionen zum Anlaß, das prinzipiell vielgestaltige, „klassische“ Thema des Verhältnisses von Ethik und Politik in der Perspektive der politisch-ethischen Gestaltbarkeit und Gestaltung moderner Lebensverhältnisse zu beleuchten. Dabei ist prinzipiell davon auszugehen, dass die vermehrte politische Inanspruchnahme von Ethik zu Zwecken politischer Gestaltung und Steuerung die angewandte Ethik selbst zu einem Politikum werden lässt – d.h. dass mit einem konflikthaften Aufbrechen der Spannungen sowohl innerhalb des ethischen Feldes (etwa zwischen einer akademisch repräsentierten theoretischen Ethik, einer gesellschaftlichen Alltags- oder „Common-Sense“-Moral wie auch den in gewisser Weise normativ eigenständigen, unterschiedlichen Professionsmoralen von Wissenschaftlern, Unternehmern und Politikern) und zwischen Ethik und Politik andererseits zu rechnen ist.

Um über diese Gemenge- und Konfliktslage aufzuklären und die Chancen einer ethisch vermittelten politischen Steuerung der Gesellschaft genauer ausloten zu können, soll das Thema in Verbindung unterschiedlicher politikwissenschaftlicher Perspektiven (politische Ideengeschichte, politische Ethik/Philosophie, moderne politische Theorie) unter politisch-soziologischen und prozedural-institutionellen Aspekten aufgegriffen und bearbeitet werden.

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Ausführlichere Informationen zu Konzeption und Durchführung dieser Tagung, für die H.-P. Burth (Universität Mainz, Institut für Politikwissenschaft, Colonel-Kleinmann-Weg 2, D-55099 Mainz, email: burth@politik.uni-mainz.de) verantwortlich zeichnet, sind der Homepage der Sektion (Adresse s.u.) zu entnehmen.

Zum Schluss möchte ich noch darauf aufmerksam machen, dass der erste von drei Bänden, die den Tagungszyklus zu „Theorien politischen Handelns“ dokumentieren, soeben erschienen ist: *Harald Bluhm/Jürgen Gebhardt (Hg.), Konzepte politischen Handelns. Kreativität - Innovation - Praxen (Schriftenreihe der Sektion für Politische Theorien und Ideengeschichte in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Bd. 1). Baden-Baden: Nomos 2001.*

D V

P W



Darüber hinaus möchte ich die Aufmerksamkeit auf die Homepage der Sektion lenken, der Sie weitere und laufend aktualisierte Informationen über die Arbeit der Sektion und ihrer Arbeitsgemeinschaften, den Stand der Tagungsplanung wie der Veröffentlichungen etc. entnehmen können (www.ifs.tu-darmstadt.de/pg/dvpwtheo).

Gez. Rainer Schmalz-Bruns

Herbst 2001
Nr. 125

Sektion „Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland“

Die Sektion 'Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland' wird gemeinsam mit der Initiativgruppe 'Parlamentarismusforschung' am 9./10. November an der TU Dresden eine Tagung mit dem Thema **"Parlamentarische Regierungskontrolle - gouvernementale Parlamentskontrolle"** durchführen.

Zum Inhalt:

Parlamentarismusforschung und Regierungslehre haben hinsichtlich demokratischer Regime, zumal parlamentarischer Regierungssysteme, wichtige Schnittstellen. Offensichtlich sind diese vor allem im Bereich der Gesetzgebungstätigkeit und der Kontrollfunktion. Diese letztere nimmt im 'neuen Dualismus' des parlamentarischen Regierungssystems oft überdies einen stark gouvernementalen Charakter an: Die Regierung versucht - meist überaus erfolgreich - die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse im Schoß der regierungstragenden Mehrheit zu kontrollieren. Die Prägefaktoren solcher Politikmuster, die dabei genutzen formellen und informellen Mechanismen sowie die produktiven und kontraproduktiven Nebenefekte und Folgen all dessen sollen im Mittelpunkt dieser gemeinsamen Tagung der Sektion 'Regierungssystem und Regieren in der BRD' sowie der Initiativgruppe 'Parlamentarismusforschung' stehen. Sowohl theoretische Analysen als auch auf Deutschland oder andere Staaten bezogene Fallstudien, desgleichen vergleichende Untersuchungen, sind herzlich willkommen. Am Freitagabend werden überdies zentrale parlamentarische Akteure des Sächsischen Landtags Einblicke in die Funktionswirklichkeit eines überaus deutlich gouvernemental geprägten Parlaments geben. Vorschläge für Vorträge sowie Anmeldungen bitte möglichst bald an Prof. Dr. Werner J. Patzelt, Institut für Politikwissenschaft, TU Dresden 01062 Dresden, Tel. 0351/463-2888, e-mail: (werner_j.patzelt@mailbox.tu-dresden.de) Die Tagung beginnt am Freitagnachmittag um 15.30 und endet am Samstag gegen 18.30. Die Fahrt- und Aufenthaltskosten trägt jeder Teilnehmer - einschließlich Referenten - selbst; Informationen über günstige Pensionen und Hotels werden auf Nachfrage zur Verfügung gestellt.

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Annonce

D V

P W



Nomos-Verlag

Herbst 2001
Nr. 125

Sektion „Staatslehre und politische Verwaltung“

Die Sektion veranstaltete zuletzt vom 17. bis zum 19. Mai 2001 gemeinsam mit dem AK „Politikfeldanalyse Innere Sicherheit“ der DVPW eine Tagung an der Polizeiführungsakademie Münster unter dem Titel „Wachsam und kooperativ? Der lokale Staat als Sicherheitsproduzent?“ Die Präsentationen folgten exakt dem im letzten Rundbrief abgedruckten Tagungsprogramm.

Schwerpunkt der Diskussionen waren Form- und Funktionswandel lokaler Politik und Verwaltung durch den Bedeutungsgewinn von Sicherheitsempfinden und Kriminalitätsprävention. Eignen sich diese Dimensionen dafür, dezentrale Staatstätigkeiten wieder unter kommunaler Politikformulierung mit eigenständiger Akzentsetzung zu integrieren? Oder wird im Gegenteil die lokale Politik „verpolizeilicht“? Verstärkt die kommunale Kriminalitätsprävention nur die Ungleichheit der Lebenschancen und Sicherheitsvorkehrungen oder kann sie auch soziale Kompensation erreichen?

Antworten auf solche Fragen wird auch die geplante Buchpublikation geben: sie wird unter dem Tagungstitel gegenwärtig für die Reihe der Sektion im Nomos-Verlag vorbereitet (Herausgeber: Rainer Prätorius).



Die nächste Veranstaltung der Sektion wird die bereits vor angekündigte „Nachwuchstagung“ sein. Zu dieser ergeht ein

Herbst 2001
Nr. 125

Call for Papers

Junge Wissenschaftler/-innen sind aufgefordert, Beiträge aus dem allgemeinen Themenspektrum der Sektion vorzuschlagen. Wir erstreben in diesem Stadium noch keine verengende Vorauswahl, sondern wollen erst aus den eingegangenen Vorschlägen Themenblöcke bilden, zu denen wir dann auch „etablierte“ Kollegen/innen als Diskutanten einladen.

Besonderes Interesse finden

- Beiträge zur Veränderung von Staatlichkeit unter Einbeziehung der internationalen/transnationalen Dimension inkl. einschlägiger, sozialwissenschaftlicher Theoriediskussionen (z.B. Steuerungstheorie, Mehrebenentheorie);
- Beiträge aus der empirischen Institutionenforschung auf allen Ebenen des politisch-administrativen Systems, einschließlich der lokalen Ebene. Besonders erwünscht sind Arbeiten, die die Prozesse zwischen den staatlichen Handlungsebenen und die Rolle der Exekutiven thematisieren;
- Beiträge aus der Policy-Forschung mit verwaltungswissenschaftlichem Akzent.

In allen drei Themenbereichen werden auch vergleichende Studien begrüßt, wobei die deutsche/europäische Politik möglichst eine Komponente des Vergleichs bilden sollte.

Senden Sie Ihre Vorschläge (max. 40 Zeilen) bitte bis spätestens 15.12.2001 an Rainer Prätorius.

Veranstaltungsort wird die Technische Universität München sein;

Termin: 13.-15. Juni 2002.

Es ist geplant, die Reise- und Aufenthaltskosten jener ReferentInnen zu erstatten, die über keine eigene Finanzierungsmöglichkeit verfügen.

Prof. Dr. Edgar Grande

(z.Z.) c/o Joint Initiative in German and European Studies
Munk Centre for International Studies, University of Toronto
1 Devonshire Place, Toronto, Ontario M5S 3K7, Canada
Tel.: 001-416-946-8967, eMail: edgar.grande@utoronto.ca

D V

P W



Prof. Dr. Rainer Prätorius

Universität der Bundeswehr Hamburg
22039 Hamburg, Tel.:040/65412788, Fax: 040/65412786
eMail: Rainer.Praetorius@unibw-hamburg.de

Herbst 2001
Nr. 125

Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“

Statt eines Berichts: Konzeptionelle Überlegungen zur Arbeit der Sektion in den kommenden Jahren

Rahmenthema: „Vergleichen in der Politikwissenschaft – zu den Methoden des Vergleichens und ihren Anwendungen im Bereich der policy-Forschung“

Die auf dem DVPW-Kongress 2000 in Halle neu gewählte Sektionsleitung hat sich zum Ziel gesetzt, in der Sektion eine Diskussion über das Selbstverständnis der „Vergleichenden Politikwissenschaft“ in Deutschland in Gang zu setzen. Dabei drängen sich grundsätzliche Fragen nach dem Sinn und Zweck des Vergleichs auf, wie sie in einzelnen Monographien, Sammelbänden und Aufsätzen immer wieder gestellt werden. Im Gegensatz zu vielen eher theoretischen Beiträgen oder einer auf spezielle Aspekte verengten Methodendiskussion soll sich die Arbeit in der Sektion vor allem dem Zusammenhang zwischen dem Vergleichen als Methode und deren Anwendungen in der empirischen Forschung widmen. Hierbei ist u.a. an Beispiele aktueller Fragestellungen gedacht, die sich aus dem Zusammenwirken von sozialen Makrotrends im Kontext von Globalisierung, europäischer Integration und umfassenden demographischen Veränderungen und den sich daraus ergebenden Herausforderungen in unterschiedlichen Policies ergeben.

Die als Auftakt des Rahmenprogrammes geplante Tagung zum Vergleich als Methode soll einen allgemeinen Beitrag zur Kontroverse zwischen qualitativ orientierter und quantitativ ausgerichteter Politikwissenschaft darstellen. Ziel ist, diese Kontroverse in einen Dialog überzuführen - etwa im Sinne der programmatischen Adresse des Präsidenten der Sektion „Comparative Politics“ der American Political Science Association, Michael Wallerstein, die er betitelte: „Bridging the Quantitative/Non-Quantitative Divide“.¹ Seinem Vorschlag, statt einer immer weiter gehenden Spezialisierung bzw. der darauf reagierenden Forderung nach der Rückkehr zum Generalistentum ein Minimum an Verständnis für die und Kenntnis von der jeweils „anderen Seite“ des Methodenstreits zu entwickeln, wollen wir uns hier anschließen. Dies bedeutet konkret, dass die wissenschaftstheoretischen Aspekte, die sich in den bekannten Dichotomien Variablen- vs. Fallauswahl, universalistische vs. konjunkturelle Erklärungen, Induktion vs. Deduktion usw. niederschlagen, in einem breiteren Rahmen thematisiert wer-



Herbst 2001
Nr. 125

¹ Michael Wallerstein, „Bridging the Quantitative/Non-Quantitative Divide“, in *apsa-cp. Newsletter of the Organized Section in Comparative Politics of the American Political Science Association* 12, 2 (Summer 2001), S. 1-2, 23.

den, der über die Umfrage- oder Aggregatdatenanalyse hinausgeht. Über die Einbeziehung von Fragen des qualitativen Vergleichens hinaus sollte auch die Einbettung der deutschen Diskussion in internationale Zusammenhänge bzw. deren Abgrenzung dazu (Stichwort: „Amerikanisierung“ der deutschen Politikwissenschaft) einerseits, und andererseits der Ertrag einer interdisziplinären Diskussion, d.h. die Anregungen, die sich aus dem Gespräch mit ebenfalls vergleichenden Nachbardisziplinen ergeben können, mit einbezogen werden.

Daher ist als erster Schritt die Durchführung einer Tagung geplant, welche eben diese Fragen aufgreift und die Diskussion über den Vergleich in einer konstruktiven Kontroverse weiter führt (siehe unten stehenden Call for Papers I).

D V

P W



In einem zweiten Schritt ist eine Abfolge von zwei weiteren Tagungen geplant, in denen umfassende soziale, ökonomische und politische Wandlungsprozesse auf nationaler und internationaler Ebene hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf unterschiedliche Politikfelder und gesellschaftliche Großorganisationen untersucht werden sollen.

Sowohl westliche Demokratien als auch die jungen Demokratien in Osteuropa stehen vor der Herausforderung, Prozesse der Internationalisierung (Globalisierung, Europäisierung) sowie umfassende demographische Veränderungen (alternde Gesellschaften, Binnen- sowie internationale Migration) in konkrete Handlungsinstrumente zu übersetzen (etwa in der Sozialpolitik). Zum Beispiel treten, oft ausgelöst durch den industriellen Strukturwandel in vielen Regionen, lokal und regional wirksame Wanderungsbewegungen auf, die einerseits Bevölkerungswachstum in wenigen Ballungsräumen, andererseits Abwanderungen und Einwohnerverluste in vielen anderen Gebieten nach sich ziehen. In solchen Regionen stehen politische und gesellschaftliche Akteure vor der Aufgabe, die Abkehr von klassischen Paradigmata in verschiedenen Policies (z.B. Steuer-/ Finanzpolitik, Wohnungspolitik, Verkehrspolitik, Bildungspolitik, Einwanderungspolitik usw.) zu vollziehen. Exemplarisch für einen beispiellosen Schrumpfungsprozeß stehen in Deutschland die neuen Bundesländer, die seit der Wende mehr als eine Million Einwohner verloren haben.

Im ersten Workshop, der an die Methoden-Tagung anschließt, sollen diese Fragen politikfeldübergreifend für Deutschland und im internationalen Vergleich untersucht werden (vgl. Call for Papers II). Die in der Auftaktveranstaltung begonnene Methodendiskussion soll dabei fortgeführt und anhand von Beispielen empirischer Anwendung weiterentwickelt werden. Willkommen sind dabei auch in sich vergleichende Beiträge. Dabei soll vor allem der unterschiedliche (bzw. ähnliche) Policy-Response vor dem Hinter-

grund der jeweiligen institutionellen Ausstattung des politischen Systems und seiner politisch-kulturellen Grundlagen vergleichend untersucht werden. In einer weiteren Veranstaltung kann die skizzierte Fragestellung auf die Anpassungsfähigkeit und Strategien von „Großorganisationen“ (Parteien, Interessengruppen, Kirchen usw.) nach innen und gegenüber ihrer Handlungsumwelt erweitert werden (Frühjahr 2003).

Dieses Rahmenthema ermöglicht es somit grundsätzlich, die Diskussion über verschiedene Ansätze der vergleichenden Politikwissenschaft im internationalen Vergleich, Vergleiche innerhalb ein und desselben politischen Systems, aber auch diachrone Untersuchungsanordnungen im Rahmen empirischer Analyse anzuwenden und weiterzuentwickeln.

Call for Papers I: Tagung „Vergleichen in der Politikwissenschaft – theoretische, methodische und empirische Aspekte im internationalen und interdisziplinären Dialog“

Die Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft“ veranstaltet vom 26. bis 27. April 2002 an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) eine Tagung zum Thema „Vergleichen in der Politikwissenschaft – theoretische, methodische und empirische Aspekte im internationalen und interdisziplinären Dialog“. Interessenten werden gebeten, bis 31. Dezember 2001 einen Entwurf (1-2 Seiten) für ein Papier, das auf der Tagung präsentiert und später in einem Sammelband veröffentlicht werden soll, zu folgenden Themenbereichen einzureichen:

- wissenschaftstheoretische und ideengeschichtliche Aspekte des politikwissenschaftlichen Vergleichs;
- methodische Fragen im Spannungsfeld von quantitativen und qualitativen Methoden: historische Vergleiche, Fallstudien als Vergleich, Vergleichsebenen (Vergleich von Nationen, Regionen usw.), Fall- oder Variablenorientierung (Rolle des n), Beschreiben oder Erklären, Kausalität etc.
- empirische Anwendungsbeispiele in den Bereichen Parteienforschung, politische Kulturforschung, Systemvergleich, public policies, die die Methode und ihren Ertrag explizit machen;
- vergleichende Politikwissenschaft in anderen Ländern: Konvergenzen und Divergenzen zur deutschen Diskussion.

Die Komponente der Interdisziplinarität soll dadurch gewährleistet werden, dass die Sektionsleitung ausgewiesene Vertreter der Nachbardisziplinen gezielt anspricht.

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Call for Papers II: „Demographischer Wandel und Policy Response im internationalen Vergleich“

Die Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“ veranstaltet vom 19. bis 20. Oktober 2002 eine Tagung zu o.g. Thema in Potsdam oder Wittenberg (Ort wird im nächsten Rundbrief bekanntgegeben). Interessenten werden gebeten, bis 30. Mai 2002 ein Exposé (1-2 Seiten) an eine der unten angegebenen Adressen zu senden. Auch hier ist an eine Veröffentlichung der Beiträge gedacht. Die Sektionsleitung wird überdies versuchen, gezielt Vertreter aus benachbarten sozialwissenschaftlichen Disziplinen als Referenten zu gewinnen. Folgende Aspekte können dabei im Mittelpunkt stehen:

- Ursachen demographischen Wandels und regionale Verteilung seiner Wirkungen (z.B. Migration, Bevölkerungsverluste und regionales Wachstum);
- Auswirkung auf verschiedene Politikfelder (Sozialpolitik, Verkehrspolitik, Wohnungspolitik, Einwanderungspolitik, Bildungspolitik, Finanzpolitik etc.), dabei:
- Frage nach der Handlungsmöglichkeiten angesichts bestehender institutioneller Rahmenbedingungen (z.B. Föderalismus, kommunale Selbstverwaltung usw.) und Akteurskonstellationen; Analyse von Entscheidungsprozessen;
- Untersuchung des Policy-output;
- Quantitative und qualitative Methoden des Vergleichs in diesem Zusammenhang (auch: politikfeldübergreifend).

Informationen über die nachfolgende Tagung zum demographischen Wandel und zur Rolle und zum Verhalten von Großorganisationen im internationalen Vergleich werden im nächsten Rundbrief bekannt gegeben.

Sektionsleitung von 2000 bis 2003

Prof. Dr. Michael Minkenberg

Europa-Universität Viadrina, Kulturwissenschaftliche Fakultät
Postfach 1786, 15207 Frankfurt (Oder), mminken@euw-frankfurt-o.de
Tel. 0335/5534-257 oder -694, Fax. 0335/5534-280

PD. Dr. Sabine Kropp

Ab 1.10.2001: Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Professur Regierungssystem der BRD/Innenpolitik
Postfach 601 554, 14415 Potsdam
kropp@mwv.lsa-net.de, 520045255291@t-online.de
(Mails bitte parallel an beide Adressen)
Tel.: 0331/977-3340 (d.), 0345/2033526 (p.)

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

III. Berichte der Arbeitskreise

Arbeitskreis „Film und Politik/Visuelle Politik“

Jahrestagung des Arbeitskreises in Zusammenarbeit mit den Lehrstühlen für Politikwissenschaft und dem Institut für Europäische Kulturgeschichte an der Universität Augsburg

10. - 12. Oktober 2001

KUNST UND MACHT

POLITIK UND HERRSCHAFT IM MEDIUM DER BILDENDEN KUNST

Mittwoch 10.10.2001.

15:00: **BEGRÜSSUNG UND ERÖFFNUNG**

Professor Dr. Hans-Otto Mühleisen (Augsburg)

Professor Dr. Michael Strübel (Erfurt)

15:30: **GARTENKUNST UND HERRSCHAFT**

Professor Dr. Peter C. Mayer-Tasch (München)

16:30: **FIGUR OHNE RAUM**

Über öffentliche Personendenkmäler

Professor Dr. Carsten-Peter Warncke (Göttingen)

17:30: **VOM BILD(EN) DER DEMOKRATIE - VOM PARTHENONFRIES ZUM ZUG DER VOLKSVERTRETER**

Thomas Hensel M.A. (Köln)

Donnerstag 11.10.2001

09:30: **ZUR TOPOLOGIE VON AEDELGRABLEGEN. KAPELLENSTIFTUNGEN DES AEDELS IN NEAPEL AM BEGINN DES 16. JH.**

Dr. Tanja Michalsky (Berlin)

10:30: **SOL ODER PHAETHON?**

BAROCKE HERRSCHERALLEGORIEN IN DER NACHFOLGE DES "ROI SOLEIL"

PD Dr. Sibylle Appuhn-Radtke (München)

11:30: **KRIEG UND STRESSREGIE BEI PETER PAUL RUBENS**

Dr. Ulrich Heinen (Göttingen/Wuppertal)

12:30: Mittagspause

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

14:00: **DIE BILDER DER AKTEURE – DIE ENTSTEHUNG DES GESANDTENPORTRÄTS WÄHREND DER VERHANDLUNGEN ZUM WESTFÄLISCHEN FRIEDEN**

Dr. Elke Werner (Münster)

15:00: **POPULÄR, KRITISCH, NACHHALTIG? ÜBERLEGUNGEN ZU GENESE UND WIRKUNG DER BILDPRODUKTION UM NAPOLEON I.**

Dr. Claudia Hattendorff (Marburg)

16:00: Kaffeepause

16:30: **KNIEFALL VOR DER VERGANGENHEIT – SELBSTINSZENIERUNG UND HISTORISCHES GEDENKEN**

Dr. Axel Lapp (Berlin)

17:30: **PRINZ WILLIAM IN CHILE – ANMERKUNGEN ZUR TRANSMEDIALITÄT VISUELLER KONSTRUKTIONEN**

Carolin Quermann M.A. (Berlin)

19:00: **EMPFANG DER TAGUNGSTEILNEHMER IM AUGSBURGER RATHAUS**

Freitag 12.10.2001

09:30: **ZENSURVERBOT, ZENSURMÖGLICHKEITEN UND SOZIALE KONTROLLE**

Dr. Tasos Zembylas (Wien)

10:30: **KUNST UND MACHT: WIRKBEREICHE UND SCHRANKEN AUS VERFASSUNGSRECHTLICHER SICHT**

Professor Dr. Friedhelm Hufen (Mainz)

11:30: **ÜBERLEBENSKAMPF DER WÖRTER? – EINIGE ANMERKUNGEN ZUR THEATRALISCHEN GRUNDFIGUR BILD/TEXT – TEXT/BILD**

Intendant Hans Amman (Freiburg i. Br.)

12:30: Mittagspause

14:00: **DER KÜNSTLER ALS “SCHÖPFER” DES GESELLSCHAFTLICHEN NEUANFANGS. FILMISCHE VISIONEN EINER KONTINUITÄT DES NATIONALEN IM DEUTSCHEN SPIELFILM DER 50ER JAHRE**

Dr. Barbara Schrödl (Oldenburg)

15:00: **ARBEIT AN DEN ABGRÜNDEN DEUTSCHER KUNST – DIE FILMISCHEN REFLEXIONEN LUTZ DAMMBECKS ZUM STREIT UM DIE BILDENDE KUNST IM 20. JAHRHUNDERT**

Detlef Kannapin M.A. (Berlin)

16:00: Arbeitsbesprechung des AK Visuelle Politik

16:30: Ende der Tagung

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Bei Nachfragen bzw. zur Anmeldung wenden Sie sich bitte an:

Professor Dr. Hans-Otto Mühleisen
PD Dr. Wilhelm Hofmann
Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Augsburg
86135 Augsburg
Telefon: (0821) 598 - 2610 bzw. (0821) 87 55 6
Fax: (0821) 598 - 5649
E-Mail: Hans-Otto.Mühleisen@phil.uni-augsburg.de
schusterhofmann@newsfactory.net

Die Ergebnisse des AK-Treffens in Halle sind mittlerweile unter folgendem Titel erschienen:

Michael Strübel (Hrsg.): Film und Krieg - Die Inszenierung von Politik zwischen Apologetik und Apokalypse, Leske und Budrich, Leverkusen 2001.

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Annonce

D V

P W



Nomos-Verlag

Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Gesamteuropäische Sicherheitspolitik: OSZE“

Die Entwicklung und die Perspektiven der OSZE seit dem Wiener Minister-
rat von 2000 sind das Thema zum Auftakt einer Tagung, die der Arbeits-
kreis am Freitag, den 26.10.2001 in Hamburg durchführt. Darüber wird der
Leiter der Delegation der Niederlande bei der OSZE, Botschafter Johannes
Landman, referieren, der noch heuer die OSZE nach langjähriger Tätigkeit
verlassen wird. Den zweiten Schwerpunkt der Zusammenkunft werden Be-
richte über Forschungsprojekte bilden, die gegenwärtig beim Zentrum für
OSZE-Forschung und an anderen Instituten durchgeführt werden, kürzlich
abgeschlossen wurden bzw. geplant sind.

Die Tagung beginnt um 11 Uhr und soll gegen 17 Uhr enden. Tagungsort
ist das Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) am Institut für Friedensfor-
schung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg (IFSH), 22587
Hamburg, Falkenstein 1.

Zur Teilnahme an der Tagung sind alle eingeladen, die sich mit Studien ü-
ber die OSZE oder zur gesamteuropäischen Sicherheitspolitik befassen.
Nähere Auskünfte erteilt Dr. W. Zellner, Tel. 040-866 077 0; Fax 040-866
35 15.

Über laufende Forschungsvorhaben des CORE u.a. informiert
<http://www.core-hamburg.de/>

Vorstand: Prof. Dr.Dr. D. Lutz /Prof. Dr. Kurt P. Tudyka

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Geschichte der Politikwissenschaft“

Die Geschichte der politischen Idee „Europa“ Konzeptionen und Programme zur Entwicklung „Europas“ im 20. Jahrhundert.

Tagung des Arbeitskreises „Geschichte der Politikwissenschaft“ in der
„Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft“
27./28. Oktober 2001

an der Universität Leipzig
Institut für Politikwissenschaft
Burgstr. 21, 5. Etage, Raum 30

D V

P W



Organisation: Dr. Dieter Koop
Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft
Augustusplatz, 04109 Leipzig
0341 7193231

Prof.Dr. Wilhelm Bleek
Wilhelm.Bleek@ruhr-uni-bochum.de

PD Dr. Hans J. Lietzmann
Hans.J.Lietzmann@uni-essen.de

Herbst 2001
Nr. 125

Samstag, 27. Oktober 2001

13.00 Uhr: Begrüßung & Eröffnung der Tagung
(*Wilhelm Bleek/ Bochum, Dieter Koop/ Leipzig,*)

13.30 Uhr: *Tanja Hitzel-Cassagnes/ Darmstadt*
Staatsrechtliche Perspektiven auf Europa
(C.Schmitt, H.Heller, F.Neumann, E.Kaufmann)

14.30 Uhr: *Hans J. Lietzmann/ Essen*
Die Europäische Union als „Kommissarisches Regime“. Eine verdrängte
Perspektive.

15.00 Uhr: Kaffeepause

15.30 Uhr: *Ralf Walkenhaus/ München*
Zwischen Ideologie und Wirklichkeit. Europaideen im Nationalsozialismus.

16.30 Uhr: *Gabriele Wilde/ Essen*
Die Europa-Konzeption(en) des deutschen Widerstandes

18.00 Uhr: Gemeinsames Abendessen

Sonntag, 28. Oktober 2001

9.00 Uhr: *Miriam Karama/ München*

Struktur und Wandel der deutschen Legitimationsideen zur europäischen Integration (1950-2000)

9.45 Uhr: *Horst Hegmann/ Bern+Witten-Herdecke*

Die europäische Perspektive der Verfassungsökonomik

10.30 Uhr: Kaffeepause

11.00 Uhr: *Cathleen Kantner/ Berlin*

Die EU als „Politische Öffentlichkeit“. Sozialwissenschaftliche Perspektiven.

11.45 Uhr: *Undine Ruge/ Göttingen*

Das Konzept eines „Europas der Regionen“

12.30 Uhr: *Ulrich Teusch/ Trier*

Europabegriffe in französischen Intellektuellendiskursen (Arbeitstitel)

13.30 Uhr: Mittagessen/Planung weiterer Arbeit

Ende der Tagung

D V

P W



Eine weitere Tagung zu Europa Konzeptionen wird im Frühjahr 2002 in Wien stattfinden. Dort werden vorwiegend ältere Entwürfe thematisiert werden können.

InteressentInnen sind herzlich eingeladen, teilzunehmen und auch noch

- Call for paper-

Beiträge einzureichen.

Sprecher des AK:

Prof. Dr. Wilhelm Bleek, Ruhr-Universität Bochum/ Fachbereich für Sozialwissenschaften/ Politikwissenschaft 1, Postfach 102148

Und

PD Dr. Hans J. Lietzmann, Universität Essen/ Fachbereich 1/ Politik, 45117 Essen.

Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Geschichte und Politik“

Machen Medien Vergangenheit? Diese zugespitzte Fragestellung wurde im Mai 2001 auf der Halbjahrestagung des AK in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin diskutiert. Brisanz und Breite des Themas machte bereits das Grußwort des Bosnienbeauftragten und früheren Bremer Bürgermeisters deutlich. Für Hans Koschnick erfolgt der Umgang mit Vergangenheit nicht allein in Deutschland zumeist einseitig. Generell fielen solche Ereignisse der Verdrängung anheim, die das gesellschaftliche Selbst belasten. Gerade in Jugoslawien habe sich gezeigt, welche unrühmliche Rolle die Medien dabei spielten. So hätten Journalisten in der Entstehungsphase Sloweniens und Kroatiens eher die Wiederwahlinteressen deutscher Politiker bedient als zu einer aufklärenden Unterrichtung der breiten Öffentlichkeit beizutragen.

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Diese Bemerkungen umfaßten dann auch das Spannungsfeld, in dem sich Vorträge und Diskussionen der Teilnehmenden bewegten. In einem einführenden Überblick zeigte Rudolf Seising (München) auf, wie mit zunehmender Technisierung ein geschichtlicher Rückblick nach objektiven Maßstäben erschwert, Vergangenheit mehr und mehr manipulierbar wird. Die politische Rolle, die den Medien bei einer konstruktiven Auseinandersetzung zukommt, beleuchteten Claudia Fröhlich (Berlin) und Peter Krause (Frankfurt/Oder). Sie befaßten sich mit dem Ulmer Einsatzgruppen- bzw. dem Eichmann-Prozeß im Spiegel des öffentlichen Diskurses Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre. Auf sehr unterschiedliche Weise belegen beide Ereignisse, welchen Einfluß die Pressereaktionen auf politische Initiativen wie die Einrichtung der Zentralstelle in Ludwigsburg hatten. Weiterhin belegte Peter Steinbach (Berlin) in seiner Langzeitanalyse des Streits über die nationalsozialistische Vergangenheit zwar Veränderungen im öffentlichen Diskurs. Doch über die Zeit gesehen bleibt das Ausblenden der breiten Involvierung von Deutschen in die Verbrechen eine Konstante in der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Simone Ehmig (Mainz) zeigte schließlich, dass Journalisten trotz ihrer Mittlerrolle nicht außerhalb des geschichtlichen Prozesses gedacht werden dürfen. Generationsbedingte Differenzen im Umgang mit dem Nationalsozialismus weisen darauf hin, wie sehr die Multiplikatoren in den Prozeß eingebunden sind, auf deren Perzeption sie selber wiederum Einfluß nehmen.

Eine Perspektive auf die Überschätzung der Möglichkeiten von Medien eröffnete Karsten Stephan (Siegen). Seine Umfragen unter Besuchern der Frankfurter Ausstellungen zu den Wehrmachtsverbrechen sowie zum deutschen Widerstand belegt, dass die Medien keinen nachweisbaren Einfluß

auf die Entscheidung zum Besuch hatten. Offensichtlich lesen wir die Zeitung und besuchen die Ausstellung, die unseren Grundüberzeugungen entspricht.

Drei weitere Referate vertieften noch die Komplexität des Verhältnisses zwischen Medien, ihren Nutzern sowie den Reaktionen im politischen Raum. Wird das bewegte Bild in den Vermittlungsprozeß von Vergangenheit einbezogen, stellt sich erst recht die Frage, wie wir als Konsumenten mit dem medialen Angebot umgehen. Harald Welzer (Hannover) zufolge nehmen biographische Erzählungen innerhalb von Familien die Plots von Spielfilmen auf und konstruieren neue Familiengeschichten. Andrea Genest (Berlin) führte anhand der deutschen Diskussion über "Schindlers Liste" aus, wie häufig dieser Film als historisches Dokument wahrgenommen wird, die gezeigten Bilder damit ein Eigenleben bei den Angehörigen der "dritten" Generation entwickeln.

Vor dem Hintergrund der Frage, wie die USA auf die Niederlage in Vietnam reagieren, zielten Erik Meyers (Gießen) Ausführungen auf den Beitrag von Spielfilmen zur sinnhaften Deutung von Geschichte gerade bei einer als traumatisch empfundenen Vergangenheit. So spiegeln sich in „Rambo“ zentrale Mythen der amerikanischen Gesellschaft, die zugleich zu einer Verständigung über Gegenwartsprobleme benutzt werden.

In der Quintessenz machte die Tagung deutlich, wie notwendig es ist, auf theoretischer Ebene über Kommunikationsmodelle hinauszukommen, die den Medien die zentral Vermittlungsrolle zusprechen. Uns allen bleibt beim Umgang mit gesellschaftlicher Vergangenheit die Freiheit der Interpretation wie auch die der Entscheidung darüber, ob eine medial vermittelte Botschaft überhaupt wahrgenommen wird. Die Medien können zwar ein Angebot für historische Sinnbildung liefern. Den Konsumenten bleibt dennoch die Form der Nutzung vorbehalten.

Auf der Maitagung wurde zudem der Sprecherkreis neu gewählt. Sprecher ist nach wie vor Prof. Dr. Peter Steinbach (jetzt Karlsruhe). Die Rolle der StellvertreterIn teilen sich Frau Claudia Fröhlich M.A. (Berlin) und PD Dr. Horst-Alfred Heinrich (Stuttgart).

Weiterhin lädt der AK zu seiner Herbsttagung mit folgendem Programm ein. Wer an einer Teilnahme interessiert ist, melde sich bitte umgehend bei der u.a. Adresse.

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Herbsttagung des AK „Geschichte und Politik“ in der Tagungsstätte der Universität Gießen in Schloß Rauschholzhausen vom 30.11. bis 1.12.2001:

I. Geschichtspolitische Akteure in der Geschichte (Moderation: Peter Steinbach)

Robert von Friedeburg: Geschichtspolitik der hessischen Stände im Kampf mit dem fürstlichen Absolutismus

II. Opfer und Täter von Diktaturen als geschichtspolitische Akteure

a) in Westdeutschland (Moderation: Michael Kohlstruck)

Birgit Schwelling: Kriegsoferverbände als geschichtspolitische Akteure der frühen Bundesrepublik

Stefan Goch: Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus vor Ort – Beispiele aus Kommunen in Nordrhein-Westfalen

Mark Spörer: Unternehmen und Unternehmensgeschichte

b) in Ostdeutschland (Moderation: Claudia Fröhlich)

Thomas Heimann: Die Visualisierung von „Buchenwald“ in der DDR im Spannungsfeld von individueller Erinnerung und geschichtspolitischem Auftrag

Erik Meyer: Sinn: Stiftung – Geschichtspolitische Deliberation und Deziision am Beispiel einer Gedenkstätte

c) in internationaler Perspektive (Moderation: Horst-Alfred Heinrich)

Gesine Krüger: Geschichtspolitik in Südafrika: Täter als Akteure

Claudia Lenz: Erinnerungspolitik und Geschichtspolitik - politische Autorisierung und Hegemoniebildung über Widerstandsnarrationen am Beispiel Norwegens

III. Geschichtspolitische Akteure nach der deutschen Vereinigung (Moderation: Peter Steinbach)

Anja C. Baukloh: Die öffentliche Auseinandersetzung um den Umgang mit den Stasi-Akten

Michael Klundt: Die Kontroversen um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung und das „Schwarzbuch des Kommunismus“ im Lichte des Kosovo-Krieges

Schließlich legte der AK noch das Thema für seine Tagung im Januar 2002 fest. Dazu veröffentlichen wir folgenden

Call for Papers:

Der Arbeitskreis "Geschichte und Politik" wird sich am 25.1. und 26.1.2002 im Senatssaal der Europauniversität Viadrina in Frankfurt an

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

der Oder zu seiner halbjährlichen Tagung mit dem folgenden Thema treffen:

„Zehn Jahre deutsche Vereinigung - Geschichtspolitische Brüche und Kontinuitäten“

Mit ihrer Erzählung „Was bleibt“ löste Christa Wolf eine der ersten geschichtspolitischen Debatten im Kontext der Wende 1989/90 aus. In diesem Zusammenhang wurde die These formuliert, die Westdeutschen hätten die Ostdeutschen bereits im Sommer 1990 geschichtspolitisch mundtot gemacht. Jetzt, vor dem Hintergrund der Diskurse zum 10. Jahrestag der Vereinigung, stellt sich die Frage, inwieweit nicht nur Umbruch und Zusammenwachsen in Deutschland, sondern Geschichte generell heute anders diskutiert wird, inwieweit die Vereinigung allgemein als Zäsur in der geschichts- und vergangenheitspolitischen Auseinandersetzung gelten kann.

Auf seiner Tagung wird der AK die geschichtspolitischen Brüche und Kontinuitäten im ersten Jahrzehnt der deutschen Vereinigung genauer hinterfragen. Ziel der Vorträge soll es sein, die Themen, Strukturen und Muster, Akteure und Deutungsherrschaften der geschichtspolitischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre zu beleuchten. Die Tagung möchte zudem in vergleichender Perspektive den Zusammenhang von Geschichte und Identität nach historischen Wendungen reflektieren.

Auch dieses Mal stellt sich der Arbeitskreis der Breite des Themas. So besteht keinerlei Einschränkung in bezug auf bestimmte Akteure, Zielgruppen, politische Strategien etc. Vielmehr würden wir uns über Beiträge freuen, in denen Veränderungen im Geschichtsdiskurs der deutschen Gesellschaft untersucht werden.

Wer sich mit einem Beitrag an der Tagung beteiligen möchte, wende sich bitte mit einem Themenvorschlag und einem kurzen Abstract (nicht länger als eine halbe Seite) bis zum 1.12.2001 an die folgende Adresse (und bitte nur an diese Anschrift):

PD Dr. Horst-Alfred Heinrich
Kornbergstr. 39
70176 Stuttgart
Email: Horst-Alfred.Heinrich@sowi.uni-giessen.de

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Annonce

D V

P W



Nomos-Verlag

Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Handlungs- und Entscheidungstheorien“

Call for Papers

Die nächste Tagung des Arbeitskreises findet am 22./23.02.2002 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz statt. Das Thema des Workshops lautet „Empirische und normative Analyse politischer Konflikte“.

Im Mittelpunkt steht die Analyse von Konflikten aus der Innenpolitik und der Internationalen Politik sowie die weiterleitende Frage, welche Empfehlungen für die Konfliktregulierung bzw. Konfliktlösung sich auf dieser Grundlage formulieren lassen.

Ein besonderes Augenmerk kann dabei auf die historische Entwicklung und Veränderung von Konfliktkonstellationen gerichtet werden. Weiterhin ist die Frage von Interesse, inwiefern Konflikte durch die Situationsdefinition der beteiligten Akteure überhaupt erst konstituiert bzw. durch Umdeutungen bearbeitbar oder lösbar werden. Neben handlungstheoretischen und spieltheoretischen Modellierungen kommen auch institutionelle Analysen historisch gewachsener Interessenkonstellationen in Betracht. Weiterhin kann untersucht werden, welche Legitimationsstrategien die Akteure selbst für ihre Konfliktdefinition bzw. ihr Konfliktverhalten verwenden bzw. inwiefern normative Argumentationsmuster für die Realisierung eigener Ziele verwandt werden.

Die Arbeitskreistagung ist zudem für die Präsentation thematisch nicht gebundener Beiträge offen.

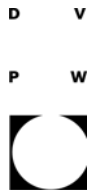
Interessenten senden ihre aussagekräftigen Paperentwürfe (1 Seite) bitte bis 15.12.01 an einen der Sprecher.

Darüber hinaus ist das erste Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie des Arbeitskreises (im Verlag Leske+Budrich) mit Beiträgen von Joachim Behnke, Thomas Bräuninger, Karl-Dieter Opp, Han Dorussen, Lucian Kern sowie Bernhard Prosch und Sören Petermann erschienen.

Generelle Fragen zu den Aktivitäten des Arbeitskreises richten Sie bitte an die beiden Sprecher:

Dr. Thomas Plümpner, Universität Konstanz, Fachbereich Politikwissenschaft, Postfach, 78457 Konstanz, Tel. 07531.883003, thomas.pluemper@uni-konstanz.de

Dr. H.-P. Burth, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut f. Politikwissenschaft, Abt. Politische Theorie, Colonel-Kleinmann-Weg 2, D-55099 Mainz, Tel. 06131.3922907, burth@politik.uni-mainz.de



Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Integrationsforschung“

Der Arbeitskreis veranstaltet in der nächsten Zeit drei Tagungen. Ausführlichere und aktualisierte Informationen finden sich auf der homepage des AK (<http://www.qub.ac.uk/ies/aki/main.html>)

1. Verfassungspolitik in der Europäischen Union

(Gemeinsame Tagung des AK mit dem DFG-Schwerpunkt “Regieren in der EU”, Mannheim, 1./2.11.2001)

vorläufige Liste der Beiträge:

1. Dieter Wolf (TU München): Zur Dynamik der Verfassungspolitik in der Europäischen Union: Inkremental oder kriseninduziert?
2. Horst Hegmann (Witten/Herdecke): Vom richtigen Gebrauch der normativen Verfassungsökonomik in der europäischen Verfassungsdiskussion
3. Tanja Hitzel-Cassagnes (Darmstadt): Der heuristische Wert staatsrechtlicher Diskurse für die Europäische Rechtsentwicklung
4. Achim Hurrelmann (Essen): Institutionspolitik als Konstruktion von Lernprozessen? Verfassungsidee und Identitätsbildung in Europa
5. Olaf Leiße (Erfurt): Otto Bauer und die Verfassung einer multinationalen Europäischen Union
6. Manfred Zuleeg, Timo Tohidipur (Uni Frankfurt) ´: Die Vision der Gründungsväter der EG, die Rezeption in der Rechtswissenschaft und deren Ertrag für die aktuelle Verfassungsdebatte
7. Stefan Schieren (Marburg): Die Wahrheit liegt in der Mitte
8. Michael Schröter (ZERP Bremen): Das Subsidiaritätsprinzip als verfassungsgenerierender Modus
9. Alexander Somek (Wien): Supranationalität als Verfassungsprinzip (Eiop-Working Paper)
10. Jürgen Neyer, Michael Zürn (Bremen): Regelungsbefolgung jenseits des Staates in komparativer Perspektive. Die EU und andere internationale Institutionen
11. Christian Joerges (Florenz): Konstitutionalisierung des Regierens im Europäischen Mehrbenensystem
12. Arthur Benz (Hagen): Verfassungspolitik als Institutionentransfer? – Zur Kritik an Vorschlägen eines europäischen Zwei-Kammern-Systems
13. Hans J. Lietzmann (BW-Uni München): Zur politischen Theorie eines europäischen Konstitutionalismus
14. Johan Olsen (Oslo): Reforming European Institutions of Governance – Arena Working Paper
15. Antje Wiener (Belfast): Zum Demokratiedilemma der europäischen Politik. Symbole und Inhalte der Verfassungsdebatte

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Ansprechpartner:

Markus Jachtenfuchs (International University Bremen), Tel.: 0421-200 3451, e-mail: m.jachtenfuchs@iu-bremen.de

Beate Kohler-Koch (Uni Mannheim), Tel.: 0621-181 2074, e-mail: bkohler@rumms.uni-mannheim.de

2. Der Beitrag der Integrationsforschung zur Institutionentheorie

(Gemeinsame Tagung des AK mit dem DFG-Schwerpunkt "Regieren in der EU", Mannheim, Sommersemester 2002)

Die Integrationsforschung hat wesentliche Beiträge zur Institutionen Analyse geleistet, die in der institutionentheoretischen Diskussion der Internationalen Beziehung oder der Vergleichenden Politikwissenschaft wenig wahrgenommen werden, weil EU Forschung immer noch damit assoziiert wird, ein Phänomen "besonderer Art" ('sui generis') zu bearbeiten. Diese Tagung soll dazu beitragen, die mittlerweile zahlreichen und höchst spannenden Arbeitsergebnisse der Integrationsforschung in breitere disziplinäre und teildisziplinäre Diskussionen einzubringen. Im Mittelpunkt soll die Frage stehen, welchen Erkenntnisgewinn die Integrationsforschung für das theoretische Verständnis und die Analyse politisch relevanter Institutionen zu liefern vermag. Unter zwei Gesichtspunkten ist ein interessanter Ertrag zu erwarten:

1. Wenn man die Europäische Union als eine besonders weit entwickelte Institution zur Gestaltung von Politik jenseits des Nationalstaates versteht, dann ist zu vermuten, dass viele Fragen, die auch für (andere) internationale Steuerungsinstitutionen relevant sind, hier besonders deutlich hervortreten. Zu denken ist etwa an Probleme der Wirkungsweise solcher Institutionen, der daran beteiligten (und nicht beteiligten) Akteure, Fragen ihrer Legitimation gegenüber Adressaten, des Einflusses komplexerer Entscheidungsprozesse und der Verrechtlichung usw.

2. Wenn man das europäische Mehrebenensystem als eine moderne Antwort auf das Regieren angesichts einer beständig wachsenden Interdependenz ehemals national organisierter Gesellschaften versteht, ist zu vermuten, dass hier viele Fragen und Probleme besonders deutlich hervortreten, die für die politische Steuerung moderner Gesellschaften insgesamt von Bedeutung sind. Zu denken ist etwa an Fragen nicht-majoritär legitimierter Steuerung, Regulierung, die Anpassung von Organisationen an sich verändernde Umwelten usw.

Ein ausführlicher *call for papers* mit weiteren inhaltlichen und organisatorischen Hinweisen für Interessenten findet sich auf den Internet-Seiten des



Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreises (s.o.) und des DFG-Schwerpunktes (http://www.mzes.uni-mannheim.de/projekte/reg_europ/dfg.htm).

Ansprechpartner:

Thomas Gehring (Uni Bamberg), Tel.: 0951-863 2720, e-mail: Thomas.Gehring@sowi.uni-bamberg.de

Beate Kohler-Koch (Uni Mannheim), Tel.: 0621-181 2074, e-mail: bkohler@rumms.uni-mannheim.de

Für Organisationsfragen: Constanze.Nickel@mzes.uni-mannheim.de

3. Forschungslogik und Methoden der Internationalen Beziehungen und der Europaforschung

(Gemeinsame Tagung mit der Nachwuchsgruppe der Sektion Internationale Beziehungen, Sommersemester 2002)

D V

P W

Ausführliche Informationen finden sich rechtzeitig auf der homepage des AK (s.o.)



Ansprechpartner:

Antje Wiener (Queens University Belfast), Tel.: 0044-2890-335544, e-mail: a.wiener@qub.ac.uk

Bernhard Zangl (Uni Bremen), Tel.: 0421-218 3649, e-mail: bezangl@uni-bremen.de

Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Interkultureller Demokratievergleich“

Call for papers für die nächste Frühjahrstagung des Arbeitskreises. Sie wird im Juni 2002 an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald stattfinden.

Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft – Vorgehen und Beispiele internationaler und interkultureller Ländervergleiche

Nicht zuletzt ausgelöst durch die Arbeiten von King/Keohane/Verba (1994) und Ragin (1987 und 2000) hat sich in den letzten Jahren im angelsächsischen Raum die Diskussion um Methoden und Probleme des Vergleichs von Ländern und Kulturen neu belebt und intensiviert. Ein Ausgangspunkt dieser Beschäftigung in den Politikwissenschaften war und ist die oft fehlende Möglichkeit der intersubjektiven Kontrolle verschiedener vorgelegter Forschungsarbeiten. Angesagt ist eine Bestandsaufnahme der bestehenden Forschung im Spektrum von quantitativer und qualitativer vorgehender Komparatistik. Diskutiert werden die Vorteile und Nachteile der einzelnen vergleichenden Forschungsstrategien, wobei vor allem der Aspekt der Interkulturalität nicht aus den Augen verloren werden soll. Neben diesen Aufgaben bleibt zu prüfen, welche Lösungsmöglichkeiten sich für die bekannten Probleme in der vergleichenden politikwissenschaftlichen Forschung anbieten. Überlegungen zur Position von „Case-Studies“ innerhalb der vergleichenden Politikwissenschaft wie auch Hinweise zur Auswahl von Fällen in „large-n„ oder „small-n“ Analysen sind hierin eingeschlossen.

Ziel der geplanten Tagung soll es sein, sich theoretisch, methodisch aber auch anhand empirischer Beispiele mit dem Vorgehen und Problemen des politikwissenschaftlichen Vergleichs zu beschäftigen. Dies impliziert neben Beiträgen zur Methodologie des Vergleichs die Präsentation interkulturell und international vergleichender Untersuchungen aus allen Feldern der Politikwissenschaft, wie auch für den Vergleich aufbereitete „Case-Studies“. Ein zentraler Schwerpunkt der Tagung soll auf der Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Fragestellungen und Schwierigkeiten des Vergleichens liegen. Gewünscht sind Beiträge, die sich mit einem der skizzierten Bereiche beschäftigen.

Da, die Tagung durch Einbezug ausländischer Experten angereichert werden soll, um den Anschluss an die amerikanische Diskussion der vergleichenden Politikwissenschaften zu bilden, sind nicht nur Beiträge in deutscher, sondern auch in englischer Sprache willkommen.

Ort: Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Termin: Juni 2002, ein genauerer Termin wird noch bekannt gegeben



Herbst 2001
Nr. 125

Themenvorschläge mit Abstracts (Max. 2 Seiten) werden bis zum 31.12.2001 erbeten an:

Dr. Susanne Pickel

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Institut für Politikwissenschaft
Baderstr. 6/7, 17487 Greifswald

Oder an die Sprecher des Arbeitskreises Hans-Joachim Lauth bzw. Gert Pickel (s. unten).

Kurzbericht der Arbeitskreistagung in Landau/Pfalz

Bericht über die Tagung "Amnesie, Amnestie oder Aufarbeitung? – Zum Umgang mit autoritären Vergangenheiten und Menschenrechtsverletzungen in der Demokratie im interkulturellen Vergleich"

D v

P w



Herbst 2001
Nr. 125

Die Tagung fand vom 29. bis 30. Juni an der Universität Koblenz-Landau in Landau/Pfalz statt. Nach einem Grußwort des Vizepräsidenten Roman Heiligenthal führte Siegmund Schmidt in die Thematik der Tagung ein. Zur Orientierung und um Vergleichbarkeit für die empirischen Studien herstellen zu können, wurden folgende fünf Leitfragen formuliert:

1. Welches Ausmaß und welche Qualität besaßen die Menschenrechtsverletzungen jeweils?
2. Inwieweit, durch wen, wie, wo und in welchen Formen wurden Menschenrechtsverletzungen öffentlich thematisiert?
3. Welche Institutionen (Wahrheitskommission, "Gauck-Behörde", UN-Tribunal etc.) wurden für die Aufarbeitung und (eventuelle) Strafverfolgung von Menschenrechts-Verstößen entwickelt? Wie funktionierten diese Institutionen?
4. Lassen sich kulturspezifische Muster im Umgang mit der Vergangenheit erkennen? In welchem Zusammenhang stehen sie mit anderen Faktoren wie z.B. dem Typ des Systemwechsels, den Macht-Konstellationen und gesellschaftlichen Strukturen, außenpolitischen Verflechtungen etc.?
5. Wie wirkten sich die unterschiedlichen Muster der Amnesie – Amnestie – Aufarbeitung oder Strafverfolgung gegenüber Akten von Menschenrechtsverletzung auf die Konsolidierung der jungen Demokratien aus?

Auf Grund der Aktualität des Themas wurde mit der Debatte um die "68er" zunächst ein "besonderer Fall" von Vergangenheitsbewältigung von Peter Imbusch (Marburg) vorgestellt, der von Ulrich Sarcinelli (Koblenz-Landau) kommentiert wurde. In den länderübergreifenden Beiträgen nahm zunächst Ute Möntnich (Marburg) einige Begriffsexplikationen vor und formulierte Thesen zur Frage nach den Zielen und der Berechtigung von Vergangenheitsbewältigung. Mechthild Lauth (Leipzig) widmete sich dann der interna-

tionalen völkerrechtlichen Ebene. Die beiden folgenden Beiträge thematisierten den Umgang mit der Vergangenheit in Polen und Russland. Stefan Garsztecki (Bremen) skizzierte die Diskussion in Polen und ging besonders auf aktuelle Entwicklungen ein. Im Falle von Russland beschrieb Bernd Kuzmits (Gütersloh) in historischer Perspektive die insgesamt schwachen Versuche, die Geschichte der kommunistischen Diktatur der UdSSR in Russland aufzuarbeiten. Hartmut Behr (Mainz) zeigte unter besonderer Berücksichtigung der Kategorie Vertrauen Verbindungen zwischen der politischen Ideengeschichte und dem Tagungsthema auf.

Ein weiterer inhaltlicher Block der Tagung befasste sich mit den Erfahrungen Lateinamerikas. Während Martin Trainee (Köln) die Strategien und Wege lateinamerikanischer Länder untereinander verglich, konzentrierte sich Ingrid Wehr (Freiburg) auf den Umgang mit der Vergangenheit in Chile. Dieser Vortrag wurde von Corinna Toledo (München) kommentiert. Zwei weitere Beiträge thematisierten aus unterschiedlichen Blickwinkeln den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland. Harald Mey (Aachen) stellte dabei besonders auf die Frühphase der BRD ab. Bernd Kukatzki (Koblenz-Landau) trug die Ergebnisse seiner empirischen Untersuchung zur Vergangenheitsbewältigung in pfälzischen Ortschroniken vor. Den Abschlussvortrag hielt Mark Arenhövel (Gießen) zur Frage, inwieweit eine „Welterinnerungsgemeinschaft“ denkbar ist. Nicht zuletzt auf Grund der lebhaften, konstruktiven und auch kontroversen Diskussion wurde beschlossen, eine Auswahl der Beiträge zu veröffentlichen.

Die Tagung des Arbeitskreises fand in enger Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft in Landau statt. Sie wurde von der Fritz Thyssen Stiftung großzügig unterstützt, der an dieser Stelle herzlich gedankt wird.

Publikationen des Arbeitskreises

An dieser Stelle sei noch auf zwei Publikationen verwiesen, die aus der Arbeit des Arbeitskreises hervorgegangen sind: Es handelt sich erstens um den Band **„Rechtsstaat und Demokratie. Theoretische und empirische Studien zum Recht in der Demokratie“**, der die um einige Beiträge bereicherten Ergebnisse der Bamberger Arbeitskreissitzung beinhaltet. Zweitens um die Resultate der Sitzung in Amsterdam zum Thema „Multikulturelle Demokratien“. Beide Bände sind beim Westdeutschen Verlag erschienen.

„Rechtsstaat und Demokratie. Theoretische und empirische Studien zum Recht in der Demokratie“, Herausgeber sind: Michael Becker/Hans-Joachim Lauth/Gert Pickel. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2001 Der Band beinhaltet folgende Beiträge:



Herbst 2001
Nr. 125

Michael Becker, Hans-Joachim Lauth und Gert Pickel: Die Demokratie und das Recht. Beiträge zu Theorie und Praxis politisch-rechtlicher Selbstbestimmung.

Theoretische Grundlagen und Probleme

Hans-Joachim Lauth: Rechtsstaat, Rechtssysteme und Demokratie

Michael Becker: Grundrechte versus Volkssouveränität. Zur Achillesverse des demokratischen Prozeduralismus.

Axel Schulte: Demokratie und Rechtsstaat als Wechselbeziehung. Zur Interpretation des Verhältnisses von Demokratie und Rechtsstaat in der politischen Philosophie von Norberto Bobbio.

Jörg Faust: Rechtsstaat, Demokratie und Wirtschaftsordnung.

Peter Waldmann: Alternative Normensysteme zur staatlichen Rechtsordnung in Lateinamerika.

Philippe C. Schmitter: Contrasting approaches to political engineering: Constitutionalism and democratization.

Empirische Befunde I: Fallstudien

Linda Helfrich-Bernal: Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Kolumbien?

Elke Grawert: Verknüpfungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im politischen Reformprozess in Tansania.

Harald Mey: Islamisches Rechtssystem und Demokratisierung. Überlegungen am Beispiel Iran

Malte Woydt: Belgien auf dem Weg zu mehr Rechtsstaat und Demokratie.

Iain Byrne and Stuart Weir: The Uncertainties of the Rule of Law in Britain.

Empirische Befunde II: Vergleichende Untersuchungen

Peter Thiery: Demokratie und Rechtsstaat in Lateinamerika

Carsten Q. Schneider: Korruption und Vertrauen in Implementationsinstitutionen: Ein Vergleich Lateinamerikas mit konsolidierten Demokratien.

Gert Pickel: Legitimität von Demokratie und Rechtsstaat in den osteuropäischen Transformationsstaaten 10 Jahre nach dem Umbruch.

„**Multikulturelle Demokratien**“, Herausgeber sind: Hartmut Behr/Siegmar Schmidt. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2001 Dieser Band beinhaltet folgende Beiträge:

Theoretische Beiträge zum Themenfeld: Multikulturalität, Identität, Differenz und Institutionen

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Mathias Hildebrandt: Kultur- und Institutionenbegriff im interkulturellen Demokratievergleich: Grundzüge einer hermeneutischen Archäologie

Martin Blobel: Differenz, Kultur und Politik bei Clifford Geertz

Michael Becker: Der heterogene Demos: Multikulturalität als Wertepluralismus und das Problem der Verrechtlichung

Andre Brodocz: Kultur und Institution: Vergleichende Selbstbeobachtung im Vergleich

Mathias Koenig: Von den sprachlichen Grenzen des demos: Sprache, Identität und die Probleme multikultureller Staatsbürgerschaft

Empirische Betrachtungen: Reife Demokratien

Axel Schulte: Multikulturelle Einwanderungsgesellschaften, Demokratie und Integrationspolitiken in Westeuropa

Ulrike Rausch: Multikulturalismus in Kanada: Immigration als Herausforderung an den modernen Staat

Meindert Fennema/ Jean Tillie: Civic Communities in a multicultural democracy: Ethnic networks in Amsterdam

Transformationsgesellschaften

Peter Kraus: Vielfalt ohne Einheit? Autonomiestaat und multinationale Demokratie in Spanien

Siegmar Schmidt: Die Republik Südafrika auf dem Weg zur "Regenbogen-nation"? Politische Institutionen und Identitätsbildung in der Postapartheidsgesellschaft

Claudia Derichs: Multiculturalism and its institutional manifestations in Malaysia

Martin Traine: Ethnien und Demokratie in Lateinamerika

Linda Helfrich-Bernal: Multikulturelle Gesellschaft in Kolumbien: Die Anerkennungsfrage ethnischer Minderheiten

Die Internetseite des Arbeitskreises ist unter <http://viadrina.euw-frankfurt-o.de/~vgkulsoz/arbeitskreis.htm> einzusehen (befindet sich allerdings bis September unter Neukonstruktion). Wer noch Informationen, Querverweise oder Hinweise besitzt, die hierfür interessant wären, sollte diese an Gert Pickel weitergeben.

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Adressen der Sprecher des Arbeitskreises:

Dr. Hans-Joachim Lauth
Johannes Gutenberg-Universität, Institut für Politikwissenschaft
Colonel Kleinmann-Weg 2, D-55099 Mainz
Tel.: 06131 - 395572, Fax: 06131 - 395642
Lauth@mail.uni-mainz.de

Prof. Dr. Ulrike Liebert
Universität Bremen
FB 8 Sozialwissenschaften: Vergleich politischer Systeme
Postfach 330440, D-28334 Bremen
Tel.: 0421-218 9033/9037, Fax: 0421-218-3625
liebert@uni-bremen.de

D V

P W



Dipl.-Soz, Dipl.-Pol. Gert Pickel
Europa Universität Viadrina, Lehrstuhl für vergleichende Kultursoziologie
Fakultät Kulturwissenschaft
Postfach 776, D-15207 Frankfurt/Oder
Tel.: 0335-5534-922, Fax: 0335-5534-923
pickel@euv-frankfurt-o.de

Herbst 2001
Nr. 125

gz. Gert Pickel / Hans-Joachim Lauth

Arbeitskreis „Lokale Politikforschung“

1. Tagungsreihe des AK's: "Veränderungen lokaler Politikstrukturen und -prozesse"

1.1. Tagungsankündigungen für das Jahr 2002:

Im nächsten Jahr organisiert der AK in dieser Reihe zwei internationale Tagungen, auf die wir Sie an dieser Stelle schon jetzt aufmerksam machen möchten:

"Metropolitan Governance" Darmstadt (Juni 2002)

"Local Autonomy, Local Democracy and Local Efficiency", Stuttgart (September 2002)

Detaillierte Informationen zu den beiden Tagungen mit den Call for Papers erhalten Sie im Frühjahrsrundbrief bzw. als Mitgliederinformation über den LOPOFO-E-Mail-Verteiler (s.u.).

1.2. Bisherige Tagungen in der Reihe

In diesem Jahr fanden die beiden ersten Tagungen der Reihe statt zu den Themen **"Lokale Politik und Bürgergesellschaft"** (Heppenheim, 15./16. März 2001) und **"Kommunale Entscheidungsprozesse im Wandel"** (Hagen, 27./28. September 2001).

Die Ergebnisse der Arbeitskreistagung von Heppenheim werden voraussichtlich in der Schriftenreihe "Stadtforschung aktuell" bei Leske+Budrich unter dem Titel **"Lokale Politik, soziales Kapital und Bürgergesellschaft"** erscheinen. Hier finden Sie vorab schon eine Übersicht über die enthaltenen Beiträge:

Michael Haus: Einleitung: Lokale Politikforschung als Frage nach Zivilgesellschaft und sozialem Kapital

Margit Mayer: Kritische Reflexionen zum Konzept des sozialen Kapitals (Arbeitstitel)

Adalbert Evers: Soziales Kapital und aktive Staatsbürgerschaft. Eine Kritik an Robert Putnam. (Arbeitstitel)

Michael Haus: Theoretische Überlegungen zum Verhältnis von Bürgergesellschaft und lokaler Politik: Zwischen deliberativer Demokratie und kommunitärer Solidarität

Hellmut Wollmann: Kommunen, lokale Ebene und Bürgergesellschaft (Arbeitstitel)

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Lars Holtkamp: Das Konzept der Bürgerkommune und die Interessenlage kommunaler Entscheidungsträger

Heike Herrmann: Initiierte Bürgerforen - ein lokalpolitisches Experiment auf dem Weg zur Sozialen Stadt

Herbert Schneider: "Community Education": Schule, Bürgergesellschaft und lokale Politik

Jürgen Schmitt: Die Community der Intermediären. Inklusion und Exklusion im intermediären Feld am Beispiel eines ostdeutschen Stadtteilerneuerungsprozesses

Christine Hannemann: Soziales Kapital in Kleinstädten:

Peter Guggemos: Das Projekt "Schwungfeder"

Norbert Kersting: Hilft Selbsthilfe? (Arbeitstitel)

Jörg Bogumil: Kooperative Demokratie - Formen, Potenziale und Grenzen

Jürgen Wüst/Marc Pfeiffer: Konfliktmanagement in lokalen Beteiligungsprozessen

Peter Henning Feindt: Zivilgesellschaft als Verfahren - Innerstädtische Planung und kommunale Drogenpolitik im Modus kooperativer Konfliktlösung

Eberhard Mühlich: Bürgerschaftliche Kooperation für die Stadtentwicklung

Die letzte Tagung in Hagen beschäftigte sich vor allem mit der Frage: **Welche Auswirkungen haben verschiedene Modernisierungsstränge auf die kommunalen Macht- und Entscheidungsprozesse?** Im Detail behandelten die Referenten die folgenden Themen:

Jörg Bogumil (Hagen): Kommunale Entscheidungsprozesse in NRW - im Spannungsfeld zwischen Parteienwettbewerb, Verhandlungszwängen und Ökonomisierung

Gerhard Banner: Verwaltungsmodernisierung und politische Steuerung

Uwe Andersen / Rainer Bovermann / David Gehne (Bochum): Im Westen was Neues - Analyse der ersten Direktwahl der Bürgermeister in NRW 1999

Scott Gissendanner (Chemnitz): Der Einfluß des Bürgermeisters auf die strategische Entscheidungsfindung - ein Vergleich zwischen Dortmund und Augsburg

Hubert Heinelt / Michael Haus (Darmstadt): Rollenverständnisse leitender Kommunalbediensteter. Eine vergleichende Analyse

Hellmut Wollmann (Berlin): Direkte Demokratie in Ostdeutschland - Auswirkungen auf kommunale Entscheidungsprozesse

Frank Rehmet / Volker Mittendorf (Marburg): Bürgerbegehren und Bürgerentscheid: Wirkungsaspekte auf kommunale Meinungsbildungs- und Entscheidungsvorbereitungsprozesse in Deutschland und der Schweiz

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Oscar W. Gabriel (Stuttgart): E-Partizipation im internationalen Vergleich
Roland Roth (Magdeburg): Die Renaissance der Bürgerbeteiligung – Veränderung kommunaler Machtprozesse oder symbolische Politik?
Anna Geis (Hamburg): Mediationsverfahren und Regionales Dialogforum zur Entwicklung des Frankfurter Flughafens: neue Konflikte durch kooperative Politikformen
Norbert Kersting (Marburg): Die Zukunft der Parteien in der Lokalpolitik
Klaus Schulenburg (Münster): Die Reform der nordrhein-westfälischen Kreisordnung aus Sicht der Kreistagsmitglieder

Soweit bereits Paper zur zweiten Tagung in Hagen vorliegen, können diese über die Homepage des AK's (<http://www.ifs.tu-darmstadt.de/lopofo/aktagungen/index.html>) heruntergeladen werden.

2. "Ein steter Tropfen...": Mitteilungen in eigener Sache

LOPOFO-HOMEPAGE: Auf der Homepage des Arbeitskreises (<http://www.ifs.tu-darmstadt.de/lopofo/index.html>) finden Sie weitere Informationen zu den Aktivitäten sowie interessante Links.

E-MAIL-VERTEILER: Die Mitglieder und Interessenten am AK LOPOFO werden von Zeit zu Zeit über e-mail mit aktuellen Informationen angeschrieben. Wer noch nicht im LOPOFO-E-Mail-Verteiler ist oder eine neue Emailadresse hat, wendet sich bitte an Jörg Bogumil (joerg.bogumil@fernuni-hagen.de).

PROJEKTE IM BEREICH DER LOKALEN POLITIKFORSCHUNG: Ein Ziel des AK ist es, als **Sammelstelle und Informationsquelle über Projekte und Forschungsschwerpunkte im Bereich der lokalen Politikforschung** zu fungieren. Wir möchten Sie an dieser Stelle wiederum bitten, uns entsprechende Projekte oder Forschungsvorhaben mitzuteilen, damit wir diese auf der Homepage veröffentlichen können. Wenige Sätze mit Angabe der Kontaktadresse genügen. Ansprechpartner hierfür ist: Prof. Dr. Hubert Heinelt (heinelt@pg.tu-darmstadt.de).

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr AK-Sprecherteam
Jörg Bogumil, Hubert Heinelt, Angelika Vetter

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Annonce

D V

P W



BERLIN-Verlag

Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Migrationspolitik“

Im Februar 2001 hat der AK Migrationspolitik in Kooperation mit dem Landeszentrum für Zuwanderung NRW eine Tagung zum Thema "Integrationspolitik in föderalistischen Systemen im Vergleich" durchgeführt. Deutschland wurde dabei mit Kanada (Oliver Schmidtke), der Schweiz (Sandro Cattacin), den USA (Barbara Schmitter-Heisler) und Österreich (Rainer Bauböck) verglichen. Die Ergebnisse erscheinen im September unter dem gleichen Titel im LIT-Verlag. Eine zweite Tagung fand im April in Kooperation mit dem Landesverband NRW der Deutschen Vereinigung für politische Bildung zum Thema "Migration und politische Bildung" statt, die Ergebnisse dieser Tagung werden durch den Wachsmann-Verlag publiziert werden. Eine dritte Tagung in Kooperation mit dem Verein Aktive Bürgerschaft, Münster, beschäftigte sich unter dem Thema "Einwanderer als Bürger" mit dem sozialen, politischen und kulturellen Engagement von Einwanderern in Deutschland. Eine vierte Tagung in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung NRW war dem Vergleich der niederländischen und der deutschen Einwanderungs- und Integrationspolitik gewidmet. Im Frühjahr 2002 ist eine Tagung zur Wende in der deutschen Migrationspolitik und ihrer internationalen Einordnung geplant.
gewidmet

Prof. Dr. Dietrich Thränhardt
Institut für Politikwissenschaft
Platz der Weissen Rose
48151 Münster
Telefon: 0251/8329357, Fax: 0251/8329356



Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Parteienforschung“

Die Jahrestagung des Arbeitskreises fand am 5. und 6. Oktober 2001 an der Freien Universität Berlin statt. Das Rahmenthema lautete:

"Innenansichten der deutschen Parteien".

Es wurden folgende Referate gehalten:

Oskar Niedermayer: Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften

Joachim Kreis: Methodische Probleme bei Mitgliederbefragungen

Andreas Hallermann: Parteimitglieder in Thüringen

Bernhard Boll: Parteimitglieder in Sachsen-Anhalt

Uwe Jun: Veränderung der Organisationsstruktur der SPD

Heiko Biehl: Bestimmungsgründe der Parteimitgliedschaft. Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland

Ingrid Reichart-Dreyer: Entscheidungsprozess zum Grundsatzprogramm der CDU

Gero Neugebauer: Die Programmdiskussion in der PDS

Reimut Zohlnhöfer: Der Einfluss von Parteiflügeln auf die Regierungspolitik der CDU

Uwe Kranenpohl: Partei und Fraktion bei den Bündnisgrünen und der FDP

Elmar Wiesendahl: Wie verläuft innerparteiliche Willensbildung?

Über die weiteren Planungen des Arbeitskreises werden wir rechtzeitig informieren.

Sprecher des Arbeitskreises:

Prof. Dr. Oskar Niedermayer

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften

Ihnestr. 26, 14195 Berlin

Tel. (030) 838-54959, Fax (030) 838-54960

E-Mail: niederm@zedat.fu-berlin.de

PD Dr. Richard Stöss

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften

Ihnestr. 26, 14195 Berlin

Tel. (030) 838-52023, Fax (030) 838-54960

E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de

Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/people/stoess/>

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Politik, Kultur, Sprache“

CALL FOR PAPERS

Der Arbeitskreis veranstaltet die bereits im Frühjahrsrundbrief angekündigte Tagung zum Thema

Nationalsozialismus und Holocaust als negative Sinngabe der Berliner Republik

vom 15.-17. April 2002 in der Akademie für Politische Bildung Tutzing.

In den Jahren seit der deutschen Vereinigung kam Nationalsozialismus und Holocaust eine so zentrale Stellung im öffentlichen Diskurs zu, dass diese thematische Konjunktur nicht allein mit den Anlässen öffentlichen Erinnerns erklärt werden kann, die der Gedenkkalender fünfzig Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur und des Weltkriegs terminiert hat, sondern Fragen aufwirft:

Welche Rolle spielt die Tatsache, dass das Ende des Ost-West-Konflikts zwei wichtigen Legitimierungsparadigmen der beiden deutschen Nachkriegsstaaten, Antitotalitarismus und Antifaschismus, den Bezugsrahmen entzogen hat? Wurde mit dem Ende des Kalten Krieges und der Zweistaatlichkeit, das nicht nur die ideologische Programmkonkurrenz, sondern auch eine zeitgeschichtliche Deutungs- und eine vergangenheitspolitische Erinnerungskonkurrenz zwischen der Bonner Republik und der DDR beendet hat, die NS-Vergangenheit ihrer Abstraktion und Ahistorizität unter antitotalitaristischen und antifaschistischen Vorzeichen enthoben? Welche Bedeutung kommt dem Umstand zu, dass die Generationen der Zeitzeugen und Opfer der Nazi-Diktatur allmählich aussterben und damit, in der Begrifflichkeit von Jan Assmann, die Erinnerung an die NS-Zeit vom informellen kommunikativen Gedächtnis in das gestiftete kulturelle Gedächtnis übergeht? Hat die Rückkehr des staatlichen Rahmens der Nation in der zweiten deutschen Vereinigung von 1990 kausale Bezüge zum Avancement des Nationalsozialismus hin zur historischen Kontrastfolie, zum negatorischen Sinn- und Identitätsgenerator der vereinigten Republik? Der negativ auf Nationalsozialismus und Holocaust bezogene Identitätsdiskurs in der Berliner Republik wirft jedoch die umstrittene Frage auf, ob mit dieser Zuweisung einer identitätsbildenden Funktion nicht in unzulässiger Weise einem katastrophalen Zivilisationsbruch im nachhinein politischer Sinn zugewiesen und die Opfer vereinnahmt werden.

Für die Tagung sind Beiträge gefragt, die die Bedeutung und Funktion der nationalsozialistischen Vergangenheit für die politische Kultur und Erinnerungskultur, für die politische Sprache und den Identitätsdiskurs in der

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Bundesrepublik und in der DDR behandeln, weiterhin Diskursanalysen, etwa zur Goldhagen-Kontroverse, zur Debatte um die Wehrmachts-Ausstellung, zum Streit um das Berliner Holocaust-Mahnmal oder zur Walser-Bubis-Kontroverse. Ebenso willkommen sind Beiträge über die Anwendung historischer „Lehren“ auf konkrete Politikbereiche, etwa die Außen- und Sicherheitspolitik der Berliner Republik, oder komparative Perspektiven, die das deutsche Muster einer auf öffentlichem Schuldeingeständnis basierenden Identitätskonstruktion im Kontext der in westlichen Demokratien ebenso wie in postautoritären Systemen erkennbaren Revision des traditionell heroischen Musters einer Konstruktion nationaler Identität ins Auge fassen.

Wer sich für das Thema interessiert und sich mit einem Beitrag an der Tagung beteiligen möchte, wende sich bitte mit einem Themenvorschlag und einem zweiseitigen Abstract bis zum 30. November 2001 an:

D V

P W



Dr. Wolfgang Bergem

Bergische Universität Wuppertal, FB 2, Gaußstraße 20, 42097 Wuppertal, Tel. (0202) 439-2769, E-mail: bergem@uni-wuppertal.de

Eine Reihe von Anmeldungen liegt bereits vor. Eine Publikation der Beiträge ist geplant.

Herbst 2001
Nr. 125

Sprecher des Arbeitskreises:

Prof. Dr. K. Peter Fritzsche

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Institut für Politikwissenschaft,
Postfach 4120, 39016 Magdeburg,

Tel. (0391) 67-16584,

E-mail: karl-peter.fritzsche@gse-w.uni-magdeburg.de

Dr. Wolfgang Bergem

Bergische Universität Wuppertal, FB 2, Gaußstraße 20, 42097 Wuppertal,
Tel. (0202) 439-2769, E-mail: bergem@uni-wuppertal.de

Reinhard Wesel, M.A.

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Institut für Politikwissenschaft,
Postfach 4120, 39016 Magdeburg,

Tel. (0391) 67-16691, E-mail: reinhard.wesel@gse-w.uni-magdeburg.de

Arbeitskreis „Politik und Geschlecht“

Tagungsbericht: “Die politische Steuerung des Geschlechterregimes – Ansätze, Methoden und empirische Ergebnisse”

“Frauen bewegen Institutionen”, darüber waren sich die Vortragenden des ersten Blocks einig. Clarissa Rudolph (Universität Frankfurt) zog unter Einbezug ihrer Untersuchung der Arbeits- und Wirkungsweise verschiedener öffentlicher Frauengleichstellungstellen eine Bilanz der deutschen institutionalisierten Frauen- und Gleichstellungspolitik. Im Anschluss an ihre Bewertung plädierte sie für eine weitergehende Verrechtlichung von Gleichstellungspolitik, um mehr Sanktionsmöglichkeiten für die Umsetzung von Gesetzen und Vereinbarungen zu haben. Ursula Frübis (FU Berlin) wies am Gender Mainstreaming in Polen und Deutschland auf die Gefahren hin, die ein top-down-Prozess birgt: Er ist schnell inkompatibel mit “traditioneller Frauenförderung”, stellt sich ihr sogar entgegen oder hebt sie aus.

Stephanie Bock (Gesamthochschule Kassel) beleuchtete die andere Seite der Medaille: Ihre Untersuchung von “regionalen Frauennetzwerken” brachte zu Tage, dass in ihnen informelle Strukturen dominieren, die an Konsens und Karriere-Aspekten orientiert sind. Dennoch (oder gerade deshalb) kann mit ihnen offensive Frauenpolitik betrieben werden.

Die Binnenperspektive von politischen Institutionen war unter dem Titel “Frauen- und Männerkonzeptionen” im zweiten Block Thema: Wie gelangen Typisierungen von Männern und Frauen in politische Institutionen und werden dort zu Handlungsanweisungen? Annette Henninger (TU Chemnitz) wies die vor allem hinderliche Wirkung des differenztheoretischen Ansatzes in der Berliner Frauenpolitik, besonders: der Arbeitsmarktpolitik nach. Ingrid Reichart-Dreyer (FU Berlin) erläuterte am Beispiel der Programmarbeit der CDU, wie sich Geschlechtsleitbilder in den Grundpfeilern einer Partei niederlassen und damit zu Bezugspunkten werden. Regina-Maria Dackweiler (Universität Frankfurt) analysierte die Wirklichkeitskonstruktionen personalverantwortlicher Männer in der Gleichstellungspolitik und ihren Vorstellungen von Arbeitnehmerinnen als potenziellen Müttern als Effekt des österreichischen Geschlechterregimes. Delia Schindler (Universität Hamburg) schließlich betrachtete die Internationale Frauenuniversität (besonders: ihr Service Center) als Reformexperiment im Wissenschaftsbetrieb und beleuchtete das Zusammenspiel von Strukturen und individuellen Einstellungen über “Geschlecht und Status”.

Wie und mit welchem geschlechtspolitischen Bias steuern politische Institutionen gesellschaftliche Subsysteme? Dieser Frage ging u. a. Dorian Woods (Universität Tübingen) mit ihrem Vergleich US-amerikanischer und deutscher Sozialhilfemaßnahmen und ihrer Auswirkungen auf die Lebens-

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

planung und Erwerbsbiographie von Frauen nach. Helga Ostendorf überprüfte die Hoffnung, dass die deutsche Berufsberatung der Arbeitsämter die geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes aufbrechen könnte.

Wie arbeiten autonome und institutionalisierte Akteurinnen in der Frauen- und Gleichstellungspolitik zusammen? Heike Brabandt (Universität Frankfurt) recherchierte am Beispiel der Genitalverstümmelung, wie internationale Normen in Deutschland auf Betreiben welcher AkteurInnen durchgesetzt werden. Miriam Gwisdalla (Gesamthochschule Duisburg) fragte nach der Umsetzung der europäischen Richtlinie zum Gender-Mainstreaming am Beispiel Nordrhein-Westfalens.

Ute Behning (Institut für Höhere Studien Wien) entwickelte vor dem Hintergrund der gehörten Vorträge ihre Vorschläge für methodische und methodologische Perspektiven feministischer Politikwissenschaft.

Die Tagungsergebnisse werden voraussichtlich im Sommer/Herbst 2002 in der Reihe "Politik und Geschlecht" des AK bei Leske und Budrich erscheinen.

Kontakt und Information

Dr. Cilja Harders
Hein-Hoyer-Straße 64, 20359 Hamburg
040-317 91 235, ciljaharders@gmx.de

Dr. Helga Ostendorf
Riemeisterstraße 58, 14159 Berlin
030-813 31 98, HelgaOstendorf@t-online.de

Dr. Bettina Roß
Soziologisches Seminar Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen
bross@gwdg.de

Dipl. pol. Delia Schindler
Contastraße 9, 20253 Hamburg
040-420 42 64, DeliaSchindler@gmx.de

Tagungsankündigung

„10 Jahre AK Politik und Geschlecht – Bilanz und Perspektiven feministischer Politikwissenschaft“

Jubiläumstagung des AK vom 19. bis 21. April 2002 an der Universität Hamburg (siehe call for papers im letzten DVPW-Rundbrief) in Kooperation mit der Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung Hamburg.

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Zehn Jahre AK heißt 10 Jahre feministische Theoriebildung, feministische Empirie und auch Einmischung in den Mainstream: Grund genug, zu feiern, das Erreichte zu bilanzieren und Perspektiven zu diskutieren. Die AK-Frühjahrstagung 2002 ist deshalb größer angelegt als sonst üblich. Es sind alle politikwissenschaftlich arbeitenden Frauen – Studentinnen, Nachwuchswissenschaftlerinnen und Professorinnen – eingeladen, ihre Ergebnisse, Fragen, Methoden und Thesen zu diskutieren und sie auch einer interessierten Öffentlichkeit darzulegen: In Plenarvorträgen werden alle politikwissenschaftlichen Teildisziplinen aus feministischer Sicht bilanziert. In sich daran anschließenden Workshops werden die aufgeworfenen Fragestellungen vertieft. In einem festlichen Rahmenprogramm wird der Theorie-Praxis-Austausch z. B. in Streitgesprächen befördert werden. Last but not least wird es ein rauschendes Fest geben. Das detaillierte Programm wird im Herbst im Mitgliederrundbrief des AK und in der Frühjahrsausgabe 2002 der femina veröffentlicht.

Weitere Info:

Dr. Cilja Harders, Tel.: 040-31791235, ciljaharders@gmx.de.

Dr. Helga Ostendorf, Tel.:030-8133198, HelgaOstendorf@t-online.de.

Dr. Bettina Roß, bross@gwdg.de.

Dipl. pol. Delia Schindler, Tel.:040-4204264, deliaschindler@gmx.de

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Announce

D V

P W



IKO-Verlag

Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Politik und Kommunikation“

Am 12./13. Oktober 2001 hat der AK „Politik und Kommunikation“ ein Symposium zum Thema „Wege und Irrwege der politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung“ in Passau veranstaltet. Dabei wurde die Frage nach dem Verhältnis von Politik- und Medienwissenschaft erörtert. Es referierten:

Winand Gellner

Wege und Irrwege der politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung

Klaus Kamps

Geschichte der Nicht-Beachtung kommunikationswissenschaftlicher Fragestellungen in der deutschen Politikwissenschaft

Stefan Marschall

Das Parlament als Gegenstand der politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung – Fragestellungen, Ergebnisse, Desiderate

Barbara Pfetsch

Politische Kultur und politische Kommunikation

Hannes Wimmer

Theorie der politischen Öffentlichkeit

Die Beiträge werden zusammen mit weiteren wissenschaftlichen Aufsätzen im Rahmen eines Sammelbandes erscheinen.

Angesichts einer zunehmenden, nicht wünschbaren Fragmentarisierung des Fachs wird im Arbeitskreis verstärkt über die Integration bereits bestehender oder in Gründung befindlicher Ad-hoc-Gruppen, die sich mit der Politischen Kommunikation beschäftigen, nachgedacht. Um den Meinungsaustausch über diese Fragen anzuregen, wird auf der Homepage des Arbeitskreises (<http://www.phil.uni-passau.de/politik/projekte.htm>) ein Forum zum Thema „Wie viel Fragmentarisierung verträgt die Politische Kommunikationsforschung?“ angeboten.

Der Band zur Tagung des Arbeitskreises „Politik und Kommunikation“ in Erfurt erscheint in Kürze:

*Schatz, Heribert / Rössler, Patrick / Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.):
Politische Akteure in der Mediendemokratie, Westdeutscher Verlag, 2001.*

Prof. Dr. Winand Gellner

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Politik und Technik“

1. Bericht über die Frühjahrstagung 2001

Die Frühjahrstagung des Arbeitskreises Politik und Technik zum Thema

Die Kritizität technischer Infrastruktursysteme und die neue Rolle des Staates

hat vom 15. bis zum 16. Juni 2001 in Konstanz statt gefunden. Sie widmete sich einem aktuellen, für den Arbeitskreis neuen Thema: der Problematik der zunehmenden Kritizität technischer Infrastrukturen (wie z.B. von Energie-, Verkehrs- und Kommunikationssystemen) und ihrer tendenziell abnehmenden politischen Kontrolle. Damit wurde eine Diskussion aufgenommen, die in den USA neuerdings unter dem Begriff der „Critical Infrastructures“ geführt wird und in der die vitale Bedeutung technischer Infrastruktursysteme für die Funktionsfähigkeit moderner Gesellschaften herausgestrichen wird. Dahinter steht die Erkenntnis, dass Ausfälle dieser Systeme im Extremfall zu katastrophalen Zusammenbrüchen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens führen können.

Nach einer Einführung in das Tagungsprogramm durch die Sprecher des Arbeitskreises Volker Schneider (Universität Konstanz) und Raymund Werle (MPIFG Köln) wurde in einem ersten Vortragsblock der gesellschafts- und staatstheoretischen Bedeutung von Infrastrukturen nachgegangen. *Raymund Werle* (MPIFG Köln) verwies in seinem Beitrag „*Zur gesellschaftstheoretischen Bedeutung von Infrastrukturen*“ darauf, dass Technik in der Gesellschaftstheorie einen tendenziell unterbelichteten Gegenstand bildet und wenn überhaupt, werde Technik in der Soziologie zumeist als abhängige Variable betrachtet. Im Anschluß an Charles Perrow erörterte Werle die Frage, ob es einen optimalen fit zwischen technischen Strukturen und Organisationsstrukturen gebe. Die zentrale politikwissenschaftliche Frage sei schließlich, ob von einer Korrespondenzbeziehung zwischen technischen und Governance-Strukturen ausgegangen werden könne.

Im anschließenden Vortrag „*Steuerungstheoretische Überlegungen über die veränderte Rolle des Staates bei technischen Infrastrukturen*“ strich *Manfred Mai* (Universität Essen) heraus, dass man den allgemeinen Diskurs über die Rolle des Staates nicht trennen könne von der Frage nach seiner besonderen Rolle in der Gestaltung und Regulierung technischer Infrastrukturen. Gleichzeitig sei jedoch die Besonderheit großer technischer Netzwerke gegenüber anderen Steuerungsobjekten und Regulierungsbereichen herauszuarbeiten. Diese ergebe sich aus der technischen Innovationsdynamik, die sich trotz soziokultureller Einbindung nur be-

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

schränkt steuern lasse. Durch die fortlaufenden Veränderungen des „Standes der Technik“ entstehe ein permanenter Steuerungsbedarf. Technische Infrastrukturen folgten nicht einer einzigen spezifischen Rationalität, sondern seien in unterschiedliche Kontexte (technologisch, soziokulturell, ökonomisch, politisch) eingebunden, deren jeweiliger Einfluß teilweise politisch steuerbar sei. Da technische Infrastrukturen für die Gesellschaft elementare Leistungen erbringen, bedürfen sie nach Mai auch weiterhin der staatlichen Gestaltung. Auch bei ihrer völligen Privatisierung verbleibe beim Staat die politische Verantwortung für ihre jeweiligen Folgen und Risiken. Da Infrastrukturen die Achillesfersen jeder Gesellschaft seien, komme auch der verhandelnde Staat – zu dem es im übrigen keine Alternative gebe – nicht umhin, ihnen gegenüber eine besondere Schutzaufgabe – nicht nur gegen terroristische Angriffe, sondern vor allem auch gegen Naturkatastrophen und technische Ausfälle – wahrzunehmen.

Den dritten und abschließenden Beitrag des einführenden theoretischen Grundlagenblocks bildete der Vortrag „*Die Privatisierung von Infrastrukturen aus staatstheoretischer Perspektive*“ von Alexander Jäger (Universität Konstanz). Das Verhältnis von Staat und Infrastruktur wurde dabei aus den – eher normativen – Perspektiven der ökonomisch-liberalen, der konservativen und der marxistischen Staatstheorie betrachtet. Im ökonomischen Liberalismus/Libertarismus (Smith, Hayek, Friedman) begründeten die – aus der modernen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion bekannten – Phänomene natürlicher Monopole, öffentlicher Güter und externer Effekte (strikt) begrenzte staatliche Infrastrukturverantwortung und die Funktion von Infrastrukturen werde insbesondere in der Beförderung der „Handels- und Verkehrsgesellschaft“ gesehen. Hingegen betone die konservative Sichtweise (Deutsche Staatsrechtslehre: Herbert Krüger, Ernst Forsthoff) vielmehr die Herrschafts-, Kontroll-, Integrations- und Gemeinwohlfunktion von Infrastrukturen und lehne entsprechend eine Privatisierung technischer Infrastrukturen ab, wenn es sich dabei um „kritische“ Infrastrukturen der staatlichen Herrschaftssicherung und -behauptung handelt. Im Marxismus schließlich würden die allgemeinen (materiellen) Produktionsbedingungen als notwendiges Mittel des Verwertungsprozesses des Kapitals verstanden. Der Staat stelle diese nur solange bereit, bis das Kapital sich zum Aktienkapital als seiner letzten Form durchgearbeitet habe, um auf dieser höchsten Entwicklungsstufe des Kapitalismus die Infrastrukturen schließlich selbst zu erstellen.

Im zweiten Block des Tagungsprogramms „Öffentliche Politiken zum Schutz kritischer Infrastrukturen“ hielt Johannes Bauer (Michigan State University, USA) einen Vortrag mit dem Titel „*Die Rolle des Staates in der*

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

US-Infrastruktur“. Er skizzierte zunächst die historisch gewachsene Rolle des amerikanischen Staates in den Infrastruktursektoren und verwies dabei auf die spezielle amerikanische Regulierungsform, die sich Anfang des Jahrhunderts herausbildete. In diesem Zusammenhang wurden auch Erklärungsansätze wie die Ökonomische Theorie der Regulierung, die Informationsökonomie und schließlich der Ansatz der Transaktionskosten-Politik (Dixit, Majone) vorgestellt. Für die Zeit nach den späten 60er Jahren diagnostizierte Johannes Bauer diverse Krisensymptome. Als eine der jüngsten Politikinitiativen wurde die „critical infrastructure initiative“ der Clinton-Regierung vorgestellt.

Den dritten und größten Block bildeten „Internationale, sektorale und lokale Fallstudien zur Bereitstellung, Steuerung und Regulierung von Infrastrukturen“. *Anton Geyer* (Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf) widmete sich in seinem Vortrag dem Thema „*Beeinflußt die Regulierung und Organisation des Eisenbahnsektors die erfolgreiche Durchführung von Infrastrukturprojekten? Zwei Fallstudien aus Großbritannien und Deutschland*“.

Am zweiten Tagungstag, Samstag 16. Juni, wurde dieser Themenkomplex fortgesetzt mit einem Beitrag von *Volker Schneider und Dirk Hyner* (Universität Konstanz) über die *Bekämpfung von Cybercrime*, in dem die Bedeutung von *globalen Politiknetzwerken zum Schutz von Kommunikations- und Informationsinfrastrukturen* diskutiert wurde. Aufgrund der fortschreitenden gesellschaftlichen Differenzierung und Ressourcenverteilung und der zunehmenden Aufweichung der Grenzen zwischen privater und öffentlicher Sphäre im Bereich des Public Policy Making, erhalte die Selbstregulierung privater Akteure eine immer größere Relevanz. Die beiden Referenten wollen in einem Forschungsprojekt untersuchen, welche Strukturen hinsichtlich der Bekämpfung von Cybercrime am leistungsfähigsten sind.

Matthias Weber vom Österreichischen Forschungszentrum Seibersdorf hat sich in seinem Vortrag mit einem klassischeren Infrastrukturbereich befaßt. Sein Vortrag über die *Kraft-Wärme-Kopplung in Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden* stellte die *Steuerung von Transformationsprozessen im Rahmen einer liberalisierten Energieversorgung* in den Vordergrund. Hierbei hat er sich im besonderen mit der Frage beschäftigt, welche politischen Koordinationsmechanismen in den drei Ländern existieren und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Staat immer noch als Regulierer akzeptiert wird.

Es folgte der Tagungsbeitrag von *Karsten Schneider* (Universität Gesamthochschule Kassel), welcher der Frage nach dem *politischen Einfluß auf*

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

die Bereitstellung von Infrastrukturleistungen im kommunalen Sektor im Zuge zunehmender Dezentralisierungs- und Wettbewerbstendenzen, die seit den neunziger Jahren virulent geworden sind, nachging. Zu vermuten sei in diesem Zusammenhang, dass angesichts vieldimensionaler und häufig nicht sehr genau bestimmter Zieldimensionen Einflußnahme nicht in strategischer Weise erfolgen könne und diese Situation durch die institutionellen Veränderungen noch verschärft werde. Die gängigen, unbestimmten Begriffe „Gemeinwohl“ und „öffentliches Interesse“ trügen dabei wenig zur Aufklärung nach Sinn und Nutzen der öffentlichen Wirtschaft bei. Fraglich sei mithin, wie sich ein politisches Gestaltungsbedürfnis der technischen Infrastruktursysteme im „Konzern Stadt“ konkret fassen läßt. Dazu wertete Karsten Schneider eigene empirische Arbeiten aus, die im Rahmen eines Forschungsprojekts zu den Veränderungen der Arbeitsbeziehungen im „Konzern Stadt“ durchgeführt wurden. Er kam dabei zu dem Ergebnis, dass möglichen positiven Wirkungen der Dezentralisierung des kommunalen Sektors (vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht) Risiken gegenüberstehen. Durch die verstärkten Budgetrestriktionen seien die dezentralen Einheiten noch stärker gezwungen, ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen im Auge zu behalten und alle Arten von Kosten, die z.B. durch die Einhaltung sozialer, aber auch ökologischer Standards entstehen, möglichst weitgehend auf die Allgemeinheit bzw. die Kommunalverwaltung abzuwälzen. Im Endeffekt ergebe sich also aus dieser Situation eine Gefahr für die bisherige Form der öffentlichen Daseinsvorsorge: Unabhängig vom Willen der politischen Akteure im kommunalen Sektor wirkten die Haushaltslage und die Wettbewerbsbedingungen in Richtung einer immer weitergehenden Erosion des kommunalen Sektors.

Im anschließenden Beitrag „Zwischen Schiene, Straße und Laderampe – Lokale Politik im Kombinierten Ladeverkehr“ untersuchte Detlef Sack (Universität Gesamthochschule Kassel) die unterschiedlichen Strukturen von Politiknetzwerken hinsichtlich einer erfolgreichen Umsetzung der Güterverkehrszentren in Deutschland. Im Hinblick auf das Thema der Tagung ging er dabei insbesondere den Fragen nach, a) inwiefern es in der BRD mit Hilfe der Einrichtung von Güterverkehrszentren gelungen ist, den Kombinierten Verkehr – als einer Strategie der bestehenden Kritizität der Verkehrsinfrastruktur zu begegnen – zu stärken, und b) welche Rolle in diesem Zusammenhang lokale Governance Formen als ein Ausdruck der neuen Rolle des Staates eingenommen haben. Dabei gelangte er zu dem Ergebnis, dass das Programm zur Planung und Umsetzung von Güterverkehrszentren weitgehend gescheitert sei. Die gewählte Steuerungsform, in der lokaler Governance eine wesentliche Rolle zukam, habe zu nicht-problemadäquaten kommunalen Planungen und zu Mitnahmeeffekten bei

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

transnational agierenden Großunternehmen geführt. D.h. die lokalen netzwerkartigen Arrangements von privaten und öffentlichen Akteuren wiesen einen nur geringen output auf. Es zeichne sich somit ab, dass es kaum wesentliche Einwirkungen auf die bestehende Kritizität des Verkehrsystems gebe, sondern sich vielmehr eine neue Kritizität, die der räumlichen Disparitäten, ergeben könnte. Die neue Rolle des Staates zwischen Deregulierung, Privatisierung und verschärfter Unternehmenskonkurrenz schaffe also unter Umständen eine neue Anfälligkeit der Infrastruktur, ohne alte Probleme zu lösen.

Jörg Potthast beschäftigte sich im abschließenden Vortrag „Wenn Riesen tanzen lernen“ auf eher unkonventionelle Weise aus wartungssoziologischer Perspektive mit *Großflughäfen und der Flexibilisierung von Transportinfrastrukturen*. Um die Kritizität von Infrastrukturen qualitativ zu bemessen, führt er in seinem Forschungsprojekt „Kulturelle Infrastrukturen“ arbeits- und techniksoziologische Forschungslinien zusammen, die sonst weitgehend getrennt verfolgt werden. Das Kernstück seiner Untersuchung bilden zwei Fallstudien über kritische Teilsysteme (Wartung der Gepäcksortieranlage) der Flughäfen Roissy und Heathrow. Gestützt auf ethnographische Beobachtungen und Interviews wird dabei aus Sicht der unterschiedlichen Beteiligten der Umgang mit Pannen analysiert (Dieser Bericht wurde von Alexander Jäger, Janina Thiem und Volker Schneider verfaßt).

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

2. Herbsttagung 2001

Die Herbsttagung des Arbeitskreises Politik und Technik findet wie vorgesehen in Kooperation mit dem Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung Karlsruhe vom 9. bis zum 10. November am ISI in Karlsruhe statt. Wegen der erwünschten Öffnung für Kolleginnen und Kollegen aus anderen europäischen Staaten wird die Tagung allerdings nicht (wie im letzten DVPW-Rundbrief Nr. 124 angekündigt) in deutscher, sondern in englischer Sprache statt finden. Das Thema der Tagung lautet dementsprechend:

„European Research Area“ or National Innovation Competition?
Technology Policy in European and Comparative Perspective.

Wegen der verlängerten Frist für die Abgabe von abstracts stand das endgültige Programm bei Redaktionsschluß des Rundbriefes noch nicht fest. Das Tagungsprogramm und weitere Informationen können ab September 2001 über die Homepage des Arbeitskreises eingesehen werden (<http://www.uni-konstanz.de/FuF/Verwiss/Schneider/Akpt/index.html>).

Die Tagung wird organisiert von:

Dr. Maria Behrens (Adresse siehe unten)

und

PD Dr. Stefan Kuhlmann

Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI)

Breslauer Str. 48, 76139 Karlsruhe, (Email: sk@isi.fhg.de)

3. Frühjahrstagung 2002

Die Frühjahrstagung 2002 soll nach einer modifizierten Arbeitsplanung des Arbeitskreises Politik und Technik nun gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Verbände“ durchgeführt werden. Der Arbeitstitel für diese von Jürgen Grote und Volker Schneider (Uni Konstanz) initiierte Tagung lautet:

Technikentwicklung und organisatorischer Wandel in sektoralen Wirtschaftsverbänden

Im Zentrum dieser Tagung stehen erste Ergebnisse eines DFG-Forschungsprojektes, das gegenwärtig unter der Leitung von Philippe C. Schmitter (EHI-Florenz), Volker Schneider (Uni Konstanz) und Jürgen Grote (Uni Konstanz) an der Universität Konstanz durchgeführt wird. Über die Projektmitarbeiter und die an der Tagung interessierten Mitglieder der beiden Arbeitskreise bzw. der DVPW hinaus werden ebenfalls Verbandspraktiker insbesondere der Chemieindustrie anwesend sein. Das Treffen ist als Austausch zwischen Praktikern und Verbände-, bzw. Technikforschern geplant. Im Zentrum steht die Frage nach der Relevanz folgender für organisatorischen Wandel verantwortlicher Faktoren: nationale, europäische und internationale Regulierung, technik-immanente Determinanten, sektorale Umstrukturierung, Veränderungen der Mitgliederbasis von Verbänden, usw.

Die Tagung ist für die Monate April oder Mai des kommenden Jahres geplant und wird aller Voraussicht nach in Köln statt finden. Nähere Angaben sind ab Ende September unter der Web-Adresse des AK „Politik und Technik“ abrufbar.

Homepage:

<http://www.uni-konstanz.de/FuF/Verwiss/Schneider/Akpt/index.html>

4. Herbsttagung 2002

Die ursprünglich für das Frühjahr 2002 vorgesehene gemeinsame Tagung des Arbeitskreises Politik und Technik mit dem Arbeitskreis Umweltpolitik

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

soll jetzt im Herbst 2002 durchgeführt werden. Inhaltlich geht es auf dieser Tagung darum, die Schnittmenge von Fragestellungen, Hypothesen, Methoden und Ergebnissen technikbezogener Umweltpolitikanalyse einerseits und der politikwissenschaftlichen Analyse von umweltrelevanten Technologie- und Innovationsprozessen andererseits zu identifizieren. Zehn Jahre nach der Konferenz von Rio de Janeiro spielt die Frage nach einer nachhaltigen Energieversorgung dabei eine besondere Rolle. Der Arbeitstitel für diese Tagung lautet:

Energie – Umwelt – Technologie:
Forschungspolitik für eine ökologische Modernisierung

Für den Arbeitskreis Umweltpolitik werden die Planungen für die Tagung koordiniert von Dr. Klaus Jacob, Forschungsstelle für Umweltpolitik der FU Berlin, Ihnestr. 22, D-14195 Berlin (Email: jacob@zedat.fu-berlin.de), für den Arbeitskreis Politik und Technik liegt die Koordination bei Thomas Saretzki (Adresse siehe unten).

D V

P W



5. Kontaktadressen

Dr. Maria Behrens, FernUniversität Hagen, FB ESGW, Institut für Politikwissenschaft, Feithstr. 140 (ESG), D-58084 Hagen, Tel.: 02331/987-2146, Fax: 02331/987-2709, E-Mail: Maria.Behrens@FernUni-Hagen.de

Prof. Dr. Volker Schneider, Universität Konstanz, Fakultät für Verwaltungswissenschaft, Fach D 81, D-78457 Konstanz, Tel.: 07531/88-2318, Fax: 07531/88-4006, E-Mail: volker.schneider@uni-konstanz.de

Dr. Raymund Werle, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Paulstr. 3, D-50676 Köln, Tel.: 0221/2767-224, Fax: 0221/2767-452, E-Mail: werle@mpi-fg-koeln.mpg.de

Prof. Dr. Thomas Saretzki, Universität Lüneburg, Fachbereich Umweltwissenschaften, Institut für Umweltstrategien, D-21322 Lüneburg, Tel.: 04131/78-2460, Fax: 04131/78-2464, E-mail: thomas.saretzki@uni-lueneburg.de

Arbeitskreis „Politikfeldanalyse Innere Sicherheit“

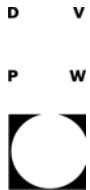
1. Kooperationsworkshops in 2001

Im Rahmen des Arbeitskreises (AKIS) sind in diesem Jahr bereits vier Tagungen durchgeführt worden. Es standen insbesondere Kooperationsveranstaltungen mit wissenschaftlichen Arbeitskreisen anderer Disziplinen im Vordergrund: (1) Der 9. *Workshop* im Februar 2001 hatte die Arbeiten zur „Kriminalpolitik“ zum Abschluss geführt. Veranstalter war PD Dr. Hans-Jürgen Lange (Universität Marburg). (2) Der 10. *Workshop* wurde gemeinsam mit der Sektion „Staatslehre und politische Verwaltung“ der DVPW vom 17.-19. Mai 2001 durchgeführt. Das Thema lautet: „Wachsam und kooperativ? – Der lokale Staat als Sicherheitsproduzent“. Veranstalter waren Prof. Dr. Rainer Prätorius (Universität der Bundeswehr Hamburg), Prof. Dr. Karlhans Liebl (FHS Polizei Sachsen) und Prof. Dr. Hans-Joachim Heuer (PFA Münster). (3) Der 11. *Workshop* am 22. Juni 2001 hat die theoretischen und methodischen Diskussionen, die auf verschiedenen Tagungen des AKIS bislang geführt worden sind, fortgesetzt. Behandelt wurde das Thema „Hermeneutische Polizeiforschung“. Die Tagung wurde durchgeführt in Kooperation der „Sektion Wissenssoziologie“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS). Veranstalter waren Prof. Dr. Jo Reichertz und PD Dr. Norbert Schröer (beide Universität Essen). (4) Der 12. *Workshop* vom 5.-7. Juli 2001 behandelte das Thema „Polizei und Gewalt“ und wurde in Kooperation mit dem „Polizeigeschichtlichen Kolloquium“ organisiert. Veranstalter waren Prof. Dr. Alf Lüdtke (MPI für Geschichte Göttingen/Erfurt) und Dr. Herbert Reinke (Universität Wuppertal).

2. Der 13. Workshop

Der 13. Workshop des Arbeitskreises vom 15. bis 16. Februar 2002 behandelt das Thema: „Kustodialisierung der Inneren Sicherheit – Wachen, kontrollieren, patrouillieren“. Veranstalter ist Gisbert van Elsbergen (Universität Osnabrück).

Die Tagung dient der Zusammenführung der verschiedenen Forschungen zum Themenkomplex „Kustodialisierungs-Dienste“. Im ersten Teil soll eine historische Brücke in die heutige Zeit gespannt werden. In der Herausbildung von K.-Diensten bildeten die Nachtwächter den Anfang. Ihre Tätigkeit ist eine Vorform der heutigen K.-Dienste. Der zweite historische Strang beleuchtet die anglo-amerikanische Seite. Hier geht es um Erscheinungen wie Bürgerwehren (Vigilanten), Bürger auf Patrouille (citizens on patrol) und Nachbarschaftswachen (Neighbourhood Watch). Der zweite Teil der Tagung widmet sich den aktuellen Formen von K.-Diensten, die inzwischen bereits zum festen Bestandteil der Inneren Sicherheit auch in der Bundes-



Herbst 2001
Nr. 125

republik geworden sind. Es sollen u.a. die freiwilligen Polizeihelfer in Baden-Württemberg, die freiwillige Polizeireserve in Berlin, private Sicherheitsdienste (z.B. Schwarze Sheriffs) und die Guardian Angels (Berlin, Hamburg) untersucht werden. Schließlich soll im dritten und letzten Teil eine Bestandsaufnahme der neuesten Entwicklungen folgen. Das Spektrum reicht von der Sicherheitswacht (Bayern und Sachsen), dem freiwilligen Polizeidienst (Hessen), den Sicherheitspartnern (Brandenburg), bis hin zu weiteren Formen wie ABM-Sheriffs und Ordnungshelfern.

Jeder einzelne Tagungsbeitrag sollte sich mit einem der oben aufgeführten K.-Dienste auseinandersetzen. Die interdisziplinäre Ausrichtung der Tagung ist erwünscht. Wie es die Struktur des AKIS vorsieht, können die Beiträge aus Politikwissenschaft, Soziologie, Psychologie, Geschichtswissenschaft, Rechtswissenschaft und Kriminologie kommen.

D v

P w



In einer Synopse wird dann am Ende der Tagung versucht, die Auswirkungen dieser Entwicklung auf das *Politikfeld Innere Sicherheit* zu beschreiben, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, welche Folgerungen aus diesem Trend für die institutionellen Arrangements (z.B. im Verhältnis Staat – Private) sowie für die Politikproduktion in der Inneren Sicherheit gezogen werden müssen?

Herbst 2001
Nr. 125

Termin: 15. bis 16. Februar 2002

Veranstaltungsort: Universität Osnabrück (Zimeliensaal in der Alten Münze)

Abstracts für Referate sind bis zum 15. Dezember 2001 zu richten an:

Gisbert van Elsbergen
Universität Osnabrück – FB1
Seminarstr. 33, 49069 Osnabrück
Tel. 0541/969-4608, Fax. 0541/969-4600
E-Mail: gvanelsb@uos.de

3. AKIS-Homepage

Ausführliche Informationen zum Arbeitskreis sowie zu den genannten Tagungen und den daraus hervorgehenden Publikationen finden sich auf der Homepage des Arbeitskreises:

www.AK-Innere-Sicherheit.de

4. Mitarbeit im Arbeitskreis

Alle Kolleginnen und Kollegen, die sich an der Arbeit des Arbeitskreises beteiligen möchten und noch nicht in die Mitgliederliste aufgenommen sind, wenden sich bitte an folgende Kontaktadresse:

PD Dr. Hans-Jürgen Lange
Philipps-Universität Marburg, Institut für Politikwissenschaft
Wilhelm-Röpke-Str. 6, 35032 Marburg
Tel.: 0 64 21 / 28 - 2 47 22, Fax: 0 64 21 / 28 - 2 89 91

und in Bochum:
Tel.: 0234 / 85 41 57, Fax: 0234 / 85 41 57

E-Mail: langeh@mail.uni-marburg.de
Internet: www.AK-Innere-Sicherheit.de

D V

P W



Arbeitskreis „Politische Psychologie“

Das Thema und der Termin der nächsten Jahrestagung des Arbeitskreises im kommenden Frühjahr werden auf einer internen Sitzung Ende August 2001 festgelegt. Informationen und der Call for Papers können erhalten werden bei

PD Dr. Hans-Joachim Busch
Sigmund-Freud-Institut
Myliusstraße 20, 60323 Frankfurt
Tel. 069/97 12 04-0, Fax 069/97 12 04-4

Herbst 2001
Nr. 125

Annonce

D V

P W



Nomos-Verlag

Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Postsozialistische Gesellschaften“

Die nächste Tagung des AK „Postsozialistische Gesellschaften“ zum Thema: **Politische Partizipation von Frauen in Osteuropa** (voraussichtlich im Februar 2002, Ort steht noch nicht fest) ist in Vorbereitung. Wer an der Übernahme eines Vortrags oder an weiteren Informationen interessiert ist, meldet sich bitte bei Dr. Susanne Kraatz, PD Dr. Silvia v. Steinsdorff (Adressen siehe unten) oder bei Dr. Dorothée de Nève, Institut für Politikwissenschaft, Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg, Postfach, 06099 Halle, E-Mail: deneve@politik.uni-halle.de.

Der Sammelband „Parlamente und Systemtransformation im postsozialistischen Europa“, herausgegeben von Susanne Kraatz und Silvia v. Steinsdorff, erscheint im Herbst 2001 bei Leske+Budrich. Er basiert auf der Arbeitskreis-Tagung vom Februar 1999 und gibt erstmals einen umfassenden Überblick über die parlamentarische Entwicklung in 15 Ländern Mittel- und Osteuropas, ergänzt durch mehrere vergleichende Beiträge.

Sprecher(-innen) des Arbeitskreises:

Für weitere Informationen über die Tätigkeit des Arbeitskreises wenden Sie sich bitte (am besten per eMail) an:

Dr. Susanne Kraatz
Jasminweg 4, 68167 Mannheim
Tel./Fax: 0621/306 90 70
eMail: susakraatz@t-online.de

PD Dr. Silvia von Steinsdorff
Fregestraße 23, 12159 Berlin
Tel./Fax: 030/85961694
eMail: silviavst@aol.com

Prof. Dr. Klaus Ziemer
Deutsches Historisches Institut Warschau
Plac Defilad 1, skr. 33, 00-901 Warschau
Tel.: 0048/22/6567181, Fax: 0048/22/6937006
eMail: ziemer@dhi.waw.pl

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Announce

D V

P W



INRA Deutschland

Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Soziale Bewegungen“

1. Kongressbericht

Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa

Die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union ist im vollen Gange – ausgelöst durch die geplante Erweiterung der EU und nicht zuletzt auch durch die unmittelbar bevorstehende Einführung des Euros. Bei den rasanten Entwicklungen der letzten Jahre bleibt kaum Zeit für wissenschaftlich fundierte Analysen über die Möglichkeiten, Voraussetzungen und Folgen einer weitergehenden europäischen Integration.

Der Kongress 'Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa' am 6.-7. Juli 2001 im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) bot die Gelegenheit, vor 120 Teilnehmern – vor allem Sozialwissenschaftlern, Politikern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – neue sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse und laufende Forschungsvorhaben zu präsentieren und zu diskutieren.

Veranstalter des Kongresses waren der Arbeitskreis ‚Soziale Bewegungen‘ der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft (DVPW), das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen und das WZB. Der Kongress wurde von der Heinrich-Böll-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung gefördert.

In drei parallelen Workshops zu den Themen 'Demokratie und Bürgerbeteiligung in Europa', 'Europäische Öffentlichkeit' sowie 'Regionale Selbstbestimmung, Nationalstaat und supranationale Integration' präsentierten renommierte Sozialwissenschaftler theoretische Perspektiven und empirische Forschungsergebnisse zur Gegenwart und Zukunft von Demokratie, Bürgerschaft und Öffentlichkeit in der Europäischen Union. Vorgetragen wurden Beiträge aus Demokratie- und Rechtstheorie, aus der politischen Soziologie (Bewegungs- und Verbändeforschung), der Soziologie politischer Öffentlichkeit, der Regionalismusforschung und der Geschichtswissenschaft. Zum Abschluß der Konferenz wurden die Ergebnisse der drei Workshops in Diskussionsforen bilanziert.

Jürgen Habermas hat am 26. Juni 2001 in Hamburg das Ausgangsproblem der europäischen Reformdebatte bündig zusammengefaßt: „Als politisches Gemeinwesen kann sich Europa im Bewusstsein seiner Bürger nicht alleine in Gestalt des Euro festsetzen. ... Wirtschaftliche Erwartungen reichen als Motiv ... nicht aus, um in der Bevölkerung politische Unterstützung für das

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

risikoreiche Projekt einer Union, die diesen Namen verdiente, zu mobilisieren. Dazu bedarf es gemeinsamer Wertorientierungen.“

Die Diskussionen über eine europäische Grundrechtecharta, die auf dem Europagipfel in Nizza verabschiedet worden ist, ist daher nur ein erster, aber ein entscheidender Schritt für eine große europaweite Debatte. Die primär ökonomische Logik, die dem europäischen Einigungsprozeß zunächst vor allem zugrunde lag, bedarf der Ergänzung um das Bewußtsein einer geteilten politischen Kultur, um die Stärkung der demokratische Legitimation der europäischen Institutionen, den notwendigen Ausbau europaweiter Parteien, Interessengruppen und Netzwerke zivilgesellschaftlicher Akteure und die Stärkung einer europäischen Öffentlichkeit.

D V

Drei plenare Vorträge beleuchteten das Kongressthema im Überblick.

P W



In einem ersten Plenarvortrag diskutierte der Europapolitiker Jo Leinen das Thema „Regieren in Europa – Mit oder ohne die Bürger?“. Er wies auf das Defizit in der demokratischen Legitimation der EU hin. Im letzten Jahrzehnt sei die Europa-Skepsis gewachsen. Erst in den letzten Jahren habe die Europäische Kommission den Dialog mit den Bürgern, jenseits der etablierten Verbände, entdeckt. Doch als nicht direkt demokratisch legitimierte Behörde fehle ihr die Autorität, wirklich im Namen der Bürger Europas zu sprechen. Allerdings entwickelt sich die Meinungsbildung in Europa durch Organisationen der Zivilgesellschaft zunehmend positiv. Es sei notwendig, diese Strukturen zu stärken und in die Vorbereitung von Entscheidungen einzubinden. Eine direkte demokratische Legitimierung der Europa-Politik könne dadurch jedoch nicht ersetzt werden. Das Europäische Parlament als europäische Bürgerkammer habe das Potential, das demokratische Defizit zu überwinden. Europa-Politik könne nicht allein über die nationalen Regierungen legitimiert werden. Die nächste große Reform der EU müsse das Europäische Parlament daher zum gleichberechtigten Partner in allen Bereichen europäischer Gesetzgebung machen.

Jürgen Gerhard (Universität Leipzig) gab in seinem Plenarvortrag einen Überblick über Forschungsstand und Forschungsperspektiven zu europäischer Öffentlichkeit und Heidrun Abromeit (TU Darmstadt) unternahm eine Bestandsaufnahme von Vorschlägen einer Demokratisierung der EU.

In den Workshops wurde die Frage erörtert, wie die am Vorbild des Nationalstaats gebildeten Begrifflichkeiten von Demokratie und Öffentlichkeit sich im supranationalen europäischen Rahmen bewähren und welche begrifflichen Modifikationen für ein angemessenes Verständnis der Problemzusammenhänge erforderlich sind.

Einige Beispiele machten den anstehenden wissenschaftlichen Klärungsprozesse deutlich:

Die von prominenten Kritikern, etwa vom früheren Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde, geäußerten Bedenken an Konzeptionen einer „europäischen Bürgerschaft“ verstehen Bürgerschaft als eine ‚vopolitische Schicksalsgemeinschaft‘. Unterschätzt werden dabei die Möglichkeiten, durch demokratische Prozesse auf europäischer Ebene kollektive Lernprozesse einer europäischen Bürgerschaft zu ermöglichen. Eine „durch Recht vermittelten Solidarität“ (Jürgen Habermas) ist für die Zukunft des politischen Gemeinwesens Europa unabdingbar. Sie gilt es ‚demokratiepolitisch‘ zu fördern.

Der Prozess der Transformation der national bestimmten bürgerlichen Öffentlichkeiten in eine europäische Öffentlichkeit wäre sicherlich nicht angemessen beschrieben, wenn man eine solche europäische Öffentlichkeit bloß als eine projektive Vergrößerung nationalstaatlicher Öffentlichkeit begreifen würde.

Der schmerzhaft Abstraktionsprozess, der dem Prozeß nationaler Identitätsbildung zugrunde lag, macht deutlich, dass die Möglichkeiten der Ausbildung einer „europäischen Identität“ nicht vorschnell unterschätzt werden sollten. Es gilt vielmehr die Koexistenz wie auch die Spannungen zwischen regionaler, nationaler und europäischer Identität verstärkt in den Blick zu nehmen.

Deutlich wurden die Überschneidungen der Fragestellungen in den drei Workshops. Die Zukunft von Demokratie und Bürgerbeteiligung in Europa setzt die Fortentwicklung einer europäischen Öffentlichkeit voraus. Europäische Öffentlichkeit bedarf der Einbettung in eine gemeinsame politische Kultur. Regionale, nationale und europäische Prozesse der Gemeinschafts- und Identitätsbildung wirken sich auf den Demokratisierungsprozess, auf die öffentlichen Stellungnahmen und Problemdeutungen der zivilgesellschaftlichen und politischen Akteure aus.

Der Workshop „Demokratie und Bürgerbeteiligung in Europa“ bot die Gelegenheit, Möglichkeiten einer weitergehenden Demokratisierung der europäischen Institutionen zu erörtern. Für deren demokratische Legitimation, so Hans Lietzmann und Gabriele Wilde (Universität GH Essen), sei eine europäische Verfassung in Verbindung mit einem europaweiten Referendum von zentraler Bedeutung. Allerdings dürfe eine europäische Verfassung auch nicht überschätzt werden. Nur in Verbindung mit einer gestärkten europäischen Zivilgesellschaft könne eine europäische Bürgerschaft gestärkt werden.

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Die Verfassungsentwicklung der EU, so Rainer Schmalz-Bruns und Tanja Hitzel-Cassagnes (TU Darmstadt), werde auch von der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorangetrieben. Zwar steht der EuGH nicht im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, doch er trägt dazu bei, die grundlegenden demokratischen Rechte einer europäischen Bürgerschaft im Sinne einer ‚Bürgergerichtsbarkeit‘ auszubauen.

Ulrike Liebert (Universität Bremen) und Christiane Lemke (Universität Hannover) analysierten die Chancen und Hindernisse einer Demokratisierung der europäischen Politik, die sich als eine Mehrebenenpolitik zwischen europäischen, nationalen und regionalen Institutionen und Akteuren darstellt. Ohne eine Stärkung der Legitimität durch Formen des demokratischen Regierens und die Stärkung einer ‚aktiven europäischen Bürgerschaft‘ werde die anstehende Osterweiterung der EU nicht zu meistern sein.

D v

P w



Jochen Roose (WZB) stellte Forschungen zu europäischen Aktivitäten von Umweltverbänden vor und Helen Schwenken (Universität GH Kassel) analysierte an den Beispielen des europäischen Grenzregimes (Schengener Abkommen) und der Migration Formen der Selbstorganisation von MigrantenInnen und Illegalisierten.

Herbst 2001
Nr. 125

Fragen eines angemessenen Verständnisses einer europäischen Öffentlichkeit und die Möglichkeiten ihrer Stärkung standen im Mittelpunkt des Workshops „Europäische Öffentlichkeit“. Unterschiedliche Sprachen, Kulturen und Identitäten gelten den Skeptikern als Standardeinwände gegen einen aussichtsreichen Ausbau europäischer Öffentlichkeit. Eine Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten könne sich jedoch, so Bernd Giesen (Universität Konstanz) auch durch die Wahl gleicher Themen ergeben. Eine solche Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten demonstrierte er am Beispiel der nationalen Berichterstattung in Europa nach dem Eintritt von Haider's FPÖ in die österreichische Regierung.

Juan Medrano (ASEP-Institut, Madrid) unterstützte das Argument einer Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten über die Synchronisierung ihrer Themenwahl durch die Ergebnisse seiner Untersuchung nationaler Berichterstattung in EU-Mitgliedsländern im Zeitraum 1947-1995: Die gleichen Diskussionen finden in verschiedenen Sprachen und vorangetrieben durch Akteure nationaler Öffentlichkeit statt.

Marianne van de Steeg (Europäische Hochschule Florenz) gab einen Überblick über die akademische Diskussion über europäische Öffentlichkeit; in einem zweiten Teil ihres Beitrags präsentierte sie Ergebnisse empirischer

Untersuchungen zur nationalen Berichterstattung zum Thema EU-Osterweiterung in vier EU-Ländern.

Simone Ruppertz-Rausch und Thomas Schmid (TU Darmstadt) stellten an den Fallbeispielen ‚Agrarreform‘ und ‚Gentechnologisch veränderte Lebensmittel‘ den oftmals unterschätzten Stellenwert sektoraler Öffentlichkeiten für eine europäische Öffentlichkeit dar.

Stefanie Sift (Universität Bremen) analysierte die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure, die als ‚two-level-player‘ sowohl in Kommunikationszusammenhänge auf EU-Ebene als auch in die massenmedialen Öffentlichkeiten der EU-Mitgliedsländer eingebunden sind. Weitere Vorträge galten der Rolle einer ‚multinationalen Kerngruppe‘ von investigativen Journalisten beim Rücktritt der EU-Kommission 1999 (Christoph Meyer, Universität Cambridge), der Rolle europäischer Expertenöffentlichkeiten (Alexander Schmidt-Gernig, Humboldt-Universität) und der angemessenen theoretischen Konzeption europäischer Öffentlichkeit (Patrizia Nanz, Europäische Hochschule Florenz, und Cathleen Kantner, Humboldt-Universität).

Der Workshop „Europa zwischen regionaler Selbstbestimmung, Nationalstaat und supranationaler Integration“ untersuchte die Bedeutung regionaler Formationen und Identitätsbildungen für die europäische Integration. Martin Brusis (Universität München) analysierte die Auswirkungen der EU-Erweiterungsdiskussion auf die Bürgergesellschaften in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Die Ausbildung einer europäischen Identität bleibt abhängig von nationalen Identitätsdefinitionen und nationalen politischen Konfliktlinien des Parteiensystems (Modernisierung/ Traditionalismus; Kommunismus/Antikommunismus; Kapital/Arbeit).

Helmut Fehr (Humboldt-Universität) stellte den Wandel regionaler Identitäten am Beispiel Oberschlesiens vor und Bettina Morhard (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) berichtete über die europäische Regionalpolitik im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Oliver Schmidtke (University of Victoria/Canada) berichtete an Hand ausgewählter Fallbeispiele (Lega Nord, FPÖ, Vlaams Blok) über Formen des populistischen Protests im Namen der Region.

Die Frage nach Nationalisierungstendenzen als Reaktion auf den europäischen Integrationsprozess behandelte Stefanie Sift (Universität Bremen) am Beispiel des Euroskeptizismus in Dänemark. Die EU wird dort zunehmend als Bedrohung nationaler Errungenschaften und Werte gesehen. Maßgeblich für diese Deutung ist eine Quasi-Allianz der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei mit linken Euroskeptikern.

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Der Kongressreader mit den Thesenpapieren der Referentinnen und Referentinnen wird auf Anforderung per E-Mail als pdf-datei vom WZB versendet (jutta@medea.wz-berlin.de). Ausgewählte Beiträge des Kongresses erscheinen in Heft 4/2001 des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen und in dem Band Ansgar Klein/Ruud Koopmans u.a. (Hg.): Bürger-schaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, der im Verlag Leske+Budrich 2002 erscheinen wird.

Ansgar Klein

Sprecher des AK Soziale Bewegungen der DVPW

2. Call for Papers

Der AK Soziale Bewegungen plant für den 5.-7. Juli 2002 am WZB einen Kongress mit dem Thema:

"Demokratie und Sozialkapital: Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure"

Vorschläge für Referate richten Sie bitte mit einem kurzen Exposé bis spätestens Ende Januar 2002 an:

Dr. Ansgar Klein

Mahlower Str. 25/26, 12049 Berlin

T. 030/6226210 und 030/227-51098

e-mail: ansgar.klein@snafu.de und kleinans@spdfрак.de

oder

Dr. Ruud Koopmans

Wissenschaftszentrum Berlin

Reichpietschufer 50, 10785 Berlin

3. Tagungsankündigung

In Zusammenarbeit u.a. mit der Evangelischen Akademie zu Berlin und der Evangelischen Akademie Thüringen plant der AK Soziale Bewegungen für den 14.-16. Juni 2002 in Berlin-Schwanenwerder eine Konferenz mit dem Titel

"Europas Töchter - Traditionen, Erwartungen und Strategien europäischer Frauenbewegungen und die EU-Erweiterung"

Ausgangspunkt dieser Konferenz ist die geplante, erhoffte und nicht unumstrittene EU-Erweiterung. Zunächst soll eine Bestandsaufnahme von Frauenbewegungen in Europa geleistet werden, um die Unterschiede und Gemeinsamkeiten dieser Bewegungen in Süd- und Westeuropa, Skandina-

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

vien und Ost-Europa herauszuarbeiten, z.B. was in den jeweiligen Ländern unter Feminismus bzw. Frauenbewegungen verstanden wird. Auf dieser Grundlage sollen dann die Erfahrungen und die Erwartungen europäischer Frauenbewegungen mit den Normen, Angeboten und strukturellen Möglichkeiten der Europäischen Union verglichen werden. Schliesslich geht es um eine Abstimmung verschiedener Strategien von Interessensartikulation und -durchsetzung.

Kontakt und Informationen:

Dr. Ingrid Miethe
Institut fuer Erziehungswissenschaften, Universitaet Greifswald
Franz-Mehring Str. 47, 17489 Greifswald
tel.: 03634/863721, fax: 03834/863702
miethe@uni-greifswald.de

oder

Dr. Silke Roth
Sociology Department, University of Pennsylvania
3718 Locust Walk, Philadelphia, PA 19104-6299
tel: 001-215-898-7714, fax: 001-215 573 2081
e-mail: silkerot@ssc.upenn.edu

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Systemwechsel“

"Without state, no nation-state, no democracy", So lautete 1997 Juan Linz apodiktische These zum Zusammenhang von Staat, Nationenbildung und Demokratie. Ironischerweise war es damit einer der Nestoren des Regime-Begriffs in der empirischen Demokratietheorie, der "den" Staat zu einem der zentralen Begriff der Transformationsforschung erhob. Voraussetzung für eine "funktionierende" Demokratie, so Linz sei ein nach innen wie nach außen souveräner und handlungsfähiger Staat. Die Bedingung Staatlichkeit (stateness) sei deshalb von grundlegender Bedeutung, weil Staat die Grundeinheit darstelle, auf die sich die demokratische Qualität eines Landes beziehe. Demokratie kann deshalb nur dort errichtet werden, wo ein Staat besteht. Wo die Herrschaftsstruktur als solche nicht einheitlich und institutionell gesichert ist, kann Herrschaft nur partiell demokratisiert werden.

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Diese Feststellung bildete den Referenzpunkt der 7. Tagung des Arbeitskreises „Systemwechsel“, die vom 5. bis 7. Juli 2001 im Franz-Hitze-Haus in Münster stattfand. Unter dem Titel „Staat und Staatlichkeit in Systemwechseln“ beschäftigte sich die Tagung mit Fragen der Staats- und Nationenbildung im Kontext politischer Transformationsprozesse zur Demokratie. Wie in den vorangegangenen Tagungen gliederte sich die Tagung in einen konzeptionellen Block sowie einen empirischen Block mit Länder- und Regionenanalysen. *Petra Bendel* (Erlangen-Nürnberg) in ihrem Einleitungsreferat und *Friedbert Rüb* (Hamburg) in seinem Vortrag zu Staatlichkeit, Staatsbildung und Staatszerfall beleuchteten die allgemeine demokratietheoretische sowie die spezifisch transformationstheoretische Relevanz des Themas. *Frank Bönkers* (Frankfurt/Oder) Ausführungen über die fiskalische Dimension der Staatsbildung in Osteuropa sowie der Beitrag *Jürgen Deringer* (Erlangen-Nürnberg) in seinem Beitrag zur staatlichen Deregulierungspolitik in Ungarn waren dem speziellen Aspekt der Bewahrung bzw. Wiederherstellung von staatlicher Penetrationskapazität in Prozessen der doppelten Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft gewidmet. Ebenfalls mit Blick auf Osteuropa diskutierten *Susanne Kratz* und *Karel Vodicka* in ihren Vorträgen die Problematik des Umgangs mit nationalen Minderheiten in jungen Demokratien. *Susanne Kratz* (Mannheim) untersuchte in ihrem Vortrag über multinationale Staaten und Demokratisierung in Osteuropa aus vergleichender Perspektive, in welchen Transformationsystemen der Region die Tatsache einer multinationalen Bevölkerung und eines unvollständigen *Nation-building* tatsächlich demokratiegefährdend oder konsolidierungshinderlich wirkt. Das Augenmerk galt dabei besonders den osteuropäischen Parteien- und Institutionensystemen. *Karel Vodicka*

(Karlsruhe) untersuchte am Beispiel der Minderheit der Roma in der Slowakei die Situation einer sozial stigmatisierten, politisch marginalisierten und ökonomisch exkludierten Minderheit und die Bedeutung des Umgangs mit dieser Minderheit für die Entwicklung der jungen Demokratie. *Aurel Croissant* (Heidelberg) und *Christan Wagner* (Bonn) wandten sich in ihren Beiträgen zur ost- und zur südasiatischen Region insbesondere der Frage nach dem Einfluß von starker und schwacher Staatlichkeit auf die jungen asiatischen Demokratien zu. *Mark Arenhövel* (Wiesbaden) ergänzte dieses regionale Panorama um den „Fall Indonesien“ und diskutierte den problematischen Zusammenhang von geschwächter Staatlichkeit, Multinationalität, gescheiterter Identitätsbildung unter autoritären Bedingungen und Transformation. Linda Helfrich (Frankfurt/Main) stellte für Kolumbien die Frage, ob diese Demokratie der zweiten Welle mit ihren gravierenden Staatlichkeitsproblemen als regionaler Ausnahmefall in Südamerika gelten kann und welche Ursachen dem rapiden Verfall des staatlichen Gewaltmonopols in der kolumbianischen Demokratie zugrunde liegen. *Gero Erdmann* (Berlin) und *Johannes Harnischfeger* (Heidelberg) diskutierten mit Blick auf Afrika südlich der Sahara allgemein bzw. am Beispiel Nigerias Formen, Modi und Auswirkungen unvollständiger, rückläufiger oder gescheiterter Staatsbildungsprozesse. *Erdmann* machte in seinem Vortrag auf die Vielfalt der unterschiedlichen Entwicklungsprozesse von Staatlichkeit in der Region aufmerksam, erörterte die Ursachen für variierende Pfade von Staatlichkeit erörterte und diskutierte die Frage der Nachhaltigkeit von Demokratisierungsprozessen angesichts ungesicherter Staatlichkeit. *Harnischfeger* lenkte den Blick auf ein besonders eklatantes Phänomen mangelnder staatlicher Durchsetzungsfähigkeit: die Formierung violenter Milizen, die sich in Teilen des Staatsgebildes als informelle Ordnungsmacht etablieren.

Die Ergebnisse dieser Tagung werden erneut in einem Sammelband erscheinen. Nähere Informationen sowie Papiere finden Sie auf der neuen Homepage des Arbeitskreises (<http://www.systemwechsel.com>). Die Mitglieder des Arbeitskreises und Interessierte sind herzlich eingeladen, Papiere zu den Themengebieten des Arbeitskreises, Selbstanzeigen neuer Publikationen, Tagungshinweise, Adressenänderungen etc. zur Bereitstellung auf der Homepage an folgende Adresse zu schicken: aurel.croissant@urz.uni-heidelberg.de.

Die Mitglieder des AK haben in Münster beschlossen, im November 2002 die nächste Tagung des Arbeitskreises zum Thema "Wohlfahrtsstaatliche Politiken in jungen Demokratien" zu veranstalten. Einen ausführlichen Call for Paper sowie Konzeptpapiere zur Tagung werden Sie ab Dezember die-

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

sen Jahres auf der Homepage zum downloaden finden. Interessenbekundungen und Beitragsmeldungen sind selbstverständlich bereits jetzt möglich. Abstracts bitte an:

Aurel Croissant
Institut für Politische Wissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität
Marshallstr. 6, 69117 Heidelberg
E-Mail: aurel.croissant@urz.uni-heidelberg.de

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Umweltpolitik / Global Change“

I. Neue Internetadresse

Die Webseite des Arbeitskreises Umweltpolitik/Global Change ist nun unter www.environmental-policy.de zugänglich. Interessierte sind eingeladen, sich auf unserer elektronischen Mailingliste einzutragen.

II. Jahreskonferenz 2001

Die Jahreskonferenz 2001 des Arbeitskreises Umweltpolitik/Global Change wird in Form einer internationalen Konferenz stattfinden, der 2001 Berlin Conference on the Human Dimensions of Global Environmental Change. Das diesjährige Thema der Berlin Conference lautet "Global Environmental Change and the Nation State".

Die zweitägige Konferenz wird am 7. und 8. Dezember 2001 in englischer Sprache stattfinden und wendet sich auch an DVPW-Mitglieder anderer Sektionen - diesmal insbesondere an Mitglieder der Sektion Internationale Beziehungen - sowie an Vertreter anderer Disziplinen, diesmal insbesondere der Rechtswissenschaften (Völkerrecht). Der Call for Papers für diese Konferenz ist an knapp 30 internationale Mailinglisten versandt worden. Einsendeschluss für Vorschläge von Konferenzbeiträgen war der 15. September 2001.

Als Gastredner liegen Zusagen vor von Jürgen Trittin, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, und von Prof. Dr. Klaus Töpfer, Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen.

Eine Registrierung zur Tagung ist unter der AK-Homepage möglich.

III. Tagung "Energie, Umwelt, Technologie"

Die hier bereits für den Frühling 2002 angekündigte und gemeinsam mit dem DVPW-Arbeitskreis Politik und Technik geplante Tagung im Themenfeld "Energie, Umwelt, Technologie" wird erst Ende September/Anfang Oktober 2002 in Lüneburg stattfinden. Ansprechpartner sind PD Dr. Thomas Saretzki (thomas.saretzki@uni-lueneburg.de) vom Arbeitskreis Politik und Technik und Dr. Klaus Jacob (jacob@zedat.fu-berlin.de) vom Arbeitskreis Umweltpolitik/Global Change.



Herbst 2001
Nr. 125

IV. 2002 Berlin Conference on the Human Dimensions of Global Environmental Change

Die 2002 Berlin Conference on the Human Dimensions of Global Environmental Change wird voraussichtlich Anfang Dezember 2002 in Berlin stattfinden. Im Vordergrund soll die wissenschaftliche Debatte über die Rolle von Wissen(schaft) und Diskursen in der internationalen und nationalen Umweltpolitik stehen. Ansprechpartnerin ist Dr. Angela Oels (a-oels@wbgu.de).

V. Kooperation

Der DVPW-Arbeitskreis Umweltpolitik/Global Change hat seine Kooperation mit dem weltweiten Rahmenforschungsprogramm "International Human Dimensions Programme on Global Environmental Change" (IHDP) intensiviert. Die Jahrestagung 2001 des AK hat das offizielle "Endorsement" des internationalen Unterprogramms "Institutional Dimensions of Global Environmental Change" erhalten und wird über die IHDP-Verteiler offiziell beworben. Ähnliche Kooperationen sind für die beiden Tagungen 2002 geplant.

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

VI. Studentischer Arbeitskreis Internationale Umweltpolitik

Der Studentische Arbeitskreis Internationale Umweltpolitik am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin strebt eine enge Zusammenarbeit mit ähnlichen Gruppen an anderen Universitäten im In- und Ausland an und würde es begrüßen, wenn die DVPW-Mitglieder ihre Student(inn)en auf diesen Arbeitskreis aufmerksam machen könnten. Der studentische Ansprechpartner ist Rainer Brohm (rainer.brohm@berlin.de).

VII. Weitere Aktivitäten

Der AK Umweltpolitik/Global Change hat in Kooperation mit dem Studentischen Arbeitskreis Internationale Umweltpolitik eine Vortragsveranstaltung an der Freien Universität Berlin zum Thema "Zehn Jahre nach Rio: Der Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg" organisiert. Gastredner war Sascha Müller-Kraenner, Direktor des Nordamerika-Büros der Heinrich-Böll-Stiftung.

Kontakt:

PD Dr. Frank Biermann, "Global-Governance"-Projekt, Abteilung Globaler Wandel und Soziale Systeme, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), Postfach 601203, 14412 Potsdam, Tel.: 0331-288-2572, Fax -2600 E-mail: biermann@pik-potsdam.de.

Arbeitskreis „Verbände“

1. Jahrestagung 2001

Der Arbeitskreis veranstaltet vom 16. – 17. November seine Jahrestagung in Kooperation mit dem Frantz-Hitze-Haus in Münster zum Thema ‚Lobbying‘:

Programm der Tagung

Freitag, 16. November 2001

Ab 14.00 Uhr: Registration

15.00 Uhr: EU Lobbying

M.P.C.M. van Schendelen, Universität Rotterdam

16.00 Uhr: Kaffeepause

16.30 Uhr: Strukturen des Lobbying: BRD und USA im Vergleich

Martin Sebaldt, Universität Passau

17.30 Uhr: Der Wandel der Lobbystrategien von Umweltverbänden/NGOs auf internationaler Ebene

Ingo Take, TU Darmstadt

18.30 Uhr: Abendessen

20.00 Uhr: Lobbying: beobachtet

Podiumsdiskussion mit Journalisten

Samstag, 17. November 2001

09.00 Uhr: Asymmetrien der gesellschaftlichen Interessenvermittlung

Thomas von Winter, Universität Marburg/Deutscher Bundestag, Berlin

10.00 Uhr: Lobbying für Allgemeininteressen? – Zur Vakanz familienpolitischer Verhandlungssysteme und ihrer Folgen

Irene Gerlach, Universität Münster

11.00 Uhr: Kaffeepause

11.30 Uhr: Verbände, Unternehmen oder Consultants: Akteure und Strategien des Lobbying

Irina Michalowitz, Universitäten Aberdeen, Straßburg, Hamburg

12.30 Uhr: Mittagessen



Herbst 2001
Nr. 125

14.00 Uhr: Adressaten und Strategien des Lobbying
Podiumsdiskussion mit Vertretern von Firmen und Verbänden
Teilnehmer:

Dr. Wolf-Dieter Zumpfort, Preussag AG, Berlin

Dr. Hans-Jürgen Arlt, DGB, Düsseldorf

Niclas Stucke, Deutscher Städtetag, Köln

Bernd-Otto Kuper, ETWelfare/BAGFW/DCV (Wohlfahrtsverbände), Brüssel

Dieter Reinhardt, terre des hommes. Osnabrück

Norbert Sievers, Kulturpolitische Gesellschaft, Bonn

Leitung:

Annette Zimmer, Universität Münster

Ralf Kleinfeld, Universität Osnabrück

D V

16.00 Uhr: Ende der Tagung

P W

Die Tagungsgebühr beträgt regulär DM 100,-, für Studierende DM 50,-. Eingeschlossen sind hierin eine Übernachtungen sowie Verpflegung. Anmeldungen sind zu richten an: Frantz-Hitze-Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster, E-Mail: info@franz-hitze-haus.de. Anmeldungen bei Frau Heitmann oder Frau Zahn.



Herbst 2001
Nr. 125

2. Weitere Planung des AK Verbände

Im Frühjahr 2002 wird der AK gemeinsam mit dem AK „Politik und Technik“ eine Tagung zum Thema „Organisatorischer Wandel in sektoralen Wirtschaftsverbänden: organisationsinterne und -externe Herausforderungen“ veranstalten. Im Zentrum der Tagung stehen erste Ergebnisse eines DFG-Forschungsprojektes, das gegenwärtig unter der Leitung von Philippe C. Schmitter (EHI-Florenz), Volker Schneider (Uni Konstanz) und Jürgen Grote (Uni Konstanz) an der Universität Konstanz durchgeführt wird. Über die Projektmitarbeiter und die an der Tagung interessierten Mitglieder der beiden AKs bzw. der DVPW hinaus werden auch Verbandspraktiker insbesondere der Chemieindustrie anwesend sein. Das Treffen ist als Austausch zwischen Praktikern und Verbände- sowie Technikforschern geplant. Im Zentrum steht die Frage nach der Relevanz folgender für organisatorischen Wandel verantwortlicher Faktoren: nationale, europäische und internationale Regulierung, Technik-immanente Determinanten, sektorale Umstrukturierung, Veränderungen der Mitgliederbasis usw. Die Tagung ist für die Monate April oder Mai des kommenden Jahres geplant und wird aller Voraussicht nach in Köln stattfinden. Nähere Angaben sind ab Ende September unter der Web-Adresse des AKs „Politik und Technik“ abrufbar:
<http://www.uni-konstanz.de/FuF/Verwiss/Schneider/Akpt/index.html>

Im Sommer 2002 plant der AK eine weitere Tagung gemeinsam mit dem AK Soziale Bewegungen.

3. Publikationen des AK Verbände

Der von Annette Zimmer und Bernhard Wessels herausgegebene Band „Verbände und Demokratie in Deutschland. Vom ‚Modell Deutschland‘ zur Internationalisierung der Interessenvermittlung“, der die Ergebnisse der Jahrestagung 1999 zusammenfasst, ist im August erschienen.

4. Kontaktadressen der Sprecherinnen und Sprecher des Arbeitskreises

Prof. Dr. Annette Zimmer
Westf. Wilhelms-Universität Münster, Institut für Politikwissenschaft
Scharnhorststr. 100, 48151 Münster
Tel.: 0251/83-253 25, Fax: 0251/83-293 56
E-Mail: zimmean@uni-muenster.de

Prof. Dr. Ralf Kleinfeld
Vergleichende Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Seminarstr. 33, 49069 Osnabrück
Tel.: 0541/969-4601, Fax: 0541/969-4600
E-Mail: rkleinfeld@aol.com

Dr. Ulrich Willems
Universität Hamburg, Institut für Politische Wissenschaft
Allende-Platz 1, 20146 Hamburg
Tel.: 040/42838-6180, Fax: 040/42838-6818
E-Mail: willem@sozialwiss.uni-hamburg.de

Homepage des Arbeitskreises: <http://www.wz-berlin.de/akverb>

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Annonce

D V

P W



Frank Cass Publishers

Herbst 2001
Nr. 125

Arbeitskreis „Wahlen und politische Einstellungen“

1. Tagung 2001: „Politische Einstellungen und Wertorientierungen“

Die Tagung des Arbeitskreises fand dieses Jahr am 10. und 11. Mai am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) statt. Die letzten Arbeitskreistagungen hatten jeweils ein spezifisches Thema. Dieses Mal war das Programm offener gestaltet, damit die Mitglieder die Gelegenheit hatten, Ergebnisse aus laufenden oder gerade abgeschlossenen Forschungsarbeiten zur Diskussion zu stellen. Das Programm der Tagung umfasste folgende Präsentationen:

- Hanspeter Kriesi, WZB: „Meinungsbildung in direktdemokratischen Kampagnen“ (invited lecture)
- Joachim Behnke, Universität Bamberg: „Die Theorie policy-orientierter Koalitionenbildung. Eine empirische Überprüfung mit Hilfe von räumlichen Modellen“
- Jörg Jacobs und Gerd Pickel, Universität Frankfurt (Oder): „Individuelle Zurückhaltung und die Ablehnung einer demokratischen Ordnung in Mittel- und Osteuropa“
- Zoltán Juhász und Thomas Sommerer, Universität Bamberg: „Denken Singles politisch anders?“
- Andreas Kohlsche: „Wie die ökologische Inferenz der Wahltagsbefragung auf die Sprünge hilft oder Neues über ein- und zweidimensionale Gewichtungungen am Beispiel der Nationalratswahlen in Österreich von 1983 bis 1995“
- Katja Neller und S. Isabell Thaidigsmann, Universität Stuttgart: „Das Vertretenheitsgefühl der Ostdeutschen durch die PDS: DDR-Nostalgie und andere Erklärungsfaktoren im Vergleich“
- Sigrid Roßteutscher, Universität Mannheim: „Von Realisten und Opportunisten - wider die Theorie der Wertsynthese“
- Siegfried Schumann, Universität Mainz: „Der Einfluss von Persönlichkeitseigenschaften auf Einstellungen zu politischen Parteien“
- Angelika Vetter, Universität Stuttgart: „Einstellungen zur lokalen Politik als Ressourcen politischer Legitimität in Europa“
- Christian Welzel, WZB: „Kommunitarismus, Individualisierung und Soziales Kapital: Die Perspektive der Humanentwicklung“
- Bernhard Wessels, WZB: „Problemlagen, Einstellungen und Wählerwandel in Deutschland“



Herbst 2001
Nr. 125

2. Mitgliederversammlung 2001

Am Rande der Tagung des Arbeitskreises in Berlin fand am 10. Mai die Mitgliederversammlung 2001 statt. Das Protokoll der Tagung kann auf der Homepage des Arbeitskreises nachgelesen werden.

3. Neue Veröffentlichungen des Arbeitskreises

Der neue Band des Arbeitskreises „Das Ende der politisierten Sozialstruktur“ erscheint im Sommer 2001 beim Verlag Leske + Budrich (ISBN 3-8100-3203-4). Dieser Band basiert auf überarbeiteten Aufsätzen, die während der Tagung des Arbeitskreises im Mai 2000 in Mannheim präsentiert wurden. Der Inhalt und die Gliederung des Bandes sieht wie folgt aus:

D V

Frank Brettschneider / Jan van Deth / Edeltraud Roller: Einführung

P W

I. Theoretische Analyse

Franz Urban Pappi: Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential?



II. Entwicklung des Wahlverhaltens in Deutschland

Bernhard Weßels: Ideologische Atomisierung oder Wählerwandel? Wahlverhalten in Deutschland 1976-1998

Jürgen Maier / Karl Schmitt: Stabilität und Wandel regionaler Wählerstrukturen in Ostdeutschland 1990-1999

Eike Hennig / Robert Lohde-Reiff: Die Wahlabsicht im Wandel von 1980 bis 1998

III. Politiker und Parteien in Deutschland

Jürgen R. Winkler: Die Politisierung der Sozialstruktur: Der Einfluß der Sozialstruktur auf die Wählerrekrutierung der Parteifamilien im Deutschen Reich

Ulrich Eith / Stefan Merz: Sozialstruktur und Akteursverhalten. Anmerkungen zum Cleavage-Modell im Rahmen einer Fallstudie zum kommunalen politischen Wettbewerb

Zoltán Juhász: Gleich und Gleich gesellt sich gern - oder die Bedeutung der Ähnlichkeit bei der Bewertung von Politikern

Bettina Westle / Harald Schoen: Ein neues Argument in einer alten Diskussion: „Politikverdrossenheit“ als Ursache des *gender gap* im politischen Interesse

Herbst 2001
Nr. 125

IV. Vergleichende Analysen zum Wahlverhalten

Paul Nieuwbeerta / Jeff Manza: Klassen-, Religions- und Geschlechterspal-
tungen: Parteien und Gesellschaften in vergleichender Perspektive

Martin Eloff: Parteiensystem, Sozialstruktur und Wahlabsicht. Der Wandel
im Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht in sieben eu-
ropäischen Nationen und die programmatische Polarisierung zwischen Par-
teilagern, 1975-1998

Oddbjørn Knutsen: Education and Party Choice in Eight West European
Countries: A Comparative Longitudinal Study

V. Sozialstruktur anders gewendet

Sigrid Roßteutscher: Sozialstruktur als Instrument im Kampf der Deutun-
gen

4. Tagung 2002: Call for Papers

Die nächste Tagung der Arbeitskreises findet am 6. und 7. Juni 2002 an
der Universität Augsburg statt. Thema dieser Tagung ist: „Europäische In-
tegration: Öffentliche Meinung, politische Einstellungen und politisches
Verhalten“.

Ein Großteil der politischen Entscheidungen wird nicht mehr auf der Ebene
der Nationalstaaten getroffen, sondern von Institutionen der Europäischen
Union. Diese Entscheidungen haben Konsequenzen für Millionen EU-
Bürger. Die Palette der Politikfelder reicht von der wirtschaftlichen Integra-
tion, über die politische Zusammenarbeit, eine gemeinsame Außenpolitik
bis hin zur Vereinheitlichung von Rechtsvorschriften. Die wirtschaftliche In-
tegration wird mit der Einführung des EURO als alleiniges Zahlungsmittel
zum 1. Januar 2002 bis in den Alltag der Bürger hinein spürbar. Andere Be-
reiche - etwa die bevorstehende Osterweiterung - sind hingegen weniger
direkt erfahrbar.

- Was wissen die Bürger über die Europäische Integration? In welchen
Bereichen und bei welchen Persongruppen bestehen besondere Infor-
mationsdefizite?
- Welche Einstellungen haben die Bürger zur Europäischen Integration
sowie zu ihren einzelnen Bestandteilen? Wie lassen sich diese Einstel-
lungen erklären?
- Wie beurteilen die Bürger die Institutionen der Europäischen Union?
Wünschen sie sich eine stärkere Position des Europäischen Parla-
ments?

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

- Wie schlagen sich die Einstellungen bei Europa-Wahlen nieder? Handelt es sich dabei tatsächlich um Wahlen, die von den Bürgern im europäischen Kontext wahrgenommen werden?
- Wie lassen sich Teilnahme und Abstimmungsverhalten bei Europabezogenen Referenden erklären?

Die nächste Tagung des Arbeitskreises soll u.a. diesen Fragen nachgehen. Darüber hinaus sind aber auch ländervergleichende Studien erwünscht, die sich mit nationalen Einstellungen beschäftigen, sofern diese für die Europäische Integration relevant sind.

- Lassen die nationalen politischen Kulturen eine Beschleunigung oder eine Verlangsamung der Europäischen Integration erwarten?
- Worin unterscheidet sich beispielsweise das Demokratieverständnis der EU-Bürger von dem der Bürger aus den potentiellen Beitrittsländern?
- Welche Rolle spielen Fragen der Europäischen Integration bei nationalen Parlamentswahlen?

Drittens werden die Konsequenzen der Europäischen Integration für die Einstellungen zu nationalen politischen Akteuren sowie zu nationalen Politikfeldern diskutiert.

- Wie beeinflussen Einstellungen zur Europäischen Integration die Haltungen der Bürger gegenüber den nationalen Parlamenten, den nationalen Regierungen sowie - falls vorhanden - den untergeordneten staatlichen Gliederungen (Bundesländer, Gemeinden)?
- Schlagen sich Einstellungen zur Europäischen Integration im Nationalstolz der Bürger nieder?

Vorschläge für Beiträge (Arbeitstitel, Datengrundlage und Outline des Beitrags - zusammen etwa 2.500 Zeichen inkl. Leerzeichen) werden bis zum 14. Dezember 2001 per E-Mail an folgende Adresse erbeten: bretttschneider@web.de.

5. Weitere Informationen

Sämtliche Informationen bezüglich der Aktivitäten des Arbeitskreises finden Sie auf unserer Homepage (<http://www.wz-berlin.de/iw/akwahlen>).

Sprechergruppe des Arbeitskreises:

- Prof. Dr. Frank Brettschneider (Universität Augsburg)
- Prof. Dr. Jan W. van Deth (Universität Mannheim)
- Dr. Edeltraud Roller (Wissenschaftszentrum Berlin)

Geschäftsführer :

Prof. Dr. Jan W. van Deth
Universität Mannheim
Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und
International Vergleichende Sozialforschung
Seminargebäude A 5
68131 Mannheim

Telefon: 0621/181-2098

Fax: 0621/181-2099

E-mail: jvdeth@rumms.uni-mannheim.de

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

IV. Berichte der Ad-hoc-Gruppen

Ad-hoc-Gruppe „Ideelle Grundlagen außenpolitischen Handelns“

Zweite Arbeitstagung der Ad-hoc-Gruppe "Ideelle Grundlagen außenpolitischen Handelns" (IGAPHA) vom 8. - 10. Oktober 2001 in Hofgeismar (nahe Kassel)

Nach einem Call for Papers wurden in einem anschließenden Auswahlverfahren die Beiträge für die zweite Arbeitstagung der Ad-hoc-Gruppe IGAPHA ausgewählt. Unter dem Tagungstitel "Ergebnisse konstruktivistischer Analysen der internationalen Politik" ist eine Bestandsaufnahme derzeit laufender bzw. gerade abgeschlossener Projekte (sozial-) konstruktivistischer Forschungen geplant, die sich mit Ideen, Normen, Werten, Kultur oder Identitäten als Erklärungsfaktoren für staatliches Handeln in der internationalen Politik auseinandersetzen. Da diese zweite IGAPHA-Arbeitstagung in Form einer AutorInnen-Tagung durchgeführt werden soll, ist leider nur eine begrenzte TeilnehmerInnen-Zahl möglich. Die Tagungsbeiträge werden in einem Sammelband veröffentlicht werden (Cornelia Ulbert/Christoph Weller (Hrsg.): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik, Westdeutscher Verlag 2002).

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Ergebnisse konstruktivistischer Analysen der internationalen Politik
Tagungsprogramm der zweiten Arbeitstagung der Ad-hoc-Gruppe
"IGAPHA", 8. - 10.10.2001 in der Ev. Akademie Hofgeismar

Montag, 08.10.2001

14.30 - 16.00 Uhr: **Einführung: Zur Analyse ideeller Grundlagen außenpolitischen Handelns**

Cornelia Ulbert (Europäisches Hochschulinstitut, Florenz) /

Christoph Weller (Universität Bremen)

16.30 - 18.00 Uhr: **Panel I: Der Prozeß der Entstehung, Herausbildung und Durchsetzung von Normen und Identitäten:**

a) Die Entstehung und Durchsetzung von Normen:

Ulf Engel (Universität Leipzig): Konfliktprävention und Normendiffusion im außenpolitischen System der Bundesrepublik

Guido Schweltnus (Queen's University Belfast): Minderheitenschutz als Kriterium im EU-Erweiterungs*sacquis*

Kommentar: *Frank Nullmeier* (Universität Essen)

19.00 – 20.30 Uhr: b) Die Herausbildung einer europäischen Identität:

André Brodocz (TU Dresden): Die Grundrechte-Charta der EU und ihre Chancen zur symbolischen Integration Europas

Marika Lerch (Universität Marburg): Menschenrechtspolitik als Identitätspolitik: Eine konstruktivistische Erklärung der EU-Grundrechtecharta

Kommentar: *Thomas Risse* (FU Berlin)

Dienstag, 09.10.2001

9.00 – 10.30 Uhr: **Panel II: Ideenkonkurrenz und Wandel von Ideen**

a) Außen- und Entwicklungspolitik:

Rainer Baumann (Universität Frankfurt): Habit, Einflußsicherung, Vertrauensbildung? Ideenwandel und der Multilateralismus im außenpolitischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland

Thomas Conzelmann (TU Darmstadt): Leitideen in internationalen Verhandlungssystemen. Das Beispiel Entwicklungszusammenarbeit

Kommentar: *Michael Staack* (Universität der Bundeswehr München - angefragt)

11.00 – 12.30 Uhr: b) Der europapolitische Diskurs:

Hartmut Marhold (Europäische Bewegung Deutschland, Berlin): Normen, Wirklichkeitseinschätzungen und Leitbilder: Konstruktionen europäischer Finalität

Klaus Roscher (Europäisches Hochschulinstitut, Florenz): Der Aufbruch der Vokabeln des Hexagons. Europäische Integration und die diskursive Konstruktion von Nationalstaatskonzepten

Kommentar: *Markus Jachtenfuchs* (International University Bremen)

14.30 – 16.00 Uhr: **Panel III: Analysen der Wirkung von Ideen, Weltbildern, Normen und Identitäten**

a) Wirklichkeitskonstruktionen und Identitäten im außen- und sicherheitspolitischen Diskurs:

Henning Boekle/Jörg Nadoll/Bernhard Stahl (Universität Trier): Europa: Eine Außenpolitik - viele Identitäten?, Nationale Identität, Diskurse und die Außenpolitik von EU-Mitgliedstaaten

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Simone Wisotzki (HSFK, Frankfurt): Sicherheit und ihre ideationalen Grundlagen: Untersuchungen anhand der Nuklearwaffenpolitik Großbritanniens und Frankreichs 1990-98

Kommentar: *Gunther Hellmann* (Universität Frankfurt)

16.30 – 18.00 Uhr: b) Internationale Menschenrechtsnormen:

Anja Jetschke (Universität Freiburg): Öffentlichkeit, transnationale Menschenrechtsnetzwerke und innenpolitischer Wandel in autoritären Staaten

Andrea Liese (Universität Bremen): Weltkulturelle Standards, Prozesse ihrer Durchsetzung und die Handlungsoptionen menschenrechtsverletzender Staaten

Kommentar: *Frank Schimmelfennig* (EUI, Florenz)

19.00 – 21.00 Uhr: **Poster-Session:**

Nicole Deitelhoff (HSFK, Frankfurt): Normgenerierung in der Internationalen Politik

Horst Hegmann (Universität Witten-Herdecke): Zum Vergleich der geldpolitischen Kultur in Deutschland und Frankreich

Christoph Humrich (Universität Mannheim): Ideelle Grundlagen kommunikativen Handelns im Regimebildungsprozess beim arktischen Umweltschutz

Beate Kohler-Koch/Fabrice Larat (Universität Mannheim): Kognitive und ideationelle Grundlagen außenpolitischer Präferenzen

Olivier Minkwitz/Susanne Scheller/Dennis Tänzler (FU Berlin): Der Einfluß von Risikowahrnehmungen auf die internationale Politik

Martina Timmermann (Universität Hamburg): Die Menschenrechtspolitiken Japans, der Philippinen und Indonesiens: Spiegel asiatischer Identität?

Mittwoch, 10.10.2001

9.00 – 10.30 Uhr: **Panel IV: Aussen- und sicherheitspolitische Wirklichkeitskonstruktionen**

Tamara Keating (Universität der Bundeswehr Hamburg): Realpolitik als soziale Konstruktion. Der gaullistische Konsens über die französische Außen- und Verteidigungspolitik als kulturelle Norm – Ursprünge und Entstehung

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Wolfgang Wagner (Universität Frankfurt): Nationale Identität und außenpolitische Interessendefinition: Die soziale Konstruktion europäischer Außenpolitik in Deutschland und Großbritannien

Kommentar: *Christoph Scherrer* (Universität-GH Kassel)

11.00 – 12.30 Uhr: **Panel V: Ergebnisse konstruktivistischer Analysen von Ideen, Weltbildern, Normen und Identitäten:**

Cornelia Ulbert (Europäisches Hochschulinstitut, Florenz)/

Christoph Weller (Universität Bremen)

Kommentar: *Stefano Guzzini* (Copenhagen Peace Research Institute)

Für Sommer 2002 ist eine weitere Arbeitstagung der Ad-hoc-Gruppe IGAPHA geplant. Wer Vorschläge zu Thematik und Form der Tagung machen möchte, kann sich an die Sprecherin und den Sprecher der Ad-hoc-Gruppe (siehe untenstehende Adressen) wenden.

Kontaktadressen:

Dr. Cornelia Ulbert
Luisenstr. 48, D-76344 Eggenstein
E-Mail: cornelia.ulbert@t-online.de

Dr. Christoph Weller
Institut für Interkulturelle und Internationale Studien
Universität Bremen
Postfach 330 440, D-28334 Bremen
E-Mail: chweller@uni-bremen.de

IGAPHA-Homepage:

<http://www.uni-bremen.de/~iniis/igapha/igapha.htm>

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Annonce

D V

P W



Duncker & Humblot

Herbst 2001
Nr. 125

Ad-hoc-Gruppe „Internet und Politik“

Einladung zur Mitarbeit in einer Ad-hoc-Gruppe „Internet und Politik“

Demokratie und Partizipation, Wahlkämpfe, Öffentlichkeitsarbeit von Parteien und Parlamenten, aber auch öffentliche Verwaltung und internationale Politik, Global Governance etc. werden von der Revolution des Internet-Zeitalters in den nächsten Jahren noch tiefgreifender beeinflusst werden. Das World Wide Web eröffnet außerdem Raum für Identitätsbildung (z.B. Cybernations/Virtual States, Cyberfeminismus), aber auch für radikale Kampagnen, Fundamentalismus, Terrorismus und virtuellen Krieg (Cyberwar).

Die *funktionalen Wechselbeziehungen zwischen Politik, Internet und Verwaltung* werden in Deutschland nur vereinzelt eingehender politologisch behandelt und in ihren Folgen abzuschätzen versucht. In größerem Maßstab wird das Internet bei uns bislang allenfalls in seiner allgemeinen Grundeigenschaft als Medium der Massenkommunikation genauer untersucht.

In der Ad-hoc-Gruppe sollen einerseits *theoretische Modelle* und Erklärungsversuche zur Veränderung des Politischen durch das Internet diskutiert und weiterentwickelt werden; andererseits *soll angewandte, politikrelevante Forschung* zu Themen wie E-Government (z.B. digitale Städte und interaktive Behörden), digitale Außenpolitik und Cyberwar/Cyberpeace, aber auch computervermittelte Basisdemokratisierung und Partizipation (z.B. interaktive Parlamente, virtuelle Parteitage, Net Empowerment) betrieben, unterstützt und koordiniert werden. Fallstudien und Dokumentationen sind dabei ebenso gefragt wie die Auseinandersetzung mit Querschnittsfragen.

Homepage

Über die Tätigkeit der Gruppe, ihre Mitglieder ebenso wie über grundlegende Literatur und interessante Internetadressen zum Thema informiert unsere Homepage <http://www.internet-und-politik.de.vu>.

Veranstaltungen

Arbeitstreffen – verbunden mit einer öffentlichen Vortragsveranstaltung – sollen jeden Herbst stattfinden. Das erste Treffen findet bzw. fand am 5. Oktober 2001 an der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Eine Fachkonferenz ist für das Frühjahr 2002 geplant. Alle interessierten Kolleginnen und Kollegen sind zur Teilnahme herzlich eingeladen und können gerne jeder-



Herbst 2001
Nr. 125

zeit Themenvorschläge einreichen. Über die Veranstaltungsplanung informiert auch unsere Homepage.

Publikationshinweis

Der Initiator der Gruppe ist zugleich Mitherausgeber des *Kursbuch Internet und Politik*, dessen Band 2001/1: *Elektronische Demokratie und virtuelles Regieren* im Oktober 2001 im Verlag Leske + Budrich erscheint. Weitere Informationen unter <http://www.kursbuch-internet.de>.

Initiator und Kontaktadresse

PD Dr. Alexander Siedschlag
Humboldt-Universität zu Berlin
Institut für Sozialwissenschaften – Politikwissenschaft –
10099 Berlin
Tel. (030) 2093-1630, Fax (030) 2093-1438
E-Mail: alexander.siedschlag@rz.hu-berlin.de
Internet: www.siedschlag.de.vu

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Ad-hoc-Gruppe „Politik und Religion“

Der dreiteilige Veranstaltungs-Zyklus der Ad-Hoc-Gruppe zum Thema “Säkularisierung” wurde im Mai diesen Jahres mit einer Konferenz an der Evangelischen Akademie in Loccum abgeschlossen. Der Westdeutsche Verlag in Wiesbaden, mit dem inzwischen eine langfristige Kooperation vereinbart wurde, wird die Ergebnisse der Vorträge und Diskussionen der Konferenzen – ergänzt um einige weitere Beiträge – in zwei Bänden publizieren.

Der erste Band ist soeben erschienen:

Mathias Hildebrandt, Manfred Brocker, Hartmut Behr (Hrsg.), Säkularisierung und Resakralisierung in westlichen Gesellschaften: Ideengeschichtliche und theoretische Perspektiven. Mit Beiträgen von Heiner Bielefeldt, Daniel Bogner, Peter Berghoff, Reinhard Sonnenschmidt, Barbara Zehnppennig, Bernhard Plé, Manfred Walther, Armin Adam, Martin Blobel, Matthias Riedl, Tine Stein, Marion Müller und Ulrich Willems. Opladen: Westdeutscher Verlag, 245 S., 2001.

Der zweite Band ist in Vorbereitung:

Manfred Brocker, Hartmut Behr, Mathias Hildebrandt (Hrsg.), Politik und Religion in Staat, Zivilgesellschaft und den Internationalen Beziehungen (Arbeitstitel). Opladen: Westdeutscher Verlag, ca. 420 S., 2002.

Mit der Konferenz der Gruppe im Juni 2002 soll ein neuer Tagungs-Zyklus eröffnet werden, der sich dem interkulturellen Vergleich des Verhältnisses von Politik und Religion widmen wird.

Politik und Religion in einer erweiterten EU :

Nationale Traditionen und religiöser Pluralismus im Europäischen Integrationsprozess

ZEIT: VORAUSSICHTLICH JUNI 2002

ORT: AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG, TUTZING

CALL FOR PAPERS

Die Europäische Union befindet sich in einem fortschreitenden Integrations- und Erweiterungsprozess. Damit ist einerseits eine Stärkung gesamt-europäischer Institutionen und eine Homogenisierung rechtlicher Regelungen sowie andererseits eine zunehmende Pluralisierung und gleichzeitige Ausdifferenzierung religiöser Orientierungen auf nationaler und europäischer Ebene verbunden. Die traditionelle christliche Mehrheitsreligion und



Herbst 2001
Nr. 125

ihre einzelnen Denominationen werden in einer erweiterten EU durch christlich-orthodoxe und islamische Bekenntnisse in größerem Maße als bisher ergänzt, ebenso wie in allen europäischen Ländern eine Zunahme an Formen ‚neuer‘ Religionen zu verzeichnen ist. Die europäische Integrationsforschung beschäftigt sich seit Jahren unter verfassungsrechtlicher und juridischer Perspektive intensiv und systematisch mit Fragen der rechtlichen Stellung von Kirchen und Religionsgemeinschaften in den Ländern der EU und einer zukünftigen europäischen Verfassung. Politikwissenschaftlich ist der Komplex ordnungspolitischer Problemstellungen bezüglich des Verhältnisses von Politik und Religion in den Ländern der EU und den Beitrittskandidaten sowie mit Blick auf die gesamteuropäische Ebene dagegen bislang weitgehend vernachlässigt worden. Diesem Komplex widmet sich die nächste Tagung, wobei sowohl ideengeschichtliche, empirische und theoretische Aspekte in vergleichender Perspektive zu berücksichtigen sind. Im Einzelnen sollen folgende Fragestellungen aufgegriffen und diskutiert werden:

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

1. Ein erster Schwerpunkt wäre die ideengeschichtliche Aufarbeitung des Europagedankens von seinen mittelalterlichen Ursprüngen der ‚res publica Christiana‘ über seinen Zerfall in den Religionskriegen der frühen Neuzeit und seiner Ersetzung durch die modernen politischen Religionen des Nationalismus bis hin zu seiner Wiederbelebung nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Vordergrund sollten dabei die religiösen und zivilreligiösen Gehalte der verschiedenen Ausformungen des Europagedankens stehen.

2. An diese ideengeschichtliche Perspektive anknüpfend und unter Berücksichtigung der Erweiterung und Pluralisierung der EU besteht ein zweiter Schwerpunkt in der Frage nach den gegenwärtigen Wahrnehmungen und Einschätzungen der Idee eines vereinten Europa im Selbstverständnis der verschiedenen christlichen Konfessionen und nicht-christlicher Religionsgemeinschaften. Wie stehen z. B. der Vatikan, die orthodoxe Kirche und islamische Gemeinschaften der Idee und dem Prozess der Europäischen Integration gegenüber?

3. Einen dritten Schwerpunkt bildet die Auseinandersetzung mit den einzelnen nationalen Traditionen der Verhältnisbestimmung von Politik und Religion in den Mitgliedsländern der EU und den Beitrittskandidaten. Bekanntlich können idealtypisch drei Modelle staatskirchenrechtlicher Regelungen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche unterschieden werden: das Trennungs-, das Kooperations- und das Staatskirchenmodell. Über die rechtswissenschaftliche Beschäftigung mit staatskirchenrechtlichen Fragen hinaus, ist aus politikwissenschaftlicher Perspektive ebenso nach den ordnungspolitischen Konzeptionen zu fragen, die hinter den verfassungs-

und staatskirchenrechtlichen Bestimmungen stehen. Welche Rolle und Funktion wird der Religion und den Religionsgemeinschaften in der Öffentlichkeit auf der Grundlage verschiedenen religio-politischen Ordnungsdenkens eingeräumt (wie bspw. das Konzept der "laïcité ouverte" in Frankreich die Trennung von Kirche und Staat begründet)? Wie stark wird eine religiöse Tradition als Grundlage der politischen Ordnung und als Bestandteil der nationalen Identität betrachtet, wie z. B. der Katholizismus in Spanien und die Orthodoxie in Griechenland? Wie gehen die einzelnen Nationen mit der wachsenden Herausforderung des religiösen Pluralismus um? Welche demokratietheoretischen Probleme und Herausforderungen werden hierdurch aufgeworfen? Diese Fragen sollen nicht nur mit Blick auf die EU-Mitgliedsstaaten, sondern gerade auch für die Beitrittskandidaten untersucht werden.

4. Abschließend soll auch die Frage aufgeworfen werden, wie diese vielfältigen nationalen Traditionen und Regelungen in ein vereintes Europa integriert werden können. Bedarf es der Entwicklung einer europäischen Zivilreligion? Welche Rolle kommt dabei, neben den Grundsätzen der modernen Liberaldemokratie, dem Christentum zu und inwieweit kann dieses zur Schaffung der geistig-kulturellen Grundlagen eines vereinten Europa beitragen?

Wir bitten interessierte Kolleginnen und Kollegen um die Zusendung von Vortragsvorschlägen mit einem 1-2-seitigen *abstract* bis zum **15. Februar 2002**. Wir freuen uns auf Ihr Interesse und hoffen auf eine rege Teilnahme.

Kontaktadressen:

Dr. Hartmut Behr, Institut für Politikwissenschaft, Universität Mainz, Colonel-Kleinmann-Weg 2, 55099 Mainz, Tel.: 06131 - 3922728, Fax.: 3922833, e-mail: behr@mail.uni-mainz.de

Dr. Dr. Manfred Brocker, Seminar für Politische Wissenschaft, Universität zu Köln, Gottfried-Keller-Str. 6, 50931 Köln, Tel./Fax.: 0221 - 470 2852, e-mail: manfred.brocker@uni-koeln.de

Dr. Mathias Hildebrandt, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Erlangen-Nürnberg, Kochstr. 4, 91054 Erlangen, Tel.: 09131 - 8526326, Fax: 8522371, e-mail: mshildeb@phil.uni-erlangen.de

Unsere homepage:

<http://www.phil.uni-erlangen.de/~p1pol/home/dvpw.html>

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Ad-hoc-Gruppe „Politische Steuerung im Wandel“

1. Tagungsbericht

Am 30./31. März fand in Bonn ein erster Workshop der Ad-hoc-Gruppe zum Thema "Bedingungen und Muster politischer Steuerung in historischer Perspektive" statt. Ziel des Workshop war es, auf der Grundlage empirischer, vergleichender Studien zu untersuchen, wann und in welcher Weise politische und gesellschaftliche Veränderungen einen Wandel der politischen Steuerung nach sich ziehen bzw. gezogen haben. Besonderes Augenmerk wurde dabei darauf gerichtet, die Zusammenhänge zwischen der Veränderung von Steuerungsbedingungen und Steuerungsideen einerseits und beobachteten Steuerungsmustern andererseits sowohl empirisch als auch analytisch herauszuarbeiten. Angesichts des konstruktiven Verlaufs des Workshops und der Qualität der Beiträge sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer übereingekommen, dieser Frage im Rahmen eines zweiten Workshops weiter nachzugehen.

D V

P W



Dieser zweite Workshop zum Thema "Bedingungen und Muster politischer Steuerung in historischer Perspektive" findet am 18./19. Januar 2002 in Bonn statt. Alle Interessenten sind herzlich eingeladen und werden gebeten, sich bis zum 15. Dezember anzumelden.

Herbst 2001
Nr. 125

2. Veröffentlichung

Darüber hinaus konnte Leske & Budrich als Verleger für eine Publikation der Beiträge der Workshops gewonnen werden. Geplant ist die Herausgabe eines Bandes mit folgenden Beiträgen noch im Jahr 2002:

Katharina Holzinger, Christoph Knill, Dirk Lehmkuhl (Hrsg.):

"Bedingungen und Muster politischer Steuerung in historischer Perspektive"

Thomas Simon

Der Staat als ökonomisches System. Die politische Ökonomie und ihre Ansprüche an die Steuerungsfähigkeit des frühneuzeitlichen Staates

Matthias Gsänger

Der Wandel wirtschaftspolitischer Ordnungsmodelle in den USA vom Ende des Bürgerkrieges - bis zum New Deal

Joachim Blatter

Der Wandel der politischen Steuerungslogik im 20. Jahrhundert: Erkenntnisse aus dem Bereich der Wirtschaftsförderung und der Gewässerpolitik in europäischen und nordamerikanischen Grenzregionen

Ingeborg Tömmel

Die Herausbildung neuer Steuerungsmuster in der EU am Beispiel der Regionalpolitik

Karsten Zimmermann

Von der hoheitlichen Regionalplanung zur Regional Governance: Die Herausbildung kooperativer Steuerungsformen in der Regionalpolitik

Manfred Mai

Medienpolitik – Genese und Ausdifferenzierung eines Politikfeldes

Christoph Knill und Dirk Lehmkuhl

Der Einfluss des Internet auf die staatliche Regulierung von Medieninhalten

Katharina Holzinger und Christoph Knill

Zwischen Interventionismus und Voluntarismus: Instrumentenwandel in der Europäischen Umweltpolitik

Inger Weibust

Staatliche Umweltpolitik zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung: Die Entwicklung umweltpolitischer Steuerung im Ländervergleich

Danyel Reiche

Steuerungswandel in der Energiepolitik: Der Weg zur Nutzung erneuerbarer Energien

Christian Toft

Vier Wellen der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, Dänemark und Großbritannien

Anastasios Bisopoulos

Peer Reviews of Good Practice: Ein neues Instrument der europäischen Arbeitsmarktpolitik

3. Ankündigung

Das Institut d' Etudes Internationales et Politiques der Universität Lausanne organisiert einen Workshop über "Delegating Powers to Independent Agencies" am 6. und 7. Dezember 2001 in Lausanne. Die Idee ist, einen relativ kleinen Kreis von 15-20 Teilnehmern zusammenzustellen, der in den zwei Tagen die unten beschriebenen Themen behandeln kann. Das Ziel ist eine Buchpublikation in englischer Sprache. Die Vorträge sollten von daher möglichst in Englisch gehalten sein. Das Institut d' Etudes Internationales et Politiques bemüht sich darum, die Aufenthaltskosten in Lausanne zu übernehmen. Reisekosten müssen allerdings auf dem üblichen Weg von den Teilnehmern selbst eingeworben werden.

Interessierte des Arbeitskreises "Regulative Politik" und der Ad-hoc-Gruppe "Politische Steuerung im Wandel" können sich direkt an Dietmar Braun oder Fabrizio Gilardi wenden, um nähere Details zu erfahren. Die Adresse

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

lautet: Institut d'Etudes Politiques et Internationales; BFSH2 - 1015
Lausanne; Tél. 021/692.31.40;
ttp://www-ssp.unil.ch/~IEPI/ACCUEIL.html
Nähere Informationen finden Sie auf der Homepage der Ad-hoc-Gruppe.

Kontakt:

Dr. Katharina Holzinger
Dr. Dirk Lehmkuhl
Max-Planck-Projektgruppe
Gemeinschaftsgüter
Poppelsdorfer Allee 45, 53115 Bonn
(0228) 91416-47, -79

email: psw@mpp-rdg.mpg.de

<http://www.mpp-rdg.mpg.de/psw/index.html>

D **V**

P **W**



Prof. Dr. Christoph Knill
Universität Jena, Institut für Politikwissenschaft
Ernst-Abbe-Platz 8, 07743 Jena
Tel.: -49-3641-9454-50, Fax: -49-3641-9454-52
christoph.knill@uni-jena.de

Herbst 2001
Nr. 125

V. Berichte der Landesgruppen

Landesgruppe Baden-Württemberg

Am 23. Juli 2001 trafen sich Vertreter/innen des Faches Politikwissenschaft an den baden-württembergischen Universitäten zur Beratung über neuere Entwicklungen im Bereich des Lehramtsstudiengangs sowie der Magister- bzw. BA-/MA-Studiengänge.

Die Professoren Gabriel (Stuttgart) und Rittberger (Tübingen) informierten über die Initiative des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, in Zukunft den Anteil der Wirtschaftswissenschaften an der Lehre im Lehramtsstudiengang für „Gemeinschaftskunde/Politik“ (künftig: Politik/Wirtschaft) nachhaltig zu erhöhen. Es wurde Einigung erzielt, dieser Initiative nicht grundsätzlich entgegenzutreten, freilich darauf zu bestehen, dass der Politikwissenschaft der Rang der Leitdisziplin für die Ausbildung der gymnasialen Gemeinschaftskundelehrer/innen erhalten bleibt. Beim anschließenden Gespräch im Ministerium wurde von zuständiger Seite Verständnis für diese Position der Fachvertreter/innen der Politikwissenschaft signalisiert, freilich der politische Wille zur Stärkung des wirtschaftswissenschaftlichen Anteils an der wissenschaftlichen Ausbildung der „Gemeinschaftskundelehrer/innen“ unterstrichen. Eine schon bestehende Arbeitsgruppe beim Ministerium wird sich um die Ausarbeitung der Einzelheiten im Laufe des Herbsts bemühen.

Ferner fand ein Informations- und Gedankenaustausch über Pläne zur Einführung von BA-/MA-Studiengängen neuer Art statt. An der Universität Stuttgart sind die Vorarbeiten für interdisziplinäre BA-/MA-Studiengänge im Bereich der Sozialwissenschaften schon relativ weitgediehen. In Tübingen nähern sich die Planungsarbeiten für einen grundständigen BA-Studiengang „Politikwissenschaft“ und zwei MA-Studiengänge „Vergleichende Politikforschung“ und „Internationale Beziehungen“ ihrem Abschluss. In Freiburg sind Vorüberlegungen im Gange, während in Heidelberg und Mannheim noch keine Initiativen ergriffen wurden. Für Konstanz stellt sich die Frage eines Wechsels der Studiengangstruktur angesichts der dominanten Ausrichtung auf den Studiengang „Diplom-Verwaltungswissenschaftler/in“ nicht mit besonderer Dringlichkeit.

Gez. Volker Rittberger

(für den Vorstand der Landesgruppe Baden-Württemberg der DVPW)

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Annonce

D V

P W



Verlag Rothe

Herbst 2001
Nr. 125

VI. Verschiedenes

Call for Papers

für den Workshop

„Chancen einer Transatlantischen Union“

Freitag, 7.12.2001, 13.⁰⁰-22.⁰⁰ und Samstag, 8.12.2001, 9.³⁰-14.⁰⁰, FH
Wiesbaden

Die nordamerikanisch-europäischen Beziehungen haben eine lange Geschichte. Gegenwärtig sind die Beziehungen zwischen diesen beiden Atlantikanrainern (mit rund einer Milliarde Menschen) eher getrübt, trotzdem aber von einem starken Gefühl der Nähe getragen. Mögliche Zukünfte dieser Beziehungen zu durchdenken ist die Aufgabe dieses Workshops, der eine Reihe von Workshops zu spezifischeren Themen einleiten bzw. vorbereiten möchte.

Wir wenden uns zunächst nur an deutschsprachige Experten für diese Beziehungen. Ziel ist der Aufbau einer Datei von Experten und ihrer Spezialisierungen, die sowohl Theoretiker wie Praktiker sein und folgenden Disziplinen/ Professionen angehören können: Amerika- und Europa-Forscher, Friedensforscher, (Welt-)Handelsspezialisten, Journalisten, Kulturforscher, Ökonomen, Politiker, Politikwissenschaftler, Spezialisten für Sicherheitsfragen (Geo-Strategen), Spezialisten für das deutsch-amerikanische Verhältnis, Soziologen, Sprachforscher, Unternehmer, Wirtschafts(verbände-)vertreter, Zukunftsforscher, etc..

Der Workshop steht im Rahmen der von der Hessischen Landesregierung und dem Amerika Haus Frankfurt initiierten Gesprächsreihe „Shared Opportunities - German-American Relations in the New Millennium“. Er wird vom Hochschulsonderprogramm „Verstärkung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit im Hochschulwesen“ gefördert, von der Wiesbaden University of Applied Sciences / Fachhochschule und von der Atlantischen Akademie Rheinland Pfalz getragen sowie vom Deutsch-Amerikanischen Institut, Saarbrücken unterstützt.

Leider reichen die uns zur Verfügung stehenden Finanzen nicht aus, Sie im wahrsten Sinne des Wortes einzuladen, sondern wir müssen Ihnen sogar noch einen Tagungsbeitrag abverlangen (DM 100.-, für die Sie 3 Mahlzeiten, Getränke & die Tagungsunterlagen bekommen; Studenten, gegen Vorlage eines Studienbescheinigung, DM 70.-), sowie Ihnen zumuten, sich um Ihre eigene Anreise und Übernachtung zu kümmern (wir haben im IBIS Hotel ein Kontingent Zimmer reserviert. DM 99.- o. Frühstück. Bitte selbst buchen: Tel. 0611.3614-0, Fax 499 statt 0, Stichwort „TAU“ angeben).

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Bitte melden Sie sich per e-mail an und überweisen Sie uns den Tagungsbeitrag auf unser Sonderkonto „TAU“ bei der Nassauischen Sparkasse (Kto. Nr. 114046876, BLZ 51050015). **Sollten Sie dem Workshop einen Vortrag anbieten wollen/können, bitten wir um ein möglichst frühzeitiges Abstract. Ihr Vortragsmanuskript sollte uns am 26. Oktober 2001 vorliegen.**

Organisatorisch wird der Workshop von freiwilligen und hochmotivierten studentischen Mitarbeitern getragen, die mit großem Engagement für Ihre, ihre und unsere Zukunft arbeiten. Ohne ihren dankenswerten Einsatz ließen sich solche Initiativveranstaltung nicht durchführen.

Dr. rer. soc. habil. Peter H. Mettler

Professor für Gesellschaftswissenschaften

Privatdozent für Planungs- und Technik-Soziologie an der Universität Frankfurt/M.

D V

P W

e-mail: PeterH.Mettler@t-online.de

Kurt-Schumacher-Ring 18, D-65197 Wiesbaden

Tel.: 0049.611.9495358 oder 807889 (privat)

Handy: 0049.172.7003047



Herbst 2001
Nr. 125

Regional Governance in an Age of Globalization

International Conference of the Research Committee 17 of the International Political Science Association (IPSA) to be held at the Center for Technology Assessment Baden-Württemberg, Stuttgart, Germany, March 8-9, 2002.

This conference aims to examine and advance theories and practices in understanding regional governance in an age of globalization. The conference will focus on globalization and its impact on subnational governments around the world. Globalization will be defined in its broadest terms as growing interdependence and interconnectedness among nations and peoples. Various dimensions of globalization may be discussed—economic, political, energy, resources, crime, health, culture, ideology, etc.

The conference is interested in the intersection of the international with the local and regional and how this phenomenon is affecting the development of international and transnational relations on the one hand, and governance internationally, nationally, and subnationally on the other. The influence of unprecedented technological change on globalization and governance is also of interest to the conference organizers.

The theme is flexible and open to a variety of interpretations. We welcome your paper proposals and will accept proposals until November 15, 2001.

Workshop Organization

The workshop is organized by RC 17 in collaboration with the Center for Technology Assessment Baden-Württemberg, Stuttgart, Germany.

Contact Information

Professor Earl Fry, Brigham Young University, USA (earl_fry@byu.edu)

Professor Jon Pierre, University of Gothenburg, Sweden

(Jon.Pierre@pol.gu.se)

Dr. Gerhard Fuchs, Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, Industriestr 5, 70565 Stuttgart, Tel. 0711 9063 199; Fax 0711 9063 175; e-mail: gerhard.fuchs@ta-akademie.de

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

**Internationale Konferenz
„Conservatism in Canada and the United States:
Ideological, Programmatic and Organizational Changes“**

8.-10. Mai 2002, Universität Augsburg

Veranstalter:

Prof. Dr. Roland Sturm

(Institut für Politische Wissenschaft, Universität Erlangen-Nürnberg)

Prof. Dr. Rainer-Olaf Schultze

(Institut für Kanada-Studien, Universität Augsburg)

Preliminary Program

(1) Introduction

D V

9:00 - 9:45: (a) Ideological and Value Change in the North American Mass Publics

P W

10:00-11:30: (b) Party System Changes and Conservatism in the USA and Canada - the 1980s and 1990s

- The Canadian Case

- The US Case

11:45 - 13:15: (c) Conservatism and the New Right-Wing Populism in North America - two Views

- The Canadian Case

- The US Case

2) “Old” and “New” Conservative Parties - Internal Structures and Networks

15:00 - 16:30: a) Internal Structures

Membership and Internal Organization

- The Canadian Case

- The US Case

16:45 - 17:30: - Party Politics, Electronic Democracy and Conservatism - a Comparative View

17:45 - 19:15: (b) The Role of Conservative Movements, Interest Groups, and Think Tanks

- The Canadian Case

- The US Case

Herbst 2001
Nr. 125



(3) “Old” and “New” Conservative Parties - Programmatic Orientations and Experiences in Government

9:00 - 11:00: (a) The Economic Dimension - Fiscal Conservatism, Deficit Reduction and Welfare Retrenchment

- The Canadian Case
- The US Case

11:15 - 12:45: (b) The Moral Dimension

- Social conservatism, Religion and Family
- Conservative Parties and the Role of Women in Society

14:30 - 15:30: Concluding Discussion

Für **nähere Auskünfte** über die Veranstaltung wenden Sie sich bitte an:

Dagmar.Eberle@phil.uni-augsburg.de

Steffen.Schneider@phil.uni-augsburg.de.

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Annonce

D V

Leske + Budrich

P W



Herbst 2001
Nr. 125

VII. Terminplan, Vorankündigungen (ohne Gewähr)

10. - 12. Oktober 2001 - Universität Augsburg
Arbeitskreis "Film und Politik / Visuelle Politik"

Jahrestagung - "Kunst und Macht - Politik und Herrschaft im Medium der bildenden Kunst"

26.10.2001 - Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg (IFSH)
Arbeitskreis "Gesamteuropäische Sicherheitspolitik: OSZE"

Tagung - "Entwicklung und Perspektiven der OSZE seit dem Wiener Ministerrat von 2000"

27./28. Oktober 2001 - Universität Leipzig
Arbeitskreis "Geschichte der Politikwissenschaft"

Tagung - "Die Geschichte der politischen Idee ‚Europa‘ - Konzeptionen und Programme zur Entwicklung ‚Europas‘ im 20. Jahrhundert"

1./2.November.2001 - Mannheim
Arbeitskreis "Integrationsforschung"

Gemeinsame Tagung des AK mit dem DFG-Schwerpunkt "Regieren in der EU" - "Verfassungspolitik in der Europäischen Union"

9./10. November 2001 - Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung, Karlsruhe
Arbeitskreis "Politik und Technik"

Herbsttagung - "European Research Area' or National Innovation Competition? Technology Policy in European and Comparative Perspective"

9. / 10. November - TU Dresden
Sektion "Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland"

Gemeinsame Tagung mit der der Initiativgruppe ‚Parlamentarismusforschung‘ - "Parlamentarische Regierungskontrolle - gouvernementale Parlamentskontrolle"

16. - 18. November 2001 - Hagen
Sektion "Politik und Ökonomie"

Tagung - "Zukunft und Perspektiven des Wohlfahrtsstaates"

16./17. November 2001 - Münster
Arbeitskreis "Verbände"

Jahrestagung in Kooperation mit dem Frantz-Hitze-Haus zum Thema "Lobbying"

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

30. November. - 1. Dezember 2001 - Universität Gießen
Arbeitskreis "Geschichte und Politik"

Herbsttagung

6./7. Dezember 2001 - Universität Lausanne
Institut d`Etudes Internationales et Politiques der Universität Lausanne
Workshop - "Delegating Powers to Independent Agencies"

7./8. Dezember.2001 - FH Wiesbaden
Workshop - "Chancen einer Transatlantischen Union"

7./8. Dezember 2001 - Berlin
Arbeitskreis "Umweltpolitik / Global Change"
Jahreskonferenz - "Global Environmental Change and the Nation State"

15./16. Dezember.2001 - Bremen

Tagung der Universität Bremen

"Staatstätigkeit in westlichen Industrieländern - Wirtschaftliche Leistungsprofile im Vergleich"

25./26. Januar 2002 - Frankfurt (Oder)

Arbeitskreis "Geschichte und Politik"

Tagung - "Zehn Jahre deutsche Vereinigung - Geschichtspolitische Brüche und Kontinuitäten"

Februar 2002

Arbeitskreis "Postsozialistische Gesellschaften"

Tagung - "Politische Partizipation von Frauen in Osteuropa"

15./16. Februar 2002 - Universität Osnabrück

Arbeitskreis "Politikfeldanalyse Innere Sicherheit"

Workshop - "Kustodialisierung der Inneren Sicherheit - Wachen, kontrollieren, patrouillieren"

22./23. Februar 2002 - Universität Mainz

Arbeitskreis "Handlungs- und Entscheidungstheorien"

Tagung - "Empirische und normative Analyse politischer Konflikte"

22. - 24. Februar 2002 - Evangelische Akademie Arnoldshain / Taunus

Sektion "Internationale Politik"

Tagung - "Politik, Wirtschaft, Gesellschaft: Theorien und Problemfelder internationaler Beziehungen"

8./9. März 2002 - Stuttgart

Research Committee 17 of the International Political Science Association
International Conference - "Regional Governance in an Age of Globalization"

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

14. - 16. März 2002 - TU Darmstadt

Sektion "Politische Theorien und Ideengeschichte"

Frühjahrstagung - "Aktuelle Probleme des Verhältnisses von Politik und Recht"

4. - 6. April 2002

Sektion "Internationale Politik"

Tagung - "Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland"

15. - 17. April 2002 - Akademie für Politische Bildung Tutzing

Arbeitskreis "Politik, Kultur, Sprache"

Tagung - "Nationalsozialismus und Holocaust als negative Sinngeber der Berliner Republik"

19. - 21. April 2002 - Universität Hamburg

Arbeitskreis "Politik und Geschlecht"

Jubiläumstagung - "10 Jahre AK Politik und Geschlecht - Bilanz und Perspektiven feministischer Politikwissenschaft"

26. / 27. April 2002 - Frankfurt (Oder)

Sektion "Vergleichende Politikwissenschaft"

Tagung - "Vergleichen in der Politikwissenschaft - theoretische, methodische und empirische Aspekte im internationalen und interdisziplinären Dialog"

Sommersemester 2002 - Mannheim

Arbeitskreis "Integrationsforschung" und DFG-Schwerpunkt "Regieren in der EU"

Gemeinsame Tagung - "Der Beitrag der Integrationsforschung zur Institutionentheorie"

Sommersemester 2002 - Mannheim

Arbeitskreis "Integrationsforschung" und Nachwuchsgruppe der Sektion „Internationale Beziehungen“

Gemeinsame Tagung - "Forschungslogik und Methoden der Internationalen Beziehungen und der Europaforschung"

8. - 10. Mai 2002 - Universität Augsburg

Internationale Konferenz "Conservatism in Canada and the United States: Ideological, Programmatic and Organizational Changes"

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Juni 2002 - Universität Greifswald
Arbeitskreis "Interkultureller Demokratievergleich"
Frühjahrstagung - "Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft – Vorgehen und Beispiele internationaler und interkultureller Ländervergleiche"

Juni 2002 - Darmstadt
Arbeitskreis "Lokale Politikforschung"
Tagung - "Metropolitan Governance"

Juni 2002 - Akademie für Politische Bildung, Tutzing
Ad-hoc-Gruppe "Politik und Religion"
Tagung - "Politik und Religion in einer erweiterten EU: Nationale Traditionen und religiöser Pluralismus im Europäischen Integrationsprozess"

D V

6./7. Juni 2002 - Universität Augsburg

Arbeitskreis "Wahlen und politische Einstellungen"

P W

Tagung - "Europäische Integration: Öffentliche Meinung, politische Einstellungen und politisches Verhalten"



13. - 15. Juni 2002 - TU München

Sektion "Staatslehre und politische Verwaltung"

Nachwuchstagung

14. - 16. Juni 2002 - Berlin-Schwanenwerder

Arbeitskreis "Soziale Bewegungen"

Konferenz - "Europas Töchter - Traditionen, Erwartungen und Strategien europäischer Frauenbewegungen und die EU-Erweiterung"

5. - 7. Juli 2002 - Wissenschaftszentrum Berlin

Arbeitskreis "Soziale Bewegungen"

Tagung - "Demokratie und Sozialkapital: Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure"

September 2002 - Stuttgart

Arbeitskreis "Lokale Politikforschung"

Tagung - "Local Autonomy, Local Democracy and Local Efficiency"

Oktober 2002 - Universität Erlangen-Nürnberg

Sektion "Politische Theorien und Ideengeschichte"

Herbsttagung - "Methoden und Praxen politischer Ideengeschichtsschreibung im 20. Jahrhundert"

19. / 20. Oktober 2002 - Potsdam oder Wittenberg

Sektion "Vergleichende Politikwissenschaft"

Tagung - "Demographischer Wandel und Policy Response im internationalen Vergleich"

Herbst 2001
Nr. 125

VIII. Veröffentlichungen unserer Mitglieder (Selbstanzeigen)

Althaus, Marco (Hrsg.) Kampagne! Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying. LIT-Verlag, Münster.

Asbach, Olaf / Externbrink, Sven / Malettke, Klaus (Hrsg.); Altes Reich, Frankreich und Europa. Politische, philosophische und historische Aspekte des französischen Deutschlandbildes im 17. und 18. Jahrhundert; (Historische Forschungen Bd. 70), Berlin: Dunker & Humblot 2001.

Behning, Ute / Serrano Pascual, Amparo (eds.); Gender Mainstreaming in the European Employment Strategy; Brussels: ETUI-Press, ISBN 2-930143-73-8.

Benz, Benjamin / Boeckh, Jürgen / Huster, Ernst-Ulrich; Sozialraum Europa. Ökonomische und politische Transformation in Ost und West. Leske + Budrich, Opladen 2000.

Blanke, Bernhard / von Bandemer, Stephan / Nullmeier, Frank / Wewer, Göttrik (Hrsg.); Handbuch zur Verwaltungsreform. 2. Auflage; Leske + Budrich 2001.

Busch, Hans-Joachim; Subjektivität in der spätmodernen Gesellschaft. Konzeptuelle Schwierigkeiten und Möglichkeiten psychoanalytisch-sozialpsychologischer Zeitdiagnose. Weilerswist, Velbrück 2001.

Claußen, Bernhard / Donner, Wolfgang / Voigt, Gerhard (Hrsg.); Krise der Politik - Politische Bildung in der Krise? Diskurse im Kontext von Globalisierung und Ost-West-Perspektiven; Reihe: Demokratie und Aufklärung: Kritische Sozialwissenschaften und Politische Bildung im Diskurs - Materialien, Bd. 1; Glienicke/Berlin und Cambridge/Massachusetts 2001; Verlag Galda und Wilch; ISBN 3-931397-35-1.

Frantz, Christiane / Konegen, Norbert (Hrsg.); Entwicklungsperspektiven in Asien und Afrika. Münster 2001 (Ein Geschenk für Prof. Dr. Paul Kevenhörster zum 60. Geburtstag)

Heinze, Rolf G./ Olk, Thomas (Hrsg.); Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven; Opladen 2001, Leske + Budrich, ISBN 3-8100-2707-3.

Hunger, Uwe / Meendermann, Karin / Santel, Bernhardt /Woyke, Wichard (Hrsg.); Migration in erklärten und ,unerklärten'Einwanderungsländern; Münster 2001. (Ein Geschenk für Prof. Dr. Dietrich Thränhardt zum 60. Geburtstag).

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Immerfall, Stefan (Hrsg.); Parteien, Kulturen, Konflikte. Soziologische Beiträge zur multikulturellen Gegenwartsgesellschaft. Festschrift für Alf Mintzel; Opladen 2000, Westdeutscher Verlag, ISBN 3-531-13564-3.

Kremp, Werner; Politik und Tod. Von der Endlichkeit und vom politischen Handeln. Opladen 2001, Leske + Budrich, ISBN 3-8100-03024-4.

Kümmel, Gerhard / von Bredow, Wilfried (Hrsg.); Civil-Military Relations in an Age of Turbulence: Armed Forces and the Problem of Democratic Control. (SOWI Forum International Nr. 21), Strausberg 2000, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.

Kümmel, Gerhard / Biehl, Heiko; Warum nicht? Die ambivalente Sicht männlicher Soldaten auf die weitere Öffnung der Bundeswehr für Frauen. (SOWI Bericht Nr. 71), Strausberg 2001, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.

Lynen von Berg, Heinz; Politische Mitte und Rechtsextremismus. Diskurse zu fremdenfeindlicher Gewalt im 12. Deutschen Bundestag (1990-1994) Forschung Politikwissenschaft 72, 2000, Leske + Budrich, ISBN 3-8100-2671-9.

Mols, Manfred / Lauth, Hans-Joachim / Wagner, Christian (Hrsg.); Politikwissenschaft: Eine Einführung . Paderborn/München/Wien/Zürich, 3. Auflage 2001.

Priller, Eckhard / Zimmer, Annette (Hrsg.); Der Dritte Sektor international: Mehr Markt - weniger Staat? Berlin: edition sigma, 2001, ISBN 3-89404-212-5.

Reichart-Dreyer, Ingrid; Macht und Demokratie in der CDU. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag 2000, ISBN 3-531-13565-1.

Reiche, Danyel T. / Krebs, Carsten; Der Einstieg in die Ökologische Steuerreform. Peter Lang Verlag, Frankfurt/M., Berlin, Bruxelles, New York, Wien, 1999, ISBN 3-631-35561-0.

Rittberger, Volker; German foreign policy since unification. Manchester University Press.

Roy, Klaus-B.; Sozialintegrative Demokratie. Legitimationsprobleme des bundesdeutschen Sozialstaates zwischen europäischer Integration und innovativer Regionalisierung. Peter Lang Verlag, Frankfurt/M., Berlin 2001, ISBN 3-631-37994-3.

Schönwälder, Karen / Sturm-Martin, Imke (Hrsg.); Die britische Gesellschaft zwischen Offenheit und Abgrenzung: Einwanderung und Integrati-

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

- on vom 18. bis zum 20. Jahrhundert. Bodenheim: Philo 2001, ISBN 3-8257-0239-1.
- Schönherr-Mann, Hans-Martin; Das Mosaik des Verstehens. Skizzen zu einer negativen Hermeneutik. Edition fatal, München 2001, Print on demand, ISBN 3-935147-02-3.
- Sturm, Roland; Föderalismus in Deutschland. Opladen, Leske + Budrich 2001.
- Thomaß, Barbara / Tzankoff, Michaela (Hrsg.); Medien und Transformation in Osteuropa. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2001.
- Thränhardt, Dietrich (Hrsg.); Integrationspolitik in föderalistischen Systemen. Münster, 2001.
- Waschkuhn, Arno; Pragmatismus. Sozialphilosophische und erkenntnistheoretische Reflexionen zu den Grundelementen einer interaktiven Demokratie. R. Oldenbourg Wissenschaftsverlag; München-Wien 2001, ISBN 3-486-25715-3.
- Wienecke, Susanne; Der Betrieb als Politikarena. Ein Vergleich arbeitszeitpolitische Entscheidungsprozesse in deutschen, luxemburgischen und britischen Banken. München, Mering: Hampp Verlag 2001, ISBN 3-87988-546-X.
- Willems, Ulrich (Hrsg.); Demokratie und Politik in der Bundesrepublik 1949 - 1999. Opladen 2001, Leske + Budrich, ISBN 3-8100-3120-8.
- Zimmer, Annette / Weßels, Bernhard (Hrsg.); Verbände und Demokratie in Deutschland. Opladen 2001, Leske + Budrich.

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

- Notizen -

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Angaben für das DVPW-Mitgliederverzeichnis

Sehr geehrtes Mitglied,
sofern Sie für das nächste Mitgliederverzeichnis Änderungen bei den Angaben zu Ihrer Person wünschen, teilen Sie uns dies bitte auf diesem Blatt oder auch formlos mit. Bitte tragen Sie Ihren Namen und eventuell gewünschte Adressenänderungen in die unten stehenden Zeilen ein und geben Sie gleichzeitig Ihre primären Forschungsgebiete (max. drei) an. Darüber hinaus benennen Sie bitte die Sektionen und Arbeitskreise, in denen Sie aktiv mitarbeiten. Damit Ihre Daten für das Mitgliederverzeichnis 2002/2003 aktualisiert werden können, senden Sie Ihre Änderungsmitteilung bitte spätestens bis zum **31. August 2002** an die Adresse unserer Geschäftsstelle. Falls Sie mit der Veröffentlichung Ihrer Adresse im Mitgliederverzeichnis nicht einverstanden sind, teilen Sie uns dies bitte mit. Wir werden dann lediglich Ihren Namen in das neue Verzeichnis aufnehmen.

Name, Vorname, Titel:

Adresse für das MV:

D V

P W



Herbst 2001
Nr. 125

Forschungsgebiete (max. drei - Bitte Liste aus dem Mitgliederverzeichnis verwenden!):

Mitarbeit in folgenden Sektionen und Arbeitskreisen der DVPW:

Bitte senden an: DVPW, c/o. Universität Osnabrück, FB 1, 49069 Osnabrück